

Stefan Groh

einmischen?

Stadtentwicklung und zivile Initiative

Plebiszite und ihr direkter Einfluss auf die Stadtgestalt | Tübingen – Baugruppen bauen Stadt | Governance – Arbeitsübertragung oder Partizipation? | Akteur ExRotaprint – Stadtteilentwicklung durch Selbstorganisation und Erbbaurecht | Einmischen finanziell – Von Crowdfunding und Stiftungen | Exkurs Almere – Zwischen den Extremen: Von Top-Down zu Bottom-Up | Hausbesetzungen als Stadtentwicklung | Sargfabrik – Selbstorganisiertes und gemeinschaftliches Wohnen | Amateure, Laien, Dilettanten – die Zukunft des Architekten | Schlagwort Protest – Uninstitutionalisierte Beteiligung

Diplomarbeit

einmischen?

Stadtentwicklung und zivile Initiative

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades eines Diplom-Ingenieurs unter der Leitung von Ao.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Mag.phil. Dr.phil. Peter Mörtenböck, E264 Institut für Kunst und Gestaltung.

Eingereicht an der Technischen Universität Wien,
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von
Stefan Groh
0475159
Straußengasse 9/5, 1050 Wien

Wien, am 31.10.2012

Bedanken möchte ich mich bei allen Personen, die mich in meiner Studienzeit unterstützt und diese Arbeit ermöglicht haben.

Besonderer Dank gilt:

Laura

Meinen Eltern für ihre Unterstützung, dass sie mir mein Studium überhaupt erst möglich gemacht haben

Lorenz

Anna und Thomas

Peter Mörtenböck

Rudolf Scheuven, Anja Steglich und Sibylla Zech

Peter Kuglstätter

und allen Freunden, aus Linz, der Akademie, aus der Operngasse und dem Arsenal.

Kurzzusammenfassung

Stadt rückt erneut mehr und mehr in den Fokus öffentlichen Interesses. Der Ruf nach mehr Beteiligung an der Gestaltung gebauter Umwelten wird von unterschiedlichen Seiten her lauter.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist, aktuelle Phänomene der Einmischung in die Stadtentwicklung aufzuspüren, zu veranschaulichen und verschiedene Formen von Beteiligung und deren Auswirkungen zu beleuchten und zu hinterfragen. Der Thematik wurde sich mittels eines Themenmagazins als Hilfskonstruktion aus unterschiedlichen Perspektiven angenähert und aus der Sicht verschiedener fiktiver Autoren explorativ analysiert. Durch das breite Spektrum journalistischer Herangehensweisen konnten vielfältige Ansichten zum Thema gesammelt werden.

Als Ergebnis liegt ein monothematisches Magazin vor, welches unterschiedliche Formen des Einmischens in die Stadtentwicklung aufzeigt, Projekte und Fallstudien vorstellt und in Essays die interessierenden Fragestellungen beleuchtet. Porträts, Reportagen, Interviews, Fotostrecken, Illustrationen und Buchrezensionen ergänzen das Heft.

Der Untersuchungsgegenstand der Partizipation bzw. deren aktivere Form, die Einmischung in die Entwicklung von Stadt, lässt keine einseitige Betrachtung zu und wird auch in Zukunft von besonderer Relevanz für die Produktion und Auffassung von Architektur sein.

Abstract

Urbanistic topics are in the centre of attention again. The call for more participation concerning the design of the built environment is getting louder from many quarters.

The aim of this work is to detect and illustrate current phenomena of intervention in urban development and to highlight and question modes of participation and their impact.

By a makeshift of a magazine the topic was approached from different points of view and was analyzed exploratory from the perspectives of various fictional authors. In addition the wide range of journalistic approaches offered multiple views on the topic. The monothematic magazine presents different types of intervention in the built environment. Projects and case studies are illustrated, essays approach different questions. Portraits, reports, interviews, photo reportages, illustrations and book reviews complete the magazine.

Participation as the object of investigation, or rather intervention in urban development as its more active form does not allow an one sided view. It will continue to be of particular relevance for the production and understanding of architecture.

Ein Themenmagazin als Diplomarbeit?

Die Arbeit einmischen? Stadtentwicklung und zivile Initiative ist als monothematisches und multiperspektivisches Magazin aufgebaut.

Magazine bewegen sich an der Schnittstelle zwischen Zeitschrift und Buch. Während Zeitschriften sowohl inhaltlich als auch von ihrer Machart her zum schnellen Lesen und anschließendem Wegwerfen konzipiert sind und höchst aktuelle Informationen liefern, erscheinen Bücher auf den ersten Blick für die Ewigkeit gemacht. Doch die Grenzen zwischen den Medien verwischen zusehends. Bücher werden billiger, modischer, schnelllebiger. Magazine, oft mit aufwendigsten Cover und Druckqualität, steigen in Preis und Umfang und entwickeln sich zu Sammelobjekten.

Mit der vorliegenden Arbeit wurde ein Magazin konzipiert, welches einerseits ein höchst aktuelles Thema aufgreift, in der Art der Bearbeitung und Artikelauswahl jedoch zeitunabhängig erscheint.

Drucksachen verbinden unterschiedliche Disziplinen und schaffen Kommunikationsflächen, visuelle und haptische Interaktion. Die visuelle Qualität spielt eine ebenso wichtige Rolle wie die inhaltliche.

Ein Thema – das Einmischen in die Stadtentwicklung – rahmt das Magazin und gibt den Oberbegriff vor.

Das Konstrukt des Themenmagazins erlaubt Perspektivwechsel, die Betrachtung eines Themas aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Mittels verschiedener fiktiver Autoren werden unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten des Grundthemas und vielfältige Geschichten geschrieben.

Ein breites Spektrum an journalistischer Herangehensweisen reicht von Interviews, Porträts, Fotoreportagen, Polemiken und Essays bis hin zu Buchkritiken.

Dabei beschreibe, analysiere und bewerte ich und versuche den Kontext, in dem Stadt entsteht, wie sich eingemischt wird, zu ergründen.

Das Magazin eröffnete mir – in der Rolle der verschiedenen Autoren – die Möglichkeit, mit unterschiedlichsten Personen in Kontakt zu kommen, diverse Projekte zu besuchen und Input verschiedenster Art zu erhalten. Die Wahl einer explorativen Annäherung an die Thematik erlaubte mir eine offene und unvoreingenommene Recherche. Im Vordergrund stand für mich das komplexe Hinterfragen des Themenbereichs, das Aufsuchen mir nicht bekannter Felder und die Einnahme verschiedener Perspektiven. Weiters war es mir so möglich, – als Chefredakteur – einen Überblick zu dem großen Thema der Einmischung in die Stadtentwicklung zu geben und Schwerpunkte herauszuarbeiten.

So ist diese Arbeit auf den ersten Blick vielleicht keine klassisch wissenschaftliche. Es wird nicht eine Fragestellung linear ausgearbeitet,

sondern ein Thema von verschiedensten Seiten eingekreist. Ich – als alle Autoren in Personalunion und für das gesamte Magazin verantwortlich – beleuchte aktuelle spezifische Tendenzen des Einmischens in die Stadtentwicklung und füge sie in ein für sich geschlossenes Produkt zusammen.

Das Magazin ist der Versuch, von verschiedenen Gesichtspunkten der aktuellen Diskussion über die Notwendigkeit, die Forderung und gleichsam dem Wunsch nach Einmischung nachzuspüren.

Das Thema der Partizipation oder der aktiveren Form, der Einmischung wird in Zukunft die Produktion und Auffassung von Architektur nachhaltig verändern.

einmischen?

Stadtentwicklung und zivile Initiative

einmischen!

Aktuell erleben wir ein verstärktes öffentliches Interesse an Stadt. Bürgerinnen und Bürger rufen vermehrt nach neuen Beteiligungsformen und Mitspracherecht in der Gestaltung ihrer Umwelt.

Gleichzeitig wird die Forderung von Seiten der Politik nach mehr ehrenamtlichem, bürgerschaftlichem und privatwirtschaftlichem Engagement in Zeiten leerer Haushaltskassen, einer höchst individualisierten Gesellschaft und einer Überstrapazierung des Wohlfahrtsstaates immer lauter.

Stadtentwicklung ist somit nicht mehr allein als kommunale Hoheitsaufgabe zu verstehen, sie benötigt Input und Unterstützung durch die Gesellschaft, sowie deren Dynamik und Innovationspotential. Die gewohnte Rollenverteilung ist im Umbruch, die Art und Weise wie Stadt zu planen ist wird viel dialogischer.

Wie aber sehen die konkreten Möglichkeiten der BürgerInnen aus, auf die Gestaltung ihrer Lebensumgebung selbst Einfluss zu nehmen, also Beispiele der Teilhabe, der Mitbestimmung, des Einmischens?

Dieses Magazin will Phänomene, Formen und Auswirkungen der delegierten, aber auch der unbeauftragten Einmischung seitens der BürgerInnen aufspüren und beleuchten.

- 009 Editorial
- 018 Schlagwort Plebiszit
 - 022 Plebiszite und ihr direkter Einfluss auf die Stadtgestalt
 - 028 NEIN: Direktdemokratische Ästhetik
 - 029 JA: Mehr direkte Demokratie wagen
 - 030 JA? NEIN? Oder doch ganz anders?
- 034 Fallstudie Tübingen
 - Baugruppen bauen Stadt
- 046 Governance
 - Arbeitsübertragung oder Partizipation?
- 055 Akteur ExRotaprint
 - Stadtteilentwicklung durch Selbstorganisation und Erbbaurecht
- 060 Einmischen finanziell
 - Von Crowdfunding und Stiftungen
- 068 Exkurs Almere
 - Zwischen den Extremen: Von Top-Down zu Bottom-Up
- 082 Hausbesetzungen als Stadtentwicklung
- 089 Sargfabrik – Interview mit Ute Fagner
 - Selbstorganisiertes und gemeinschaftliches Wohnen
- 099 Amateure, Laien, Dilettanten – die Zukunft des Architekten
- 108 Schlagwort Protest
 - Uninstitutionalisierte Beteiligung
- 112 Buchbesprechungen



STADTPLANUNG GEHT





Abb. 1

frage nicht was
deine Stadt für dich
tun kann, sondern
was du für deine
Stadt tun kannst!

frei nach John F. Kennedy

Stuttgart 21, Mediaspree oder Gängeviertel.

Dies sind nur drei Begriffe, die exemplarisch für eine Vielzahl an Auseinandersetzungen um Stadtplanungsprojekte und eine unübersehbare Entwicklung der letzten Jahre stehen:

Große Teile der Bürgerschaft fordern erneut in ungeahnter Breite spürbar mehr Mitspracherecht und Entscheidungsgewalt in der Gestaltung ihrer Umwelt ein. Menschen mit diversen politischen und privaten Hintergründen finden sich zu lokalen Bündnissen zusammen, um etwa gegen einen unterirdischen Durchgangsbahnhof, die Bebauung der Spreekante oder gegen den Verkauf von Teilen ihres Viertels und somit den möglichen Verlust von angestammten Arbeits- und Wohnflächen zu kämpfen.

Mit derlei Protesten hat auch die mediale Berichterstattung über urbane Problemkonstellationen zugenommen und mittlerweile ist die gesamte „Stadtentwicklungspolitik (...) in der Mitte der Gesellschaft angekommen“¹.

Die Menschen beschäftigen sich wieder mit Fragen zu Urbanität und Städtebau, da die schleichende Veränderung ihrer Städte und Stadtquartiere ihr alltägliches Leben direkt beeinflusst. So hat es der Begriff der *Gentrifizierung* mit einer beinahe inflationären Benutzung aus der Fachliteratur in die Feuilletons und weiter in die öffentliche Diskussion geschafft. Die Sorgen um bezahlbare Mieten, um kulturelle und städtische Freiräume oder um die Veränderung des Charakters ihres Wohnumfelds eint breite Bevölkerungsschichten. Viele dieser international vernetzten Initiativen verschaffen sich unter Slogans wie *Recht auf Stadt*² oder *Reclaim the city* Gehör, wie etwa auf dem gleichnamigen Kongress in Hamburg Anfang Juni 2011. So versuchen sie über Wissensaustausch und Masse in der Diskussion um Stadtentwicklung, die mehr und mehr von Angebot und Nachfrage als treibende Kräfte gelenkt wird, Gewicht zu erlangen. So vielfältig die Formen des Protests und die konkreten Anlässe sein mögen, die Forderung nach mehr Mitspracherecht in der Stadtentwicklung, nach demokratischer Teilhabe, das wieder verstärkte Interesse an Stadt an sich und den öffentlichen Räumen in der Stadt im Besonderen, die Stadt als gemeinsamer

¹ Andrej Holm, „Städte in Bewegung,“ *taz*, 03.06.2011, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2011%2Fo6%2Fo3%2Fa0095&cHash=68160a9658>.

² Nimmt Bezug auf Henri Lefebvres Aufruf zum *La droit à la ville* und seiner Forderung, dass Segregation und Diskriminierung Menschen nicht aus der Stadt ausschließen darf. Vgl. Henri Lefebvre *Le droit de la ville II, Espace et politique*, 22f., zitiert nach Stuart Elden, „Es gibt eine Politik des Raumes, weil Raum politisch ist.« Henri Lefebvre und die Produktion des Raumes,“ in An Architektur, Hrsg., Material zu: *Henri Lefebvre, Die Produktion des Raums* (Berlin: Vice Versa Vertrieb, 2002) 28.



Abb. 2

Lebensort und vor allem der räumliche Fokus verbindet und mobilisiert diese Gruppen. Es ist die Frage „Wie soll die Stadt beschaffen sein, in der wir leben?“, die nicht nur in oben genannten Städten diskutiert wird und der ein lautstarkes „Wir wollen Mitspracherecht!“ entgegengesetzt wird.

Die Frage nach der Beschaffenheit der Stadt erscheint mehr und mehr aus dem direkten Handlungsspielraum der BürgerInnen gerückt, da die Zukunft der Städte immer deutlicher von Entscheidungen „internationaler Konzernzentralen, individuellen Konsumpräferenzen, ökologischen Katastrophen, internationalen Politiken, kulturellen Differenzen und anderen Phänomenen der Globalisierung“³ abhängig ist.

Die BürgerInnen fühlen sich bei den Entscheidungsprozessen des *Unternehmens Stadt* übergegangen, die Zukunft ihrer Lebensumgebung wird ihnen zu häufig in intransparenten Netzwerken „zwischen einer auf ökonomische Rationalität verpflichteten Verwaltung, Vertretern der politischen Elite mit einer Vielzahl von Aufsichtsratsfunktionen, finanzkräftigen Investoren, den mit ihnen verbundenen Architekten und Planern, Bauwirtschaft und Banken“⁴ hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Eric Swyngedouw geht soweit, dass er die Situation als *postdemokratische Stadt* beschreibt, analog zu Colin Crouch, der mit dem Wort *Postdemokratie* eine Entfremdung von Politik und Gesellschaft und eine Entmachtung und Entpolitisierung letzterer – eine *Bürgerausschaltung*⁵ – umschreibt.

Eine der Ursachen für diese Entmündigung ist die neoliberale Positionierung der Städte als ökonomische Akteure, eingebunden in Wettbewerbssituationen zwischen Städten und Regionen. Hierbei werden Marktprozesse in Gang gebracht, die, gekoppelt mit dem zunehmenden Spardruck, der anhaltenden Finanzkrise geschuldet, städtische Verwaltungsapparate zu wirtschaftlich arbeitenden Agenturen, zu *Dienstleistungsunternehmen* wandeln. Aufgrund der leeren Staats- und Stadthaushalte werden durchwegs Ausgaben gekürzt, Haushaltslöcher müssen gestopft und strategische Partnerschaften geknüpft werden, um die ökonomische Handlungsfähigkeit der Städte zu gewährleisten. Privatisierungen von vormals öffentlichem Eigentum, der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur, wie der Wasserversorgung oder Abfallentsorgung bis hin zu Veräußerungen des städtischen Wohnungsbaus und dem Abverkauf von städtischen Liegenschaften sind die Folgen. Der Staat als Leistungserbringer wurde aus Effektivitäts- und Effizienzüberlegungen teils durch den Markt ersetzt. Im Wandel von der sozialstaatlichen Stadt hin zur *Unternehmerischen Stadt*⁶ veränderten sich die Aufgabenbereiche „weg von der sozialstaatlichen Verwaltung hin zum kapitalistischen Management“⁷ und auf der Suche nach verschiedensten Partnerschaften von *Government* zu managementorientierter *Governance*.

Die Stadt manövriert sich durch derlei Liberalisierungen und Privatisierungen weitgehend in ein Abhängigkeitsverhältnis von privatwirtschaftlichen Akteuren und in Kombination mit mangelnden Finanzressourcen büßt sie Steuerungspotential ein. Bei einer derart starken Verzahnung zwischen Politik und Ökonomie, wobei bereits von einer *Hand-*

3 Jesko Fezer, „Stadtgestaltung als Praxisform der politischen Auseinandersetzung,“ *Phase 2.35* (2010), <http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=783&print=>.

4 Werner Giergert, „Die verkaufte Stadt,“ *Frankfurter Rundschau*, 14.11.2011, <http://www.fr-online.de/kultur/lokaler-protest-die-verkaufte-stadt,1472786,11142182.html>.

5 Peter Sloterdijk, „Über die Entstehung der res publica aus dem Geist der Empörung,“ in *Der Profi-Bürger*, Hrsg. Bazon Brock und Peter Sloterdijk (München: Wilhelm Fink, 2011), 51.

6 Der Begriff geht zurück auf David Harvey, „From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism,“ in: *Geografiska Annaler*, B, Vol. 71, No. 1, pp. 318, 1989.

Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, „Die unternehmerische Stadt,“ <http://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/stadt-und-gesellschaft/64416/unternehmerische-stadt>.

7 Daniel Mullis, „Neoliberale Stadt‘ - Entwicklungen und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik,“ in *RaGeo*, <http://static.twoday.net/rageo/files/NeoliberaleStadt.pdf>.

in-glove Beziehung zwischen Markt und Staat gesprochen wird⁸ und einem Geflecht aus politischen Stadteliten, Investorengruppen und Banken bleibt die Bürgerbeteiligung auf der Strecke. Mit den BürgerInnen werden demnach auch ihre gewählten Vertreter bei diesen Entscheidungsprozessen zunehmend unwichtiger. Dem Bürger wird in dieser Art der Stadtentwicklung im besten Fall noch der stille Konsum der Leistungen zugestanden. Dieser ist jedoch „nicht ‚Kunde‘ des Staates, allenfalls (...) dessen Eigentümer“⁹.

Und „immer öfter wehren sich Betroffene dagegen, dass die Stadtplanung weitgehend privaten Projektentwicklern überlassen wird. Fast immer wird dabei das Bedürfnis deutlich, auf die Gestaltung der Städte und Gemeinden selbst Einfluss zu nehmen.“¹⁰ Den gewählten VertreterInnen wird dabei vorgeworfen, Entscheidungsgewalt an Unternehmen und private Investoren abgetreten zu haben und somit den Willen und die Interessen der Mehrheit der Menschen nicht mehr zu vertreten. Die Folge, den anfangs beschriebenen Protest sieht Peter Sloterdijk als Vorgeschmack und beschreibt diese Bürgerdissidenz gegen die vorangegangene Entpolitisierung und Lethargie unserer Tage in einem Exkurs in das Jahr 509 vor Christus als *Konvulsion der Bürger*, ein Schüttelkrampf gegen die bürgerliche Passivität, da sie allein „in weitmaschigen Abständen zur Ausübung ihres Wahlrechts eingeladen“¹¹ sind und sonst „durch Schweigen Systemvertrauen“¹² ausdrücken sollen.

„Mit einem Mal steht er wieder auf der Bühne – der thymotische Citoyen, der selbstbewußte, informierte, mitdenkende und mitentscheidungswillige Bürger, männlich und weiblich, und klagt vor dem Gericht der öffentlichen Meinung gegen die misslungene Repräsentation seiner Anliegen und seiner Erkenntnisse im aktuellen politischen System. Er ist wieder da, der Bürger, der empörungsfähig blieb, weil er trotz aller Versuche, ihn zum Libido-Bündel abzurichten, seinen Sinn für Selbstbehauptung bewahrt hat, und der diese Qualitäten manifestiert, indem er seine Dissidenz auf öffentliche Plätze trägt.“¹³

Gleichzeitig fordern PolitikerInnen aller Couleur mehr bürgerschaftliches Engagement und ein vermehrtes Einbringen in die Stadt, um anstehende Aufgaben der Stadtentwicklung mit kooperativen und partizipativen Ansätzen und einer Vielzahl von AkteurInnen meistern zu können. Diese Aufgaben reichen von der sich verstärkenden Kluft zwischen Arm und Reich, dem Zusammenleben verschiedener Kulturen, dem demografischen Wandel oder dem ökologisch-nachhaltigen Stadtumbau angesichts des Klimawandels und der Verknappung fossiler Rohstoffe, sowie Veränderungen der Stadtstruktur im Sinne von starkem Wachstum und/oder Schrumpfung.

Der (Wohlfahrts-)Staat ist kaum noch in der Lage, die erwünschten oder angekündigten Leistungen zu erbringen. Gerade hier werden die Grenzen des aktiven Sozialstaates deutlich, der auf anstehende soziale Bedürfnisse, auf drängende soziale Fragen nicht mehr ausreichend reagieren kann. Steigende Staatsausgaben und immer höhere Kosten für einen Verwaltungsapparat ziehen steigende Steuern nach sich, wobei die „Qualität der Leistungen mit den Ansprüchen, aber auch den Möglichkeiten und dem Wettbewerb immer weniger Schritt halten“¹⁴ kann. Städtische Programme können aufgrund des

8 Rupert Graf Strachwitz, „Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 283.

9 Ibid.

10 Werner Girgert, „Die verkaufte Stadt,“ *Frankfurter Rundschau*, 14.11.2011, <http://www.fr-online.de/kultur/lokaler-protest-die-verkaufte-stadt,1472786,11142182.html>.

11 Peter Sloterdijk, „Über die Entstehung der res publica aus dem Geist der Empörung,“ in *Der Profi-Bürger*, Hrsg. Bazon Brock und Peter Sloterdijk (München: Wilhelm Fink, 2011), 53.

12 Ibid.

13 Ibid., 52.

14 Rupert Graf Strachwitz, „Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 282.

finanziellen Drucks, ausgelöst durch Struktur- und Konjunkturkrisen nicht mehr im vollen Maß ausfinanziert werden. Gleichzeitig sind die aktuell beschleunigten Veränderungen, beispielsweise in Lebensstilen, Wertvorstellungen und einer grundsätzlich unterschiedlichen Auffassung von Stadt einer sehr individualisierten Gesellschaft insgesamt „instabile(n) (...) Rahmenbedingungen (...) [die] die Effektivität herkömmlicher Verwaltungsinstrumente“¹⁵ und Planungswerkzeuge reduzieren. Die harten Standortfaktoren sind mehr oder weniger gebaut, die Anforderungen an Städte in unseren Breitengraden liegen heute eher in den weichen Faktoren, eher im *Tunen* als im Neubau. So war bei der IBA Emscher Park¹⁶, die von 1989 bis 1999 stattfand und den Umbau einer ganzen Industrieregion als Themenschwerpunkt verfolgte, folgend „die Rede davon, dass die entscheidenden Veränderungen nicht mehr physisch-räumlicher Art seien, sondern solche der Denk- und Verhaltensweisen, der Art, wie Probleme definiert werden und wie mit bestehenden Strukturen umgegangen wird“¹⁷. Handeln wird somit wichtiger als bauen. Gesamtheitliche Stadtentwicklung statt einer rein technischen Stadtplanung.

Die aktuellen Krisen - sei es die ökonomische, ökologische, politische oder urbane Krise - hängen zusammen und verstärken sich gegenseitig. Diese lassen sich kaum mit traditionellen stadtplanerischen Mitteln wie der Wohnungspolitik oder Bebauungs- und Flächennutzungsplänen bewerkstelligen. Die Ursachen liegen weit außerhalb des städtischen Einflussgebiets. Sie führen zu Veränderungen im Gegenstand und den Zielen, somit auch in den Mitteln der Stadtpolitik. So betont etwa Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, auf der *Urban Futures 2030* Tagung:

„Es geht nicht nur um Technik, sondern um neue Entwürfe urbanen Lebens. Die Gestaltung der Stadt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir – die städtische Öffentlichkeit muss die Akteurin des Wandels werden.“¹⁸

Beide dieser Strömungen, sowohl das bürgerschaftliche Einmischen-Wollen als auch der Aufruf zur Einmischung zeigen, dass Stadtentwicklung nicht mehr alleinig als Hoheitsaufgabe der öffentlichen Hand zu leisten ist und die Rollen aktuell neu ausgehandelt werden.

Städte sind heute mehr denn je den Dynamiken eines globalen Marktes und des gesellschaftlichen Wandels unterworfen und sind mit ökonomischen, soziologischen, kulturellen und politischen Herausforderungen konfrontiert¹⁹; konstant ist einzig der ständige Veränderungsprozess. „Städte sind seit jeher offene, von Umbrüchen besonders betroffene Räume. Durch die derzeitigen Wandlungsprozesse treten die Bruchstellen des Städtischen besonders deutlich hervor. Gleichzeitig waren Städte auch immer die Orte, an denen soziale Innovation zuerst erprobt wurde. Gerade in urbanen Räumen zeigen sich kreative Kulturen des Umgangs mit Transformationsprozessen.“²⁰

15 Jesko Fezer und Mathias Heyden, „Hier entsteht,“ in *Hier Entsteht; Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, Hrsg. Jesko Fezer und Mathias Heyden (Berlin: b_books, 2004), 22.

16 Eine Internationale Bauausstellung (IBA) ist ein in Deutschland eingesetztes städtebauliches Instrument mit dem erklärten Ziel, durch innovative Projekte Impulse zu setzen.

17 Walter Siebel, „Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 31.

18 „Urban Futures 2030,“ Heinrich Böll Stiftung, Tagungsbericht 22.01.2010, <http://www.boell.de/wirtschaftsoziales/stadtentwicklung/stadtentwicklung-8301.html>.

19 Vgl. Bernd Knies und Meyer Voggenreiter, „Topoi: Policies of Assertion,“ in *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar (Cambridge: The MIT Press, 2006), 188.

20 Bastian Lange und Malte Bergmann, „Eigensinnige Geographien,“ in *Eigensinnige Geographien: Städtische Raumaneignungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe*, Hrsg. Bastian Lange und Malte Bergmann (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 26.

So sehen wir die Entwicklung einer weniger hierarchischen Rollenverteilung und die Etablierung einer Vielzahl von Akteuren, denn die städtischen Arbeitsgebiete werden „mehr und mehr zu kultur- und sozialpolitischen Aufgaben“²¹, um das Wirkungsziel, die Lebensqualität der EinwohnerInnen²² und die Erhaltung des sozialen Friedens zu erreichen. „Recht und Geld“²³ als Steuerungswerkzeuge versagen in vielen Bereichen, gefragt ist Aktivierung, *Mit-ins-Boot-nehmen*, Bürgerbeteiligung, Kooperation und nicht zuletzt Transparenz. Stadtentwicklung ist also nicht mehr über „isoliertes Fachhandeln und kurzfristige Einzelmaßnahmen möglich“²⁴, sondern nur im Zusammenspiel mit Akteuren, die diese Pläne erarbeiten und umsetzen, also nur gemeinsam mit den betroffenen BürgerInnen.

„In the future, city development will involve much more interplay between different disciplines. Continually changing alliances will have to balance their social agenda and economic ambitions. Only then will cities be the solution for the major socio-economic and ecological challenges that now face us.“²⁵

Und auch einige Städte wie beispielsweise Amsterdam²⁶ sprechen bereits offen von einem Wandel; davon, dass die gegenwärtigen Modelle der Stadtentwicklung gescheitert sind und setzen ihre Hoffnung diesbezüglich auf das Innovationspotential kleiner Strukturen, die schneller auf Veränderungen eingehen können, die auf das gewandelte und sich in Zukunft weiter wandelnde Verständnis von Zusammenleben und Gesellschaft reagieren können. So wird vielfach die These geäußert, dass „ohne eine starke Zivilgesellschaft und das in ihr wirkende bürgerschaftliche Engagement (...) die Herausforderungen unserer Zeit und Gesellschaft prinzipiell unlösbar“²⁷ seien. Die Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern wird somit als ausschlaggebend für die Zukunft von Städten und Regionen und deren soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit bezeichnet²⁸.

Besonders weil die Ursachen gleichzeitig global und lokal sind und die Auswirkungen sozial differenzierte Verhältnisse betreffen und ständige Anpassungen an sich ändernde Umweltbedingungen verlangen, bedürfen sie einer direkten Mitwirkung der betroffenen BürgerInnen an der Planung und Ausgestaltung.²⁹ Anstelle von früheren, längerfristigen Engagementstrukturen wie Vereinen oder Verbänden treten heute mit einer mobileren Gesellschaft, individualisierten Interessen und neuen Kommunikationstechnologien vermehrt intensiv engagierte und zeitlich begrenzte Initiativen auf. Diese Strukturen gehen häufig über gewohnte und traditionelle Strukturen der Bürgerbeteiligung hinaus. Als Experten in ihrer Umgebung wechseln BürgerInnen von ihrer Konsumenten- in die

21 Siehe Fußnote 17, 33.

22 Vgl. Alfred Reichwein und Martina Trauth-Koschnick, „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements - Strategien und Methoden für die kommunale Praxis,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 250.

23 Walter Siebel, „Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 34.

24 Alfred Reichwein und Martina Trauth-Koschnick, „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements - Strategien und Methoden für die kommunale Praxis,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 251.

25 „About 5th IABR,“ Internationale Architektur Biennale Rotterdam, http://www.iabr.nl/EN/making_city.

26 Edwin Gardner, „Redefining the Client,“ *archis*, 12.10.2010, <http://archis.org/action/2010/10/12/redefining-the-client-7-oct-2010-eme3/>. „Recently the city of Amsterdam in their plans for 2011 declared that the current models of real estate development have failed. And that the city sees a great potential in citizens, collectives and small developers.“

27 Rupert Graf Strachwitz, „Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 279.

28 Vgl. Bundesregierung Deutschland „Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk,“ Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004, http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_74378/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelder/DL__StaedtebaulicherBericht,templateId=raw.property=publicationFile.pdf/DL__StaedtebaulicherBericht.pdf.

29 Siehe Fußnote 23, 26.

Akteursrolle, werden städtische Prosumenten³⁰, also gleichzeitig aktiv am Produktionsprozess der Umgebung beteiligt, in der sie leben. Sie organisieren sich problemorientiert und punktuell in informellen Zusammenschlüssen, kurzlebigen Netzwerken oder formfreien Initiativen. Wobei durch die Selbstorganisation auch die Organisationsform nach dem jeweiligen Ziel ausgerichtet werden kann und es somit möglich ist, effektiver und effizienter, kreativ und innovativ mit anstehenden Problemen umzugehen.

„Bürgerschaftliches Engagement kann eine große Rolle für die Innovationsfähigkeit von Städten spielen, denn diese Akteure denken oft viel ‚frischer‘ und freier, viel weniger innerhalb eingefahrener Strukturen, und sind weniger durch Sachzwänge belastet als etwa Parteien oder die Verwaltung.“³¹

Diese oft kleinen, aber vielfältigen Entwicklungen zeigen eine neue Bewegung, die versucht, sich die Stadt anzueignen, in Anspruch zu nehmen und die einen anderen Modus der Stadtentwicklung mit neuen Akteursmodellen aufzeigt und ausprobiert.

Das vorliegende Magazin stellt verschiedenste Formen der Einmischung in die Stadt vor, delegierte oder unbeauftragte, formalisierte Beteiligungsverfahren und Partizipation „nach eigenen Regeln“. Auswirkungen von Bürgerbegehren auf Architektur und Stadt werden diskutiert, finanzielle Einflussnahme analysiert; Protest und Hausbesetzungen in Zusammenhang mit Stadtentwicklung diskutiert. Es wird versucht, die aktuelle Tendenz zur Verantwortungsübertragung und Engagementpolitik zu beleuchten und die zukünftige Rolle der ArchitektInnen in diesem veränderten Setting zu ergründen. Weiters werden in verschiedenen Exkursen, Interviews und Portraits Praktiken und AkteurInnen vorgestellt und untersucht.

Die aktuellen Formen der Einmischung sind also breit gestreut und reichen von sehr institutionalisierten und formalisierten Formen bis hin zu Praxen der Selbstermächtigung. Stadt entwickelt sich genau aus einem Mit- und Nebeneinander dieser Kultur verschiedenster AkteurInnen.

³⁰ Der Begriff Prosument geht auf Alvin Toffler zurück und bezeichnet Verbraucher oder Kunden, die gleichzeitig Produzenten sind. Vgl. Alvin Toffler, *Die dritte Welle: Zukunftschance; Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts* (München: Goldmann, 1983).

³¹ Cordelia Polinna, Interview von Leonard Novy, „Stadt, Lab, Frust? Das BMW Guggenheim Lab macht Station in Berlin,“ *Carta*, <http://carta.info/44058/stadt-lab-frust-die-kontroverse-um-das-bmw-guggenheim-lab>.

LITERATURVERZEICHNIS:

- An Architektur. *Material zu: Henri Lefebvre, Die Produktion des Raums*. Berlin: Vice Versa Vertrieb, 2002
- Bundesregierung Deutschland. *Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk*. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004. http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_74378/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/DL_StaedtebaulicherBericht.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/DL_StaedtebaulicherBericht.pdf.
- Bundeszentrale für politische Bildung. „Die unternehmerische Stadt.“ <http://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/stadt-und-gesellschaft/64416/unternehmerische-stadt>.
- Fezer, Jesko. „Stadtgestaltung als Praxisform der politischen Auseinandersetzung.“ *Phase 2.35* (2010), <http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=783&print=>.
- Fezer, Jesko und Mathias Heyden. „Hier entsteht.“ In *Hier Entsteht; Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, Hrsg. Jesko Fezer und Mathias Heyden, 13-32. Berlin: b_books, 2004.
- Gardner, Edwin. „Redefining the Client.“ In *archis*, 12.10.2010, <http://archis.org/action/2010/10/12/redefining-the-client-7-oct-2010-eme3/>.
- Girgert, Werner. „Die verkaufte Stadt.“ *Frankfurter Rundschau*, 14.11.2011. <http://www.fr-online.de/kultur/lokaler-protest-die-verkaufte-stadt,1472786,11142182.html>.
- Graf Strachwitz, Rupert. „Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung.“ In *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz, 279-302. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010.
- Heinrich Böll Stiftung. „Urban Futures 2030.“ Tagungsbericht vom 22.01.2010, <http://www.boell.de/wirtschaftsoziales/stadtentwicklung/stadtentwicklung-8301.html>.
- Holm, Andrej. „Städte in Bewegung.“ *taz*, 03.06.2011. <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2011%2F06%2F03%2F20095&cHash=68160a9658>.
- Internationale Architektur Biennale Rotterdam. „About 5th IABR.“ http://www.iabr.nl/EN/making_city.
- Kniess, Bernd und Meyer Voggenreiter. „Topoi: Policies of Assertion.“ In *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar, 187-201. Cambridge: The MIT Press, 2006.
- Lange, Bastian und Malte Bergmann. „Eigensinnige Geographien.“ In *Eigensinnige Geographien: Städtische Raumaneignungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe*, Hrsg. Bastian Lange und Malte Bergmann, 9-32. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- Mullis, Daniel. „Neoliberale Stadt‘ - Entwicklungen und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik.“ In *RaGeo*, <http://static.twoday.net/rageo/files/NeoliberaleStadt.pdf>.
- Polinna, Cordelia. Interview von Leonard Novy. „Stadt, Lab, Frust? Das BMW Guggenheim Lab macht Station in Berlin.“ *Carta*. <http://carta.info/44058/stadt-lab-frust-die-kontroverse-um-das-bmw-guggenheim-lab>.
- Reichwein, Alfred und Martina Trauth-Koschnick. „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements - Strategien und Methoden für die kommunale Praxis.“ In *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz, 250-264. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010.
- Siebel, Walter. „Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft.“ In *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz, 25-38. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010.
- Sloterdijk, Peter. „Über die Entstehung der res publica aus dem Geist der Empörung.“ In *Der Profi-Bürger*, Hrsg. Bazon Brock und Peter Sloterdijk, 47-58. München: Wilhelm Fink, 2011.
- Toffler, Alvin. *Die dritte Welle: Zukunftschance; Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts*. München: Goldmann, 1983.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

- Abb. 1: Stadtplanung geht uns alle an. Informationsvitrine zur Stadtplanung, 1958, Berlin. Foto: Rolf Goetze (Stiftung Stadtmuseum Berlin). http://28.media.tumblr.com/tumblr_lnpur38hoX1qcbgbo01_500.jpg
- Abb. 2: Die Stadt gehört allen. Transparent Frappant, Hamburg 2009. http://urbanshit.de/bilder_urbanshit/frappant_1.jpg





SCHLAGWORT PLEBISZIT



Der Begriff Plebiszit geht etymologisch auf das lateinische *plebis scitum*, der *Beschluss des Volkes* zurück; damit werden alle Formen unmittelbarer, direktdemokratischer Beteiligung der Wahlbevölkerung an der politischen Willensbildung bezeichnet.¹

Der historische Ursprung liegt in der griechischen Antike. Wesentliche Entscheidungen in einer griechischen *Polis* wurden auf der *Agora* von den Stimmberechtigten (damals männlichen Bürgern über 20 Jahren) getroffen. Daraus folgend leitet sich der Begriff Demokratie ab, der dem Volk insgesamt die politische Macht als Souverän zuspricht. Heute werden im deutschsprachigen Raum, also sowohl in Österreich, Deutschland als auch in der Schweiz politische Entscheidungen mittels einer repräsentativen Demokratie, also durch gewählte VolksvertreterInnen als RepräsentantInnen des Volkes getroffen. Plebiszite als Instrumente der direkten Demokratie und Mitbestimmung dienen hierbei als Ergänzung und Korrektiv. Die genauen Abläufe und Verbindlichkeiten sind je nach Land und Bundesland unterschiedlich geregelt, wobei die Schweiz die weitreichendsten direktdemokratischen Elemente aufweist.

Gerade in den letzten Jahren mussten viele Kommunen aufgrund von Plebisziten Projekte modifizieren oder sogar aufgeben; der Begriff *Wutbürger* wurde von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2010 gekürt:

„Der Wutbürger macht nicht mehr mit, er will nicht mehr. Er hat genug vom Streit der Parteien, von Entscheidungen, die er nicht versteht und die ihm unzureichend erklärt werden. Er will nicht mehr staatstragend sein, weil ihm der Staat fremd geworden ist. Da hat sich etwas grundsätzlich gewandelt.“²

Derzeit haben viele BürgerInnen den Eindruck, „dass Politiker immer weniger bewegen können“³, was sich in Politikverdrossenheit, in niedriger Wahlbeteiligung und sinkenden Parteimitgliedszahlen niederschlägt. Es mehren sich die Stimmen, denen zufolge das Modell der repräsentativen Demokratie in einer Krise steckt.

Der Soziologe und Volkswirt Albert O. Hirschman unterscheidet bereits 1970 in seinem Buch *Exit, Voice, and Loyalty* drei grundlegende Reaktionsmöglichkeiten auf den Leistungsabfall von Organisationen und auch der Politik. Neben *Loyalty*, dem trotzdem-loyal-Bleiben sind es *Exit* und *Voice*, also die Auflösung der Beziehung, das Abwenden von der Politik oder das Erheben der Stimme, Beschwerde und Protest. Beide Reaktionen sind heute an der sinkenden Wahlbeteiligung, am Mitgliederschwund der Volksparteien und natürlich an den bürgerlichen Protestbewegungen abzulesen.

¹ Klaus Schubert und Martina Klein, *Das Politiklexikon*, (Bonn: Dietz, 2006).

² Dirk Kurbjuweit, „Der Wutbürger.“ *Der Spiegel* 41 (2010): 27.

³ Zeit Online, „Grüne und Piraten wachsen als einzige Parteien,“ *Die Zeit*, 13.02.2012, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-02/gruene-mitglieder-umfrage>.

Parteien- Wahlverweigerung
 und Organisation der Verweigerer zu einer
 nicht mehr an parteipolitischer Praxis interessierten Mehrheit zum **Zwecke freier Information**
 Laßt euch nicht zum Stimmvieh machen
 Macht Schluß mit der Scheindemokratie

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus Grundgesetz Art. 20/2

Stadtverweigerung Düsseldorf - Wahlkreis
 Wahlkreis: SCHULE/SALZSTRAßE, RAUM 7

Gebühr bezahlt
 beim Postamt
 & Stimmlocher

Info: erfragen, anrufen, besuchend, bei Stimmlocher

44-0308-0493-1289381

Wahlbenachrichtigung für die
Landtagswahl am 18. Juni 1970
 Hierin sind die Namen der Wahlberechtigten
 des Wahlkreises angegeben und die in der Wahlbenachrichtigung
 des Wahlkreises angegeben sind. Die Namen der Wahlberechtigten
 sind alphabetisch geordnet. Über die Anzahl und die
 Art der Wahlberechtigten sind die Wahlberechtigten
 im Wahlbenachrichtigung des Wahlkreises informiert.
 Die Wahlberechtigten sind durch die Wahlbenachrichtigung
 des Wahlkreises informiert. Die Wahlberechtigten sind
 durch die Wahlbenachrichtigung des Wahlkreises informiert.
 Die Wahlberechtigten sind durch die Wahlbenachrichtigung
 des Wahlkreises informiert.

Hausfriedhof
 BEDELS, JOSEPH, PROF.
 & DÖSSELDORF
 GRAFPLATZ

Gebraucht endlich eure Macht, die ihr habt durch das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes fordert Volksabstimmung

nach vorheriger freier unzensurierter Information

über Grundrechte
 Freiheitsrechte
 Bildung
 Rüstung
 Eigentumsverhältnisse
 Produktionsmittel
 Grund und Boden
 Wohnung
 Alters- und Krankenversicherung
 Aufhebung des Beamtenstandes
 Gleichberechtigung von Männern und Frauen
 Entgiftung von Erde, Wasser, Luft

Direkte Demokratie

fordert gleichberechtigte unzensurierte Information für die echte Opposition. Befreit die Massenmedien von ihrer Machtstruktur. Das ist die **Erfüllung des Grundgesetzes auf freie Information.**
 laßt euch als Mehrheit nicht läger von einer Minderheit von Interessengruppen verregieren
 von Parteien, die von den in Wirklichkeit Herrschenden in Industrie und Wirtschaft finanziert werden
 Wählt nie wieder Parteien als in dieser Weise Abhängige
Wählt nie wieder Parteien. Denn Parteien sind die Interessenhüter der wirtschaftlich Mächtigen Ausbeuter der Produktivkräfte der Mehrheit
der Staat seid ihr selbst - Alle! Jeder!
Macht Gebrauch von eurer Macht, die ihr habt durch das Recht auf Selbstbestimmung

Regiert euch selbst
Gewaltlosigkeit

Joseph Beuys Jonas Hafner Johannes Stüttgen

73

Abb. 2

Die Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung war eine 1971 gegründete politische Organisation. Das Konzept des erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik sollte auch in der Politik umgesetzt werden, um dadurch gesellschaftliche Entwicklungen zu verändern.

Die heterogenen Interessen einer individualisierten Gesellschaft sind nicht mehr in einigen wenigen Volksparteien bündelbar. Neben einem grundsätzlichen Parteienfrust oder sehr sprunghaftem Wahlverhalten sind es mehr und mehr thematisch spezialisierte Klein-Parteien, die kurzfristig hohe Stimmenzuwächse verzeichnen können. Darüber hinaus gewinnen Instrumente der Bürgereinmischung an Sympathie. So ergab eine in Deutschland durchgeführte Umfrage im Auftrag der *Bertelsmann Stiftung*, „dass sich 81 Prozent der Bundesbürger mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten wünschen“⁴. Volksbegehren werden initiiert, mehr Bürgerbeteiligung und andere Formen direkter Demokratie verlangt.

Gerade in Österreich wird in letzter Zeit von verschiedensten Seiten⁵ ein Ausbau der Bürgerbeteiligung, also mehr direktdemokratische, gesetzlich bindende Instrumente gefordert⁶ und eine Reform des geltenden Rechts wird aufgrund des offenbar vorherrschenden Konsenses über die Notwendigkeit in naher Zukunft sehr wahrscheinlich. Verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung bekamen in den letzten Jahren einen ständig höheren Stellenwert eingeräumt. Betrachtet man die Situation in Deutschland, so nimmt die Anzahl der Bürgerbegehren aktuell zu. Derzeit sind es allein ca. 300 kommunale Bürgerbegehren pro Jahr.⁷ Abseits von Entscheidungen auf Landes- oder nationaler Ebene handelt es sich im Fall von städtebaulichen oder architektonischen Entscheidungen meist um Verfahren auf kommunaler Ebene.

Im Modell des Bürgerentscheids haben alle wahlberechtigten BürgerInnen einer Kommune die Möglichkeit über eine gestellte Sachfrage abzustimmen, somit nicht nur mitzureden, sondern über einen bestimmten Sachverhalt zu entscheiden und direkt in die kommunalpolitischen Abläufe einzugreifen. Bürgerentscheide sind echte Beteiligungsformen, die getroffenen Entscheidungen sind bindend und demnach einem Beschluss der zuständigen gewählten Vertretung im Rat gleichzusetzen. Derartige plebiszitäre Prozesse der Mitbestimmung, der Beteiligung und Mitwirkung, sind zweifellos wichtige Bestandteile einer demokratischen Stadtentwicklungspolitik, jeder Bürger und jede Bürgerin hat einen Anspruch auf Mitgestaltung und Mitsprache.

Darüber hinaus lautet eine grundsätzliche Frage, wie Bürger- oder Volksentscheide optimal zur Ergänzung der parlamentarischen Demokratie einzusetzen sind. Sind derartige Plebiszite geeignete Instrumente, um mehr Demokratie, mehr Legitimität oder bessere Entscheidungen herbeizuführen? Sind sie geeignet, einen produktiven Diskurs zwischen Politik und Bürgerschaft anzustoßen oder nur dazu, eigene Interessen möglichst direkt einzufordern und durchzusetzen? Wie verhält es sich gerade bei städtebaulichen und architektonischen Fragen? Wie sieht hier eine intelligente Form der Beteiligung aus? Wurde mit Bürgerentscheiden eine zielführende Art der Abstimmung gefunden und wie sieht ein besonders für architektonische und städtebauliche Fragen gangbarer Weg der Bürgerpartizipation aus?

Die folgende Bilderserie zeigt architektonische und städtebauliche Projekte aus Deutschland, die aufgrund von Bürgerentscheiden nicht oder gerade deswegen umgesetzt wurden.

4 Stiftung Neue Verantwortung, „Demokratie als Gemeinschaftswerk,“ *Cicero Online*, 05.03.2012, <http://www.cicero.de/berliner-republik/demokratie-als-gemeinschaftswerk/48538>.

5 Vgl. Philippe Hoffuri, „Direkte Demokratie - Die Ideen der Parteien,“ *iDEPART*, 11.01.2012, <http://www.idepart.at/index.php/component/k2/item/17-direkte-demokratie-die-ideen-der-parteien>.
Vgl. „Volksbegehren MeinOE - Demokratie Jetzt,“ <http://www.meinoe.at/index.php>.

6 Vgl. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ), die etwa für ein dreistufiges Modell plädiert, das vergleichbar in einigen deutschen Bundesländern angewendet wird. Vgl. derStandard, „Prammer will deutsches Modell für direkte Demokratie,“ *derStandard*, 19.11.2011, <http://derstandard.at/1319183239617/Buergerbeteiligung-Prammer-will-deutsches-Modell-fuer-direkte-Demokratie>.

7 Vgl. Mehr Demokratie e.V., „Datenbank Bürgerbegehren,“ <http://www.mehr-demokratie.de/bb-datenbank.html>.
Jedoch ist die jeweilige Anzahl der Bürgerbegehren pro Bundesland aufgrund jeweils anderer Anforderungen sehr unterschiedlich, im Saarland etwa waren es bisher insgesamt 14 Bürgerbegehren während in Bayern rund 1.800 Bürgerbegehren abgehalten wurden. Vgl. Mehr Demokratie e.V., „Direkte Demokratie in den Städten und Gemeinden,“ <http://www.mehr-demokratie.de/buergerentscheid.html>.

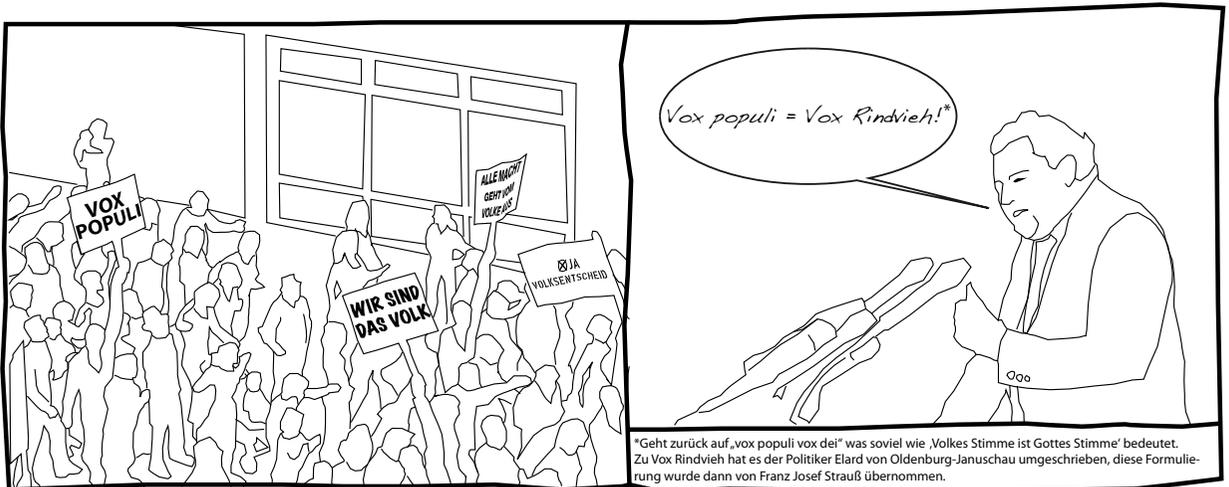


Abb. 3

„SZ: Franz Josef Strauß hat einst gesagt: Vox populi, vox Rindvieh. Was würden Sie ihm antworten?

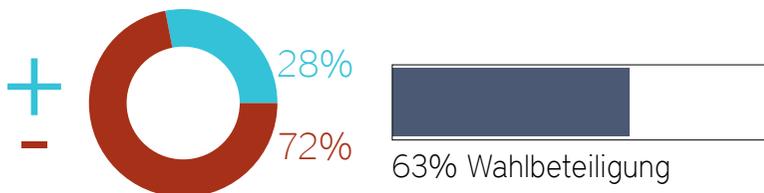
Kretschmann: Den Spruch kenne ich auch von meinem Vater. Man muss die gute Mitte finden zwischen ‚Vox populi, vox dei‘ und ‚Vox populi, vox Rindvieh‘. Das Volk in seiner Mehrheit ist nicht dümmer oder klüger als eine Parlamentsmehrheit. Auch Volksentscheide können große Irrtümer bringen, zum Beispiel das Minarettverbot in der Schweiz. Aber es gibt einfach keine guten Gründe, dem Volk diese Entscheidung zu verwehren. Die Gefahr der Demagogie und des Populismus sehe ich, die existiert in der repräsentativen Demokratie auch. Der Verletzlichkeit der Demokratie können wir nur durch unser Engagement für das Recht und unsere Grundwerte begegnen.“¹

¹ Winfried Kretschmann, Interview von Heribert Prantl und Roman Deinerer, „Das Volk ist nicht dümmer oder klüger als ...“, *Süddeutsche Zeitung*, 18.04.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/winfried-kretschmann-das-volk-ist-nicht-duemmer-oder-klueger-als-eine-parlamentsmehrheit-1.1086339>.



Abb. 4

Fragestellung: „Sind Sie dafür, dass sich die Stadt Isny in das Zukunftsprojekt Neues Stadttor Isny weiter einbringt?“



Verfahrenstyp:

Abstimmungsgegenstand:

Datum:

Ort:

Architekt:

Status:

Ratsreferendum, auf Eigeninitiative des Rats

Für das neue Isnyer Stadttor

05.02.2012

Isny im Allgäu

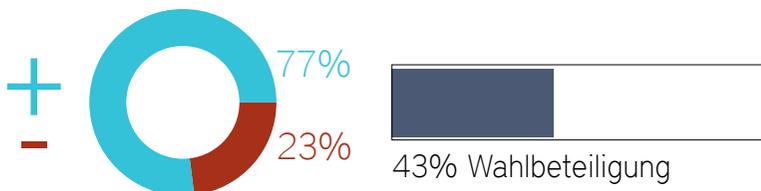
Peter Zumthor

Bau abgelehnt



Abb. 5

Fragestellung: „Sind Sie dafür, dass in Altona – Altstadt ein IKEA Möbelhaus gebaut wird und der Stadtteil dadurch nachhaltig belebt und attraktiver wird?“



Verfahrenstyp:

Abstimmungsgegenstand:

Datum:

Ort:

Architekt:

Status:

Initiativbegehren

Für den Neubau einer IKEA Filiale in Altona-Altstadt

19.01.2010

Hamburg

IKEA. Fassade: Dinse Feest Zurl

Im Bau

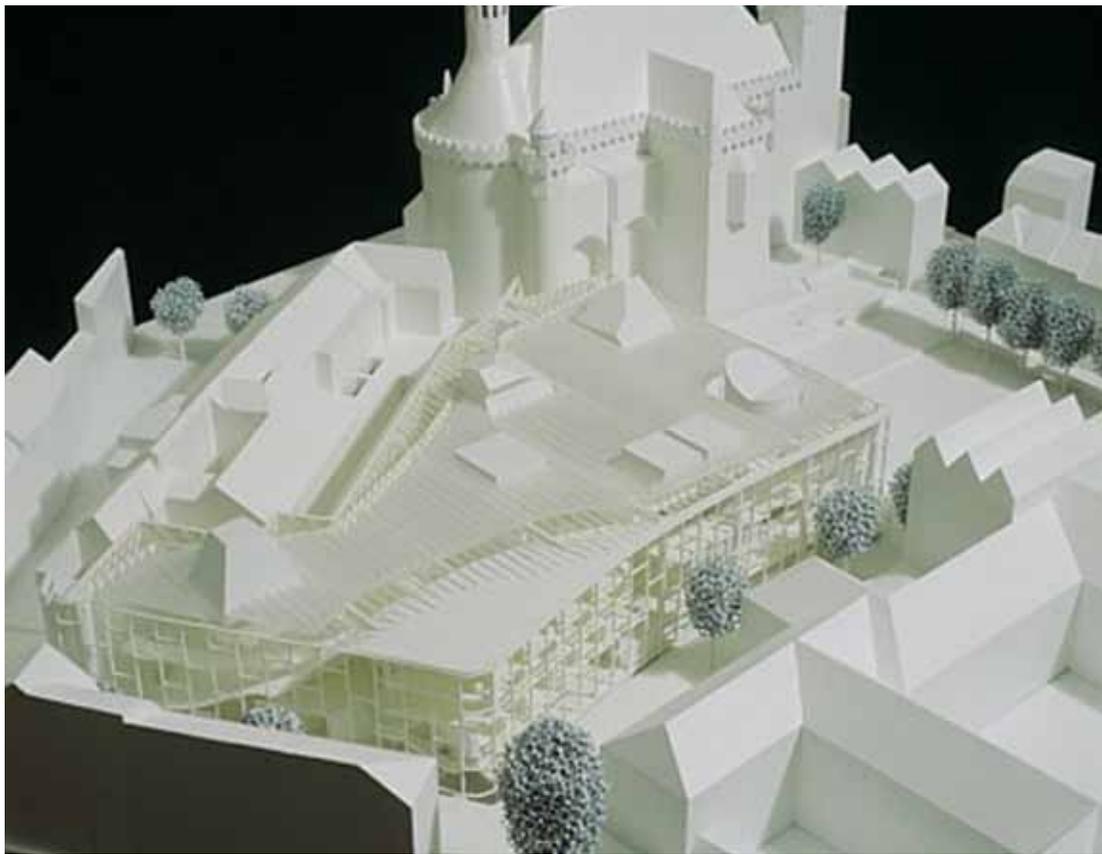
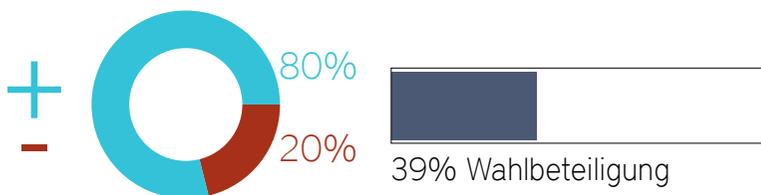


Abb. 6

Fragestellung: „Sind Sie für den Verzicht auf das geplante Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude am Aachener Katschhof, das sogenannte „Bauhaus Europa“?“



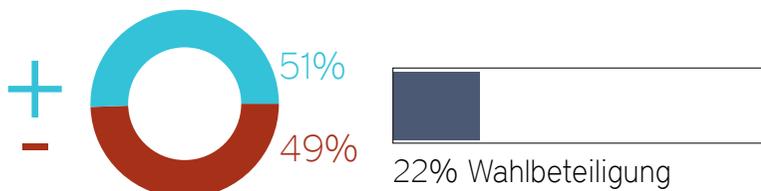
Verfahrenstyp:
 Abstimmungsgegenstand:
 Datum:
 Ort:
 Architekt:
 Status:

Initiativbegehren
 Gegen „Bauhaus Europa“
 10.12.2006
 Aachen
 Wolfgang Tschapeller
 Bau abgelehnt



Abb. 7

Fragestellung: „Sind Sie dafür, dass die Stadt München alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, - den Blick aus der Innenstadt auf die Alpenkette von weiterer Beeinträchtigung freizuhalten und deshalb die geplanten Hochhäuser Isar-Süd mit bis zu 148 Metern Höhe zu verhindern, - den Münchner Osten von einem dort städtebaulich unverträglichen Hochhaus freizuhalten und deshalb das geplante Hochhaus an der Hultschiner Straße mit 145 Metern zu verhindern und - dass weitere Hochhäuser in München außerhalb des mittleren Rings nur dann gebaut werden, wenn sie stadtbildverträglich sind, sich in die Gesamtstadt und ins Stadtviertel einfügen sowie die Höhe der Frauentürme nicht überschreiten?“



Verfahrenstyp:

Abstimmungsgegenstand:

Datum:

Ort:

Status:

Korrekturbegehren

Gegen Bau Doppeltürme nahe Siegestor

21.II.2004

München

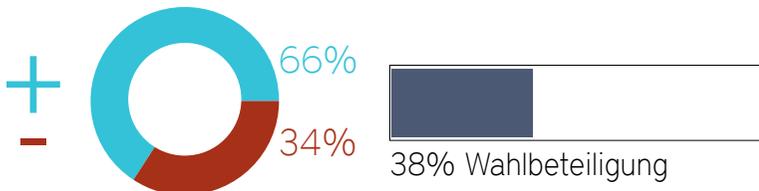
Erneut offene Diskussionen, da Beschluss formal nicht mehr bindend ist.



Abb. 8

Fragestellung: „Sind Sie dafür, dass die Stadt München

- die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines reinen Fußballstadions am Standort “Gewerbegebiet Fröttmaning” schafft,
- sich an den Kosten des Stadionneubaus der Münchner Fußballvereine nicht beteiligt,
- aber hierfür städtische Grundstücke im Rahmen eines langfristigen Erbbaurechtsvertrages bereitstellt,
- sich im üblichen Maß an den erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen (insbesondere U-Bahn-Ausbau und Straßenanbindung) beteiligt,
- und zwar unter der Voraussetzung, dass die Bauherren bis zur WM-Bewerbung ein schlüssiges Finanzierungskonzept vorlegen?“



Verfahrenstyp:

Abstimmungsgegenstand:

Datum:

Ort:

Architekt:

Status:

Ratsreferendum, auf Eigeninitiative des Rats
Für Stadionneubau in Fröttmaning

21.10.2001

München

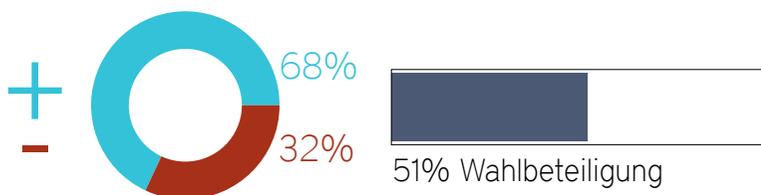
Herzog & de Meuron

Gebaut



Abb. 9

**Fragestellung: „Sind Sie für den Bau der Waldschlösschenbrücke?
– einschließlich des Verkehrszuges der abgebildeten Darstellung –“**



Verfahrenstyp:

Abstimmungsgegenstand:

Datum:

Ort:

Architekt:

Status:

Initiativbegehren

Waldschlösschenbrücke

27.02.2005

Dresden

Eisenloffel + Sattler, Ingenieure; Kolb + Ripke, Architekten

Im Bau



Ich werde versuchen meinen Standpunkt mit einem Zitat einzuleiten. So schreibt Gustav Grossmann (1893-1973): „Die öffentliche Meinung ist die Meinung der Masse und da die Vernünftigen stets in hoffnungsloser Minderheit sind, die Meinung der Idioten. Man muss selber einer sein, wenn man deren Urteil als Peitsche braucht.“¹

Kann es also sein, dass diese Öffentlichkeit – eine Menge an Laien – weitreichende Entscheidungen zur Gestalt und Entwicklung unserer Städte trifft? Somit Beschlüsse, die oft komplexes Fachwissen und langfristiges Abwägen erfordern würden und sich demnach häufig zu einer Bürger-Überforderung entwickeln.

Die großen Zusammenhänge können häufig nicht griffig vermittelt werden und so wird meist die Partei gehört, die am lautesten schreit oder anders ausgedrückt die, die am populistischsten argumentiert, „die dem Volk nach dem Munde redet, an niedere Instinkte appelliert und einfache Lösungen für komplexe Probleme propagiert“. Hierbei zählt das politische und mediale Schüren von Ängsten mittlerweile schon zum festen Repertoire. Wer etwas anderes behauptet, muss jedoch auch etwa die – zugegebenermaßen erst in zweiter Linie architektonische – Entscheidung der Schweizer Bevölkerung zum Thema Minarettbau² erklären.

Denn eine solche Entscheidung wird oft nicht aufgrund reiflich durchdachter und austarierter Argumente getroffen, sondern spiegelt weitaus häufiger eine höchst emotional aufgeladene aktuelle Zustandsbeschreibung wider.

Ähnliches trifft auch auf die Wahlmotivation zu, die von der eigenen Involviertheit abhängig und von starken Eigeninteressen getrieben ist. Gerade bei Abstimmungen zu Architektur- und Städtebauprojekten werden Entscheidungen aufgrund von Kosten oder eigenen Ästhetikvorstellungen gefällt und Verhinderung, Ablehnung und Opposition stellen dabei oft die leichtere Aufgabe dar.

Und sollten doch Projekte aus derartigen Verfahren hervorgehen, sind diese selten dazu geeignet, Außergewöhnliches, Spannendes oder so etwas wie Avantgarde hervorzubringen, da sie immer auf Abwägungen und Kompromissen aufbauen und so das Mittelmaß fördern. Architektur wie frisch aus den Charts. Und in Anbetracht der direktdemokratischen Ästhetikentscheidungen, die besonders an den Eigenheimen in den Vororten der Städte zu bewundern sind, kann man auch mit einem Zitat schließen: „Über das Schöne, also das kulturell Bedeutsame, lässt sich nicht abstimmen, weil es prinzipiell inkommensurabel ist (nach einem Wort Goethes) und weil es im Gewand des Unbekannten, des Neuen ebenso wie des Vergessenen, immer befremdet.“³

Festzuhalten bleibt, dass diese Argumente nicht für die architektonische Entscheidungshoheit bei der ersten Bauinstanz – dem Bürgermeister – sprechen. Sie sprechen für abgewägte und transparente Entscheidungen durch qualifiziertes und geeignetes Personal in Gestaltungsbeiräten und Wettbewerbsjurien. Und dafür, sich auch vermeintlich unpopuläre Entwürfe zuzutrauen und herausragenden Projekten Zeit zum Reifen zu geben.

1 Thomas Steinfeld, „Pionier der Selbstoptimierung,“ *Süddeutsche Zeitung Magazin* 02/2012, 11.01.2012.

2 In einer Volksabstimmung wurde in der Schweiz am 29. November 2009 der Antrag „Gegen den Bau von Minaretten“ nach einem sehr populistisch geführten Wahlkampf angenommen. Parvin Sadigh, „Angst siegt über Argumente,“ *Die Zeit*, 30.11.2009, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2009-11/volksabstimmung-contra>.

3 Jens Jensen, „Vom Volk bezahlte Verblödung,“ *Die Zeit*, 29.07.2010, <http://www.zeit.de/2010/31/Oeffentliche-Anstalten>.



Geht es in der Diskussion wirklich um einzelne Entscheidungen zu beliebigen Fragestellungen? Geht es wirklich darum, in der Wahlkabine zwischen Ja oder Nein wählen zu können?

Nein, denn dass Städte und Kommunen als direkte Lebensumgebung der BürgerInnen deren Mitbestimmung benötigen, bestreitet wohl niemand mehr. Und diese außerparlamentarische Direktdemokratie folgt idealerweise einem breiten Diskussionsprozess innerhalb der Bürgerschaft.

Die Krise in der die repräsentative Demokratie heute steckt, muss als Chance zur Neuabwägung der bisherigen Situation gewertet werden und anstatt die Abwendung der BürgerInnen von der Politik zu beklagen, müssen ehrliche Angebote zur wirklichen Mitgestaltung und direkter Teilhabe unterbreitet werden. Denn wenn Entscheidungen hinter verschlossenen Türen schon derart weit getrieben worden sind, dass die vermeintlich beste Lösung nur noch gegen Querulanten, Laien und Dilettanten verteidigt werden kann, schafft man nur Frustration und Politikverdrossenheit, schafft man Wutbürger und Protestbewegungen. Die zunehmend komplexeren Herausforderungen, vor welchen Kommunen und Städte stehen, erfordern eben die aktive Einbeziehung von mündigen BürgerInnen an Planungsprozessen, um effektiver zu werden und die Qualität der Maßnahmen zu verbessern.

Die Argumente, nach denen nicht geschulte Fachkräfte nicht über Ästhetik urteilen können und demnach nicht reif seien, die richtige Entscheidung zu treffen, greifen nicht, denn genau diese Urteilskraft wird durch die öffentliche Diskussion gestärkt und im besten Fall entstehen Projekte, die direkt von der Bürgerschaft getragen werden. Diese Ergebnisse erweisen sich oft als kreativer und gleichzeitig haltbarer, da sie von einer breiten Basis entwickelt wurden und in ihrer Genese mitgetragen werden. Die Politik muss demnach gewährleisten, dass sich möglichst viele EinwohnerInnen ihres Wahlrechts bewusst werden und von Anfang an in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden.

Es geht also darum, Prozesse zu öffnen und die Entscheidungen der WählerInnen ernst zu nehmen, egal wie diese ausfallen.

Ziel muss es sein, Kompetenzen, externen Sachverstand und Intelligenz der BürgerInnen, sowie deren detailliertes und ortskundiges Wissen über die konkreten Probleme schon frühzeitig in die Bauprojekte mit einfließen zu lassen und sie somit zu einer aktiven Teilnahme an der Gestaltung ihrer Lebensumwelt zu ermächtigen und das Feld der Stadtgestaltung gegenüber der ganzen Gesellschaft zu öffnen.

Es geht um eine grundsätzliche Veränderung der Kommunikation im Gemeinwesen, hin zu einer neuen partnerschaftlich konstruktiven Beteiligungskultur, dem Überdenken bzw. Überwinden der hierarchischen Rollenverteilung und somit geht es schlussendlich um den zukünftigen Charakter der Gesellschaft.

JA? NEIN? ODER DOCH GANZ ANDERS?

Beide Ansätze sind nachvollziehbar und beinhalten wichtige Aspekte. Es ist aber zu beobachten und bleibt zu kritisieren, dass ein derartiges Entscheidungsverfahren wie ein Bürgerentscheid „die Bürgerschaft zwar mobilisiert, nicht aber aktiviert“¹, dass die Wahlmöglichkeit für oder wider eine Maßnahme etwa die aktive innovative Entwicklung von Alternativen nicht vorsieht. Somit werden durch die Abstimmungen direkt kaum neue Ideen oder Alternativen produziert. Volks-/Bürgerabstimmungen stellen sich demnach zumeist als Abwehrinstrument dar und werden demzufolge häufig als Chance der Bürgerschaft gesehen, Vorhaben zu verhindern. Sie richten sich gerade in der letzten Zeit gegen Modernisierung und gegen die Änderung des Gewohnten. Diese grundsätzliche Skepsis gegen Veränderung eint große Gruppen, die sich jedoch häufig in der Frage nach dem *Warum* und spätestens bei Entscheidungen zu produktiven Gestaltungsalternativen in viele kleine Untergruppen spalten.

Einige der angeführten Beispiele zeigen sehr deutlich, dass solche Verfahren bisweilen nur einen kleinen Teil der öffentlichen Meinung abbilden. Die Beteiligung beim Bürgerentscheid *Gegen Bau Doppeltürme nahe Siegestor* lag bei 22% der Wahlberechtigten. Davon stimmten 51% mit *Ja* und somit also 11% der MünchnerInnen für eine Beschränkung der Hochhausbebauung auf die Höhe der Frauentürme mit ihren 99 Metern. Das Ergebnis ist bindend, da das erforderliche Quorum erreicht wurde, dennoch stellt sich die Frage wie es sich mit den 78% der Wahlberechtigten verhält, die keine Stimme abgegeben haben und *stumm* geblieben sind. Waren diese indifferent, waren sie *schweigend dagegen* oder war es ihnen schlichtweg egal? Mehrheiten sehen definitiv anders aus.

Auch bei der Entscheidung um das neue Isnyer Stadttor, die zwar bezüglich Beteiligung und klarem Wahlausgang vorbildlich war, bleibt fraglich, ob das Projekt zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht schon zu weit fortgeschritten war und die wirklichen Entscheidungen schon längst abgeschlossen waren. Ob der Wahlausgang nicht gegen das Projekt an sich zu lesen ist, sondern mehr die grundsätzliche Frustration der WählerInnen abbildet.

Bei der Fragestellung zum *Bauhaus Europa* zeigt sich, dass man mit *Ja* stimmen muss, wenn man gegen den Bau ist, da man damit der Initiative zustimmt. Den höchst suggestiven Charakter, den diese Fragestellungen teils beinhalten, illustriert das Beispiel der Initiative *Pro IKEA* aus Hamburg.

In den meisten Fällen liegt das Problem aber nicht an der Mitbestimmung, also nicht am *ob*, sondern am *wann* und am *wie*.

Die erste Forderung müsste sein, alle Beteiligten frühzeitig einzubinden. Frühzeitig heißt hier, dass nicht am Ende der Planungsphase abgeschlossene Projekte vorgelegt werden und Zustimmung oder Ablehnung nach einem *Ja-Nein*-Schema abgefragt werden, sondern dass im ersten Schritt eine moderierte Bedarfsanalyse oder eine ergebnisoffene Diskussion über anstehende Projekte steht. Für architektonische und städtebauliche Fragen eignen sich Beteiligungsverfahren wie Runde Tische, Bürgerforen, Planungszellen oder in einem späteren Stadium Mediationsverfahren. Alles in allem kommunikative Verfahren und öffentliche Diskurse, eine Öffnung der Stadtplanung. Diese gesammelten Bedürfnisse sollten in Wettbewerbsausschreibungen einfließen. Eine Fachjury erstellt in einem transparenten Verfahren eine Machbarkeitsanalyse der eingereichten Projekte und die getroffene Auswahl wird der Bevölkerung wiederum zur Abstimmung vorgestellt.

Der möglicherweise erhöhte Aufwand wird durch die Identifikation mit dem neuen Projekt

¹ Andreas Paust, Vom Bürgerbegehren zur Bürgergesellschaft, *Bundeszentrale für politische Bildung*, <http://www.bpb.de/apuz/25530/vom-buergerbegehren-zur-buergergesellschaft>.

und die erweiterte Legitimation wett gemacht. Und positive Ergebnisse und Erfahrungen führen auch zu einem erhöhten Interesse an weiteren Projekten, an einem verstärkten Einbringen in die Stadt.

Einen derartigen partizipativen Ansatz verfolgt seit 2009 das *Bürger-Zukunftslabor Nexthamburg* in halbjährlichen *Nexthamburg Sessions* und online auf nexthamburg.de.

„Nexthamburg ist Hamburgs Ideenlabor für die Stadt von morgen – unabhängig und offen für alle, die gemeinsam die Zukunft der Stadt gestalten wollen – und Bühne für konstruktive Ideen für Hamburgs Stadtentwicklung.“²

Die Seite fungiert als Wissensbasis über das aktuelle Baugeschehen in der Stadt, als Plattform für Wünsche und Ideen und fördert qualifizierte Diskussionen. In der öffentlichen Laborsituation werden nach dem Open Source Verständnis stadtplanerische Projekte und Ideen eingebracht und öffentlich diskutiert. Hier kann jeder eigene konkrete Ideen für Hamburg vorstellen. 490 solcher Ideen wurden mittlerweile erstellt – von Fahrrad-Schnellstrecken bis zur Seilbahn nach Wilhelmsburg – sie werden online diskutiert, gemeinsam verbessert, präzisiert und bewertet.

Die am besten bewerteten Konzepte werden als *Top-Ideen* gemeinsam zur Reife gebracht und in Workshops vertieft.

Halbjährlich werden auch *Zukunftsstudien* gewählt, die ebenfalls aus Projektideen hervorgehen. Die EinbringerInnen der Idee und das Kernteam von Nexthamburg arbeiten gemeinsam mit externen ExpertInnen, PolitikerInnen, Interessengruppen und weiteren BürgerInnen an der Ausarbeitung.

„Das Projekt ‚Nexthamburg‘ dreht die Beteiligungslogik um: Die Bürger werden selbst zu Stadtentwicklern, entwerfen ihre eigene Stadtvision und laden Politik und Verwaltung zur Debatte ein, statt auf Mitspracheangebote zu warten. So ist seit 2009 ein bürgerschaftlicher Think Tank entstanden, ein öffentliches Labor für die Stadt von morgen, in dem Bürger Impulse für die Stadtentwicklung setzen.“³

² Nexthamburg, <http://nexthamburg.de/about/index.php>.

³ Julian Petrin, Klappentext zu *Nexthamburg: Bürgervisionen für eine neue Stadt* (Hamburg: Edition Körber Stiftung, 2012).

LITERATURVERZEICHNIS:

- derStandard. „Prammer will deutsches Modell für direkte Demokratie.“ *derStandard*, 19.11.2011. <http://derstandard.at/1319183239617/Buergerbeteiligung-Prammer-will-deutsches-Modell-fuer-direkte-Demokratie>.
- Hoffuri, Philippe. „Direkte Demokratie - Die Ideen der Parteien.“ *iDEPART*, 11.01.2012. <http://www.idepart.at/index.php/component/k2/item/17-direkte-demokratie-die-ideen-der-parteien>.
- Jensen, Jens. „Vom Volk bezahlte Verblödung.“ *Die Zeit*, 29.07.2010. <http://www.zeit.de/2010/31/Oeffentliche-Anstalten>.
- Kretschmann, Winfried. Interview von Heribert Prantl und Roman Deiningner, „Das Volk ist nicht dümmer oder klüger als ...“; *Süddeutsche Zeitung*, 18.04.2011. <http://www.sueddeutsche.de/politik/winfried-kretschmann-das-volk-ist-nicht-duemmer-oder-klueger-als-eine-parlamentsmehrheit-1.1086339>.
- Kurbjuweit, Dirk. „Der Wutbürger.“ *Der Spiegel* 41, 2010.
- Mehr Demokratie e.V., „Datenbank Bürgerbegehren.“ <http://www.mehr-demokratie.de/bb-datenbank.html>.
- Mehr Demokratie e.V., „Direkte Demokratie in den Städten und Gemeinden.“ <http://www.mehr-demokratie.de/buergerentscheid.html>.
- MeinOE. „Volksbegehren MeinOE - Demokratie Jetzt.“ <http://www.meinoe.at/index.php>.
- Nexthamburg, <http://nexthamburg.de/about/index.php>.
- Paust, Andreas. Vom Bürgerbegehren zur Bürgergesellschaft. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/apuz/25530/vom-buergerbegehren-zur-buergergesellschaft>.
- Petrin, Julian. Klappentext zu *Nexthamburg: Bürgervisionen für eine neue Stadt*. Hamburg: Edition Körber Stiftung, 2012.
- Sadigh, Parvin. „Angst siegt über Argumente.“ *Die Zeit*, 30.11.2009. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2009-11/volksabstimmung-contra>.
- Schubert, Klaus und Martina Klein. *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz, 2006.
- Steinfeld, Thomas. „Pionier der Selbstoptimierung.“ *Süddeutsche Zeitung Magazin* 02/2012, 11.01.2012.
- Stiftung Neue Verantwortung. „Demokratie als Gemeinschaftswerk.“ *Cicero Online*, 05.03.2012. <http://www.cicero.de/berliner-republik/demokratie-als-gemeinschaftswerk/48538>.
- Zeit Online. „Grüne und Piraten wachsen als einzige Parteien.“ *Die Zeit*, 13.02.2012. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-02/gruene-mirglieder-umfrage>.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

- Abb. 1: Die Stimmberechtigten des schweizer Kantons Glarus stimmen ab. Foto: Arno Balzarini (Keystone). <http://images.nzz.ch/app.php/eos/v2/image/view/643/-/text/b6a2abc8/1.12880240.1333099808.jpg>
- Abb. 2: Direkte Demokratie Volksabstimmung. 1970. Poster: Joseph Beuys <http://www.tate.org.uk/art/artworks/beuys-direkte-demokratie-volksabstimmung-dusseldorf-aro0813>
- Abb. 3: Vox Populi - Vox Rindvieh.
Grafik: Stefan Groh
- Abb. 4: Modellfoto Neues Stadttor Isny. Modell: Peter Zumthor. http://www.neuesstadttorisny.de/wp-content/gallery/entwurf/modell_06.jpg
- Abb. 5: Modellfoto IKEA Altona. Modell: IKEA. http://www.altona.info/wp-content/gallery/ikea-ansichtsmaterial/ikea_modell.gif
- Abb. 6: Modellfoto Bauhaus Europa. Modell: Wolfgang Tschapeller. <http://www.bauhaus-europa.eu/img/be/galerie/7a.jpg>
- Abb. 7: Maximale Bauhöhe München. Grafik: Stefan Groh auf Basis von bkindler, istockphoto.com. http://blog.carat-hotel.de/wp-content/uploads/istock_000017751061large.jpg
- Abb. 8: Modellfoto Allianz Arena. Modell: Herzog & de Meuron http://polpix.sueddeutsche.com/polopoly_fs/1.981006.1280321287!/image/image.jpg_gen/derivatives/900x600/image.jpg
- Abb. 9: Modellfoto Waldschlösschenbrücke Dresden. Modell: Kolb + Ripke, Architekten <http://media07.kanal8.de/MediaFrontend/7/wsb.JPG>

FALLSTUDIE TÜBINGEN

Baugruppen bauen Stadt

Mit dem Kauf des Areals der ehemaligen Garnisonsstadt im südlichen innerstädtischen Bereich Tübingens, hat die Stadt nach dem Abzug der französischen Truppen 1991 die Chance genutzt, die vormals starke innerstädtische Barriere durch die Stadt in der Stadt mit einer Vielzahl an unzugänglichen Flächen aufzuheben. Unter dem Titel *Quartier der kurzen Wege* wurde in den beiden Gebieten *Französisches Viertel* und *Loretto Areal* der Versuch unternommen, *Stadt* weiter zu bauen, also Wohnen, Nahversorgung, Kultur und Gewerbe in urbaner Dichte eng miteinander zu verbinden, indem die ehemalige Militärliegenschaft dezidiert als Mischgebiet ausgewiesen wurde. Ziel war ein lebendiges und alltagstaugliches Stadtquartier, eine städtische, funktional und sozial heterogene Mischung. Neben der Umnutzung von noch brauchbarer Bausubstanz der alten Kasernengebäude (v.a. für Gewerbe und Studentenheime) und damit einhergehend der Etablierung einer *Stadtteilgeschichte*, verdichtete die Stadt Tübingen das Gebiet in den Zwischenräumen und verkaufte¹ die entwickelten und voll erschlossenen kleinparzellierten Grundstücke vornehmlich an private NutzerInnen und Baugruppen², um im Gebiet „Pionierarbeit“³ leisten zu lassen. Wobei „die späteren Nutzer (...) früh in die Planung eingebunden“ wurden, Verantwortung übernahmen und „sich auch in die Entwicklung des gesamten Stadtteils ‚einmischen‘“⁴. Diese bewusste Entscheidung folgte der Erfahrung, dass „kurze Wege im Alltagsleben, unmittelbares Eingehen auf vielfältige Nutzerinteressen

1 Erfolgte nach den Regelungen des §165ff des deutschen Baugesetzbuch „*Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen*“, <http://dejure.org/gesetze/BauGB/165.html>. Die Erlöse aus der Wertsteigerung müssen demnach für den Aufbau der lokalen Infrastruktur und kulturellen Einrichtungen verwendet werden.

2 Nicht an die Meistbietenden, sondern an die Gruppen mit dem schlüssigsten Konzept. Vgl. Leonhard Schenk, „Bürger als Bauherren.“ *Der Architekt* 7-8 (2005): 71.

3 Stadt Tübingen, „Franz. Viertel/ Loretto,“ <http://www.tuebingen.de/loretto>.

4 Architektenkammer Baden-Württemberg, Hrsg., *planen – bauen – leben: Baugemeinschaften in Tübingen* (2007), 8.

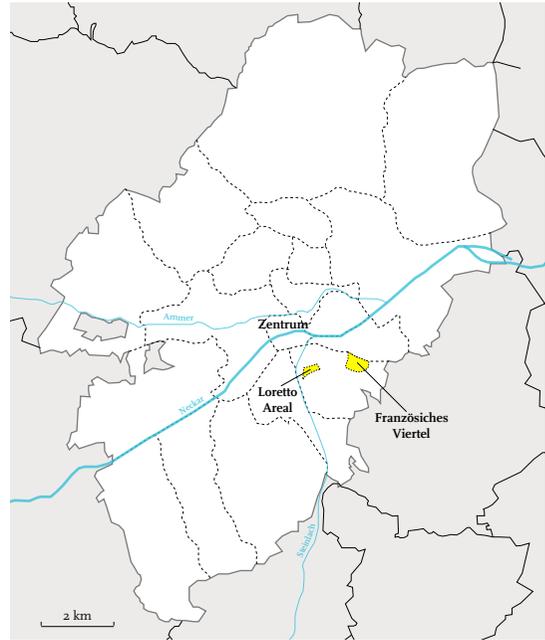


Abb. 1

(...) leere Versprechen [bleiben], solange große Entwickler ihre eigenen kurzfristigen Verwertungsinteressen verfolgen“⁵.

Ausdrücklich erwünscht war die kompakte Durchmischung des neuen Stadtteils mit gewerblichen Betriebsflächen, Werkstätten, Läden und Wohnungen. Die Entwicklung wurde sukzessive umgesetzt, die letzte freie Baulücke 2007 geschlossen.

Diese Strategie der teilweisen Übertragung von Verantwortung wurde auch in den Innenhöfen der vornehmlich mit drei- bis fünfgeschossigen Blockrandbebauung umgesetzt. Die Hofbereiche werden von den BewohnerInnen der angrenzenden Gebäude selbst gestaltet und getragen⁶. Als prägendes Gestaltungswerkzeug und Ort des Austauschs kommt dem öffentlichen Raum im Quartier eine wichtige Rolle zu, der dazu bewusst von starker Verkehrsbelastung befreit wurde.⁷ Darüber hinaus sind viele der öffentlichen Flächen und Plätze mit umfangreicher Bürgerbeteiligung geplant worden; zwei Argumente, die vielleicht die Qualität und hohe Frequentierung erklären.

5 Andreas Feldtkeller, „Open for Diversity / Offenheit für Vielfalt,“ *archplus* 180 (09.2006): 117.

6 Vgl. Architektenkammer Baden-Württemberg, Hrsg., *planen – bauen – leben: Baugemeinschaften in Tübingen* (2007), 24.

7 Vgl. Thomas Franke, *Lebenswerte Städte: städtebauliche Strategien für das 21. Jahrhundert* (Bonn: FES Library, 2001), <http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00958toc.htm>.



Abb. 2



Abb. 3



Abb. 4

Kleinteilige Nutzungsmischung und Parzellierung

Architektonischer Grundtyp in beiden Konversionsgebieten ist das Stadthaus mit Gewerbe im Erdgeschoss und Wohnnutzung in den oberen Etagen. Jegliches *nicht wesentlich störendes Gewerbe* ist dabei zulässig. So finden sich im Gebiet Büros, Praxen, Kanzleien, Läden, Werkstätten, Gastronomie, Ateliers, Kindereinrichtungen, Vereine der Volkshochschule oder eine Schreinerei. Auch eine Polizeistation findet in einem gemischt genutzten Gebäude Platz.

Arbeiten, Wohnen, Kultur- und Sozialeinrichtungen werden durchmischt und bilden eine lebendige und vielfältige, städtische und alltagstaugliche Kultur und einen Gegenentwurf zum vorherrschenden, funktionell entmischenden Städtebau der letzten 50 Jahre.

Um verschiedenen Wünschen und Ansprüchen nachkommen zu können, wurden unterschiedlich große Parzellen in Absprache mit den späteren NutzerInnen im Planungsprozess definiert. Die Parzellenbreite ist darüber hinaus in einvernehmlicher Absprache mit den angrenzenden NachbarInnen um ein bis zwei Meter anpassbar.¹

¹ Vgl. Eckehard Janofske, „Spielräume für selbstverantwortliches Handeln – oder die Neuinterpretation des Blocks - dargestellt am Beispiel der Südstadt Tübingen,“ in *von unten / von oben Lebensräume zwischen Planung und Selbstregulierung*, Hrsg. Achim Schüßler (Darmstadt: Archimed Verlag, 2005), 90.



Abb. 5

Urbane Dichte

Tübingen ist von Grünflächen und Naturschutzgebieten umgeben. Das Stadtgebiet selbst bietet nur noch sehr begrenzte Möglichkeiten zur räumlichen Ausdehnung. Um die umgebende Landschaft zu erhalten und weitere Flächenzersiedlung zu vermeiden, ist die Stadt auf die Nutzung städtischer Gebiete als Bauflächen angewiesen. Es gilt daher, Wohnen auf engem Raum attraktiv zu machen.

Die Dichte im Gebiet wird ungewöhnlich hoch angesetzt: die Geschossflächenzahl¹ liegt zwischen 2,5 und 4,0, die Grundflächenzahl² beträgt zwischen 0,6 und 0,8. Traufhöhen zwischen 9 und 18m mit ca. 150 bis 200 EinwohnerInnen pro Hektar, zuzüglich der Arbeitsplätze. Diese Dichte erlaubt relativ niedrige Grundstückskostenanteile von 7 bis 14%, was für die Bezahlbarkeit von Wohnungen und weiters auf die soziale Mischung im Gebiet Auswirkungen hat.³ Städtebaulich wird eine Blockstruktur herangezogen, die in ihrer Größe und Lage aus den Altbauten entwickelt wird, wobei jeder Block eine Lücke, also mindestens eine unbebaute Parzelle aufweist, um die Abgeschlossenheit zu durchbrechen.

¹ Gibt das Verhältnis der kumulierten Geschossfläche zur Grundstücksfläche an.

² Gibt an, zu wie vielen Teilen die Grundstücksfläche bebaut wurde.

³ Vgl. Eckehard Janofski, „Spielräume für selbstverantwortliches Handeln – oder die Neuinterpretation des Blocks - dargestellt am Beispiel der Südstadt Tübingen,“ in *von unten / von oben Lebensräume zwischen Planung und Selbstregulierung*, Hrsg. Achim Schüller (Darmstadt: Archimed Verlag, 2005), 87.



Abb. 6

Reaktivierung von Altbauten

Essentiell für das Gebiet ist die Umnutzung der Altbauten aus der vormals militärischen Nutzung. In der Frühphase boten sie günstig im Selbstausbau adaptierbaren Wohn- und Arbeitsraum für PioniernutzerInnen, für Gewerbeeinrichtungen mit hohem Raumbedarf oder Studentenwohnheime. Der Umbau dieser Strukturen fand sukzessive statt und war auf diese Weise einfacher finanzierbar. Dies geschah bereits direkt nach dem Abzug der französischen Armee und zeitlich parallel zum städtebaulichen Ideenwettbewerb. Auch boten sie Raum für Aktivitäten wie Theater, Freilichtkino oder Flohmärkte, um das lange abgeschlossene Areal für die Öffentlichkeit zu öffnen und in die Stadt zu reintegrieren. Durch den (Selbst-)Umbau konnten sich die zukünftigen BewohnerInnen die Gebäude aneignen und für eine zivile Nutzung umbauen.

Heute sorgen sie für eine zeitliche und maßstäbliche Durchmischung und stellen als Stadtteilgeschichte einen hohen Identifikationswert dar.



Abb. 7

Akteure: Baugemeinschaften – Bürgerbeteiligung und Integration

Die Mitarbeit der BürgerInnen wurde als ein wesentlicher Punkt der *Stadtweiterentwicklung* gesehen. Durch die Beteiligung am Planungsprozess und an der Umsetzung entsteht eine hohe Verbindung und Identifikation mit dem Viertel.

Statt von Bauträgern wurde der überwiegende Teil der Häuser von privaten Baugemeinschaften selbst gebaut. So konnte zu realen Herstellungskosten, nicht zum Marktpreis gebaut werden und die späteren BewohnerInnen waren schon frühzeitig in die Planung integriert. Die Grundstücke wurden nicht an den Höchstbietenden, sondern aufgrund eines schlüssigen Nutzungskonzepts direkt an die Bauwilligen vergeben. In Kombination mit wenigen Gestaltungsvorgaben sorgt dies für eine hohe Vielfalt an Wohnformen und Architekturkonzepten. Auch die Gewerbebetriebe in den Erdgeschosszonen wurden durch die Baugruppen selbst angeworben und eine Planungsgruppe war für die Außenraumgestaltung zuständig. Die Stadt bietet Räume für Arbeitsgruppen und hat im Viertel ein Stadtteilbüro eingerichtet.

„Die Menschen sind bereit, ein solches Projekt mitzutragen, wenn man sie nicht als Konsumenten betrachtet, sondern sie selbst machen lässt.“¹

¹ Andreas Feldtkeller in Eckehard Janofske, „Spielräume für selbstverantwortliches Handeln,“ in *von unten / von oben Lebensräume zwischen Planung und Selbstregulierung*, Hrsg. Achim Schüßler (Darmstadt: Archimed Verlag, 2005), 85.



Abb. 8

Öffentlicher Raum und Verkehr

Derartig dichte Strukturen erfordern einen anderen Umgang mit den knappen öffentlichen Flächen. Die Straßen und Plätze im Quartier sind vorrangig Aufenthaltsräume. Dennoch sind sie nicht autofrei, da die Durchmischung mit Büros und Geschäften auch Anlieferungen und Kurzparkzonen erfordert. Langfristige Autoabstellplätze finden sich jedoch in Parkhäusern am Rand der Siedlungen¹. Die BewohnerInnen im Viertel bewegen sich dort hauptsächlich mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Die Dichte und Nutzungsmischung ermöglicht eine Stadt der kurzen Wege und eine Steigerung der Aufenthaltsqualität. Drei Buslinien queren das Viertel. Das Gebiet ist durchgängig eine Tempo 30 Zone; FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen haben Vorrang.

Die Innenhöfe der Blockstrukturen bieten als grüne, privatere Bereiche Erholungsflächen, die gemeinsam genutzt werden.

¹ Vgl. Theorien von Hermann Knoflacher. Nach seiner Ansicht können AutofahrerInnen zum Parkplatz genauso eine Fußstrecke zurücklegen, wie die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel zur nächste Haltestelle.

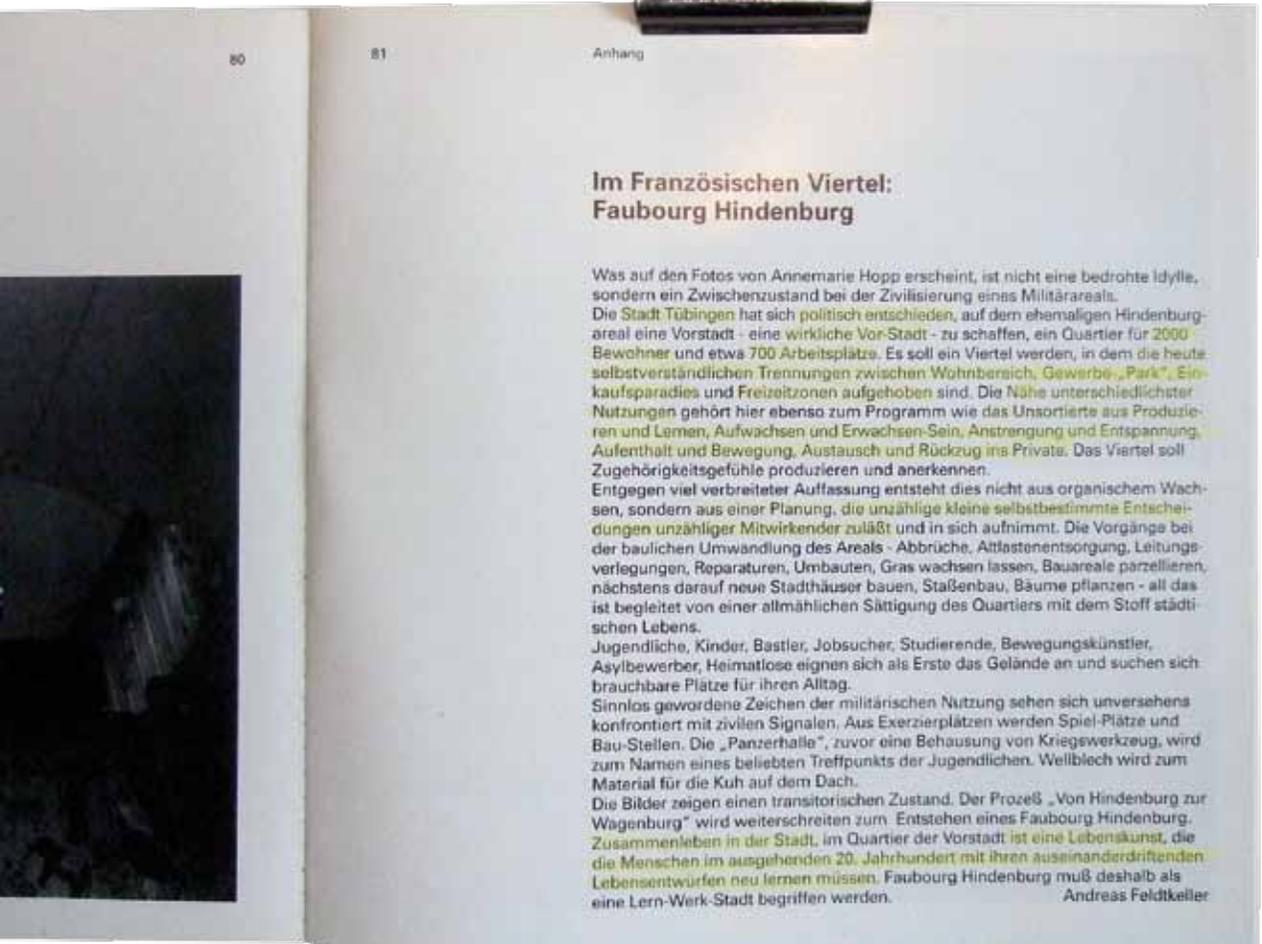


Abb. 9

Entwicklung klarer Zielformulierungen durch die Kommune

Der Text von Andreas Feldtkeller¹ zeigt die frühzeitige Festlegung wichtiger Planungsziele und die ausdrückliche Absicht auf den Konversionsflächen der Südstadt *Stadt* bauen zu wollen.

Die Umsetzung dieser klaren Vorstellungen wurden jedoch nicht detailliert festgelegt, sondern „nach dem Motto: ‚Beteiligung und Mitwirkung der Bürger‘“² mit einem gewissen Maß an Selbstregulierung und dem weitgehenden Verzicht auf gestalterische Vorgaben umgesetzt und durch die amtlichen Planungsbehörden als Koordinationsstellen unterstützt.

¹ Leiter des Tübinger Stadtansierungsamtes bis 1997 und maßgeblich an der Konzeptionierung und Umsetzung der Tübinger Südstadtentwicklung beteiligt.

² Eckehard Janofske, „Spielräume für selbstverantwortliches Handeln,“ in *von unten / von oben Lebensräume zwischen Planung und Selbstregulierung*, Hrsg. Achim Schüßler (Darmstadt: Archimed Verlag, 2005), 89.



Abb. 10

20 Minuten Fussweg sind es circa vom Französischen Viertel in die Altstadt Tübingens. Und auch inhaltlich sind beide nicht weit voneinander entfernt.

In den Stadterweiterungsgebieten wurden ganz klar positive Aspekte des alten, gewachsenen und lebendigen Tübinger Stadtkerns übernommen und aktuell übersetzt. Die schmale Parzellierung mit hoher Dichte, die Gleichzeitigkeit von Wohnen und Arbeiten und Diversität der Angebote, weiters die öffentliche Nutzung der Erdgeschosszone, der erlaubte Anliefer- und kaum ruhende Verkehr und somit die Straße als Begegnungsort, die Verschiedenheit der Architektur aus unterschiedlichsten Epochen und die Übertragung von Teilverantwortung auf die BürgerInnen, die ihre Häuser in beiden Teilen der Stadt selbst bauen beziehungsweise gebaut haben. All diese Punkte finden sich in beiden Gebieten wieder.

Anfangs galt das ehemalige Militärgelände als besonders unattraktiv. Darüber hinaus war es durch Bundesstraßen, Neckar und Eisenbahnlinie vom Rest der Stadt abgeschnitten. Den Bestrebungen hier ein Stadtzentrum für die Südstadt bauen zu wollen, wurde überaus skeptisch begegnet. Dies war jedoch auch ein Vorteil, da der geringere wirtschaftliche und zeitliche Druck dem Viertel Entwicklungszeit gab. Darüber hinaus war und ist in Tübingen eine starke Nachfrage nach preisgünstigen Wohnraum, sowie ein Mangel an Gewerbeflächen zu verzeichnen.

Heute bietet das *Französische Viertel* und *Loretto Areal* auf 60 ha mit der „nachhaltigen, urbanen Stadtentwicklung“¹ Wohnraum für ca. 6.500 EinwohnerInnen und Gewerbeeinrichtungen mit ca. 2.500 Arbeitsplätzen, ein Viertel mit „hoher Integrität und Identität“²

„Weder hat sich hier der soziale Brennpunkt entwickelt, was viele aufgrund der hohen Dichte befürchteten, noch die ‚grüne Hölle‘, von der der Spiegel in diesem Jahr schrieb. De facto funktioniert das Viertel nicht besser und nicht schlechter als ein Berliner Altbauquartier – und von welchem Neubauquartier kann man das schon behaupten?“³

1 „Franz. Viertel/ Loretto,“ Stadt Tübingen <http://www.tuebingen.de/loretto#1607>.

2 „Franz. Viertel/ Loretto,“ Stadt Tübingen <http://www.tuebingen.de/loretto#1608>.

3 Brigitte Schulz, „Die Tübinger Südstadt,“ *Bauwelt* 1-2 (2012): 23.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Architektenkammer Baden-Württemberg, Hrsg. *planen – bauen – leben: Baugemeinschaften in Tübingen*, 2007.
- Deutsches Baugesetzbuch §165ff „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen.“ <http://dejure.org/gesetze/BauGB/165.html>.
- Feldtkeller, Andreas. „Open for Diversity / Offenheit für Vielfalt.“ *archplus* 180 09.2006.
- Feldtkeller, Andreas. *Zur Alltagstauglichkeit unserer Städte: Wechselwirkungen zwischen Städtebau und täglichem Handeln*. Berlin: Schiler Verlag, 2012.
- Feldtkeller, Andreas. *Städtebau: Vielfalt und Integration. Neue Konzepte für den Umgang mit Stadtbrachen*. München: DVA, 2001.
- Franke, Thomas. *Lebenswerte Städte: städtebauliche Strategien für das 21. Jahrhundert*. Bonn: FES Library, 2001. <http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00958toc.htm>.
- Hopp, Annemarie. *Von Hindenburg zu Wagenburg*. Kleine Tübinger Schriften Heft 17. Hrsg. Stadt Tübingen, 1995.
- Janofske, Eckehard. „Spielräume für selbstverantwortliches Handeln – oder die Neuinterpretation des Blocks - dargestellt am Beispiel der Südstadt Tübingen.“ In *von unten / von oben Lebensräume zwischen Planung und Selbstregulierung*, Hrsg. Achim Schüßler. Darmstadt: Archimed Verlag, 2005.
- Maddalena, Gudrun Theresia de und Matthias Schuster. *go south. Das Tübinger Modell*. Tübingen: Wasmuth, 2006.
- Schenk, Leonhard. „Bürger als Bauherren.“ *Der Architekt* 7-8 (2005).
- Schulz, Brigitte. „Die Tübinger Südstadt.“ *Bauwelt* 1-2 (2012).
- Stadt Tübingen. „Franz. Viertel/ Loretto.“ <http://www.tuebingen.de/loretto>.
-

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

Abb. 1: Karte Tübingen.
Grafik: Stefan Groh

Abb. 2: Luftbild Französisches Viertel, Tübingen. Foto: Manfred Grohe.
http://www.fgv-tuebingen.de/pics/Franzoesisches_Viertel_ausschnitt1280.jpg

Abb. 3: Aixier Straße, Französisches Viertel. Foto: Stadt Tübingen
http://www.tuebingen.de/Bilder/Franz_Viertel_1.jpg

Abb. 4 - Abb. 8: Fotos Südstadt Tübingen.
Fotos: Stefan Groh

Abb. 9: Annemarie Hopp. *Von Hindenburg zu Wagenburg*. Kleine Tübinger Schriften Heft 17, Hrsg. Stadt Tübingen, 1995.
Bearbeitung: Stefan Groh

Abb. 10: Fotos Altstadt Tübingen.
Fotos: Stefan Groh

Arbeitsübertragung oder Partizipation?

Die Forderung nach mehr bürgerschaftlichem Engagement und einer Aktivierung der Eigenverantwortung ist allgegenwärtig. Sie begegnet uns angefangen bei Götz W. Werner, dem Gründer der Drogeriekette *dm*, der in seiner Kolumne die Aktivität einer direkten Demokratie fordert¹ bis zu Peter Sloterdijk, der mit Bazon Brock eine Professionalisierung der BürgerInnen propagiert².

Auch von Seiten der Politik häufen sich diese Aufforderungen nach mehr ehrenamtlichem, bürgerschaftlichem und privatwirtschaftlichem Engagement. Selbstverantwortung, Selbstständigkeit und Initiativefreudigkeit sind Schlagwörter, die einerseits als Vertrauensbeweis des Staates in seine mündigen BürgerInnen gesehen werden können. Andererseits stellt Governance als Politikstil auch gerade in Zeiten knapper Mittel und gleichzeitig großer anstehender Anstrengungen eine Möglichkeit des (lokalen) Staates dar, weiterhin Einfluss auf Gestaltungskriterien auszuüben und nicht als Zaungast den Entwicklungen hinterher zu regieren.

Denn die „Phase sozialstaatlicher, etatischer Regulation (...), in der die öffentliche Hand einen dominanten Part in der Stadtentwicklung gespielt“³ hat, scheint zu Ende zu sein. Ein Großteil der städtischen Veränderungen hat heute bereits ihre Ursache in Handlungen verschiedener öffentlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, angefangen von lokalen Gemeinschaften bis hin zu

globalen Unternehmen.⁴ War der fordistische Sozialstaat noch in der Lage, aktiv Städtebau zu betreiben und insbesondere durch öffentlichen Wohnbau die Stadtgestalt mitzubestimmen, fällt es heute zusehends schwerer, trotz der Rechtssetzungskraft die Art und Weise oder Zielgruppe der Bautätigkeit zu bestimmen⁵. *Public Private Partnerships* galten und gelten mit ihrer Kombination aus privaten und öffentlichen Investitionen als Hoffnungsträger, um die Effektivität öffentlicher Aufgaben zu steigern und gleichzeitig Wirtschaftsentwicklung und städtische Imagepflege zu leisten.

Staatliche und kommunale Institutionen beschränken sich mehr und mehr auf ihre Kernaufgaben, da es an politischer Macht und finanziellen Mitteln mangelt und so werden informelle Netzwerkstrukturen⁶, sowie „soziale[s] Kapital und Zivilgesellschaft zu Hoffnungsträgern der Stadtentwicklung“⁷. Der Staat setzt also neben Privatisierungen und Delegation an die Privatwirtschaft auf die Verantwortungsübertragung und Aktivierung der Lokalbevölkerung und Zivilgesellschaft, von Gruppen, Vereinen oder Initiativen, die die vormals wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben selbst oder in einer Koalition aus staatlichen und nicht-staatlichen Gruppierungen übernehmen. Der Staat ist auf Kooperationen angewiesen, um gemeinsam die nötigen Ressourcen zur Stadtentwicklung zu erlangen.

1 Vgl. Götz W. Werner, „dm erleben | Kolumne,“ *alverde* 01 (2012): 34.

2 Sowohl in ihren Lehrtätigkeiten an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe unter dem Titel „Der Professionalisierte Bürger“, als auch in ihrem Buch „Der Profi-Bürger“ (siehe hierzu die Buchrezension auf Seite 113).

3 Uwe Altrock, Grischa Bertram, Friedhelm Fischer, „Städtische Governance in historischer Perspektive,“ in *Wer entwickelt die Stadt?*, Hrsg. Uwe Altrock und Grischa Bertram (Bielefeld: transcript Verlag, 2012), 7.

4 Vgl. John Palmesino, „Die Vielzahl lokaler Akteure. Neue Perspektiven auf selbstorganisierte Transformationsprozesse in Europa,“ in *Hier Entsteht; Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, Hrsg. Jesko Fezer und Mathias Heyden (Berlin: b_books, 2004), 96.

5 Vgl. Uwe Altrock, Grischa Bertram, Friedhelm Fischer, „Städtische Governance in historischer Perspektive,“ in *Wer entwickelt die Stadt?*, Hrsg. Uwe Altrock, Grischa Bertram (Bielefeld: transcript Verlag, 2012), 11.

6 Soziales Kapital ist nach Pierre Bourdieu als eine „Energieressource sozialer Netzwerke, die auf gegenseitiger Bekanntheit und Anerkennung beruhen“ zu verstehen. Vgl. Thomas Rübke, „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung,“ *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 36 (2005): 103.

7 Thomas Rübke, „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung,“ *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 36 (2005): 102.

Mit der Einbeziehung der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft als Akteur und Kooperationspartner entwickelt sich eine kooperative Regierungsform und damit einhergehend eine Veränderung der Stadtproduktion.

Durch diese Übertragung von Teilverantwortung auf private Institutionen und bürgerschaftliche Akteure findet eine „Umstellung von der zentralistischen und dirigistischen Führung durch Government auf die dezentrale und netzwerkartige Steuerung durch Governance“⁸ statt.



Abb. 1

Governance lässt einmischen und fordert auch zum Einmischen, zum Übernehmen von Verantwortung auf. Aber inwieweit handelt es sich dabei um ein ehrliches Partizipationsangebot oder etwa um eine Übertragung von Arbeit, um Kostenreduktion und ein neoliberales Zurückziehen des Staates?

„Ordnungspolitik bzw. Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden.“⁹

Der Begriff *Governance* wird hier sehr breit ausgelegt und schließt zivile sowie staatliche Institutionen ebenso ein, wie Vereinbarungen und Arrangements zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Statt



Abb. 2



Abb.3



Abb. 4

⁸ Manfred Russo, „Governance durch Community. Die Metempsychose des Bürgers zum Kunden,“ *derive* 23 (2006): 13.

⁹ Commission on Global Governance, „Der Begriff der Weltordnungspolitik,“ in *Nachbarn in einer Welt*, Hrsg. Stiftung für Entwicklung und Frieden (Bonn: Eigenverlag, 1995), 4.

einer Planungsinstanz, die alle wesentlichen Entscheidungen selbst trifft, handelt es sich hierbei um ein Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure aus Staat, Markt und Gesellschaft, mit nicht festgelegten Rollen.

Klaus Selle umschreibt den Begriff als eine „vielgestaltige Welt des Aushandelns, Vereinbarens, Kooperierens, des Zusammenführens verschiedener Akteure und des Bemühens, in den Schnittmengen ihrer Aktivitäten zu abgestimmtem Handeln zu kommen.“¹⁰

Nun kann man argumentieren, dass Stadtentwicklung gerade auf lokaler Ebene schon in der historischen europäischen Stadt mit einer engen Verzahnung zwischen Ökonomie, Gesellschaft und Politik in hohem Maß auf dem Einfluss der örtlichen Wirtschaftstreibenden und ebenso auf dem Engagement der Zivilgesellschaft basierte¹¹, was sich immer schon im Raum abzeichnete. Es handelt sich demnach bei dieser städtischen Ko-Produktion keineswegs um ein neues Phänomen, die „Entwicklung der Städte wurde und wird nicht von einem Punkt aus zentral gelenkt“¹², jedoch hat sich in den letzten Jahren der Umfang und die Qualität dieser Kooperationen und der Einflussbereiche verändert.

Die Einbeziehung externer Akteure in oder gar die gänzliche Übertragung von Steuerung und Planung oder die Privatisierung vormals öffentlicher Aufgaben entwickelt sich zu einem *Normalfall*. So wird beispielsweise im Londoner East End ein ganzer Stadtteil durch *Ikea* geplant und bebaut¹³, in Köln ein Stadtentwicklungsmasterplan von Kölner Unternehmern entwickelt und der

Stadt geschenkt¹⁴ oder etwa die urbanen Think Tanks *Audi Urban Future Initiative* oder das *BMW Guggenheim Lab*, bei denen die Grenze zwischen Staat, Markt/ Marke und Gesellschaft/KonsumentInnen zunehmend verschwimmt und welche neben ihrer selbstzugeschriebenen Rolle als *urbane Ideenschmiede* und *multidisziplinäre Begegnungsstätte* natürlich durchaus auch als Marketing-Strategie zu lesen ist.¹⁵

Und auch für die in den letzten Jahren *wiederentdeckte* und vermehrt geforderte Einbeziehung der Bürgerschaft und Zivilgesellschaft gibt es zahlreiche historische Vorbilder, angefangen von Wohltätigkeitsvereinen bis zu von Bürgerseite initiierten Parkanlagen oder dem Mäzenatentum bei wohltätigen oder kulturellen Institutionen.¹⁶

So wird auch heute wieder, in einer demokratischen Gesellschaft, die einem starken Wandel unterliegt, international vermehrt auf die Rolle und die Einbeziehung der Stadtgesellschaft hingewiesen:

„Communities need to be consulted and listened to, and the most effective interventions are often those where communities are actively involved in their design and delivery, and where possible in the driving seat.“¹⁷

Dieser erkennbare Wechsel von einer hierarchischen zu einer mehr fragmentierten und horizontalen städtischen Entscheidungsfindung¹⁸ birgt „Chancen und Risiken für eine (...)

10 Klaus Selle, „Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung.“ *disP* 169 (2007): 23, <http://www.planung-neudenken.de/images/stories/pnd/dokumente/pndonline3-2007-selle.pdf>.

11 Vgl. Max Weber *Wirtschaft und Gesellschaft: Die Stadt* (Tübingen: J. C. B. Mohr, 2000).

12 Klaus Selle, „Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung“ *disP* 169 (2007): 22, <http://www.nsl.ethz.ch/index.php/content/download/1354/8280/file>.

13 Vgl. Projekthomepage „The Strand East.“ <http://strandeast.com>.

14 Vgl. <http://masterplan-koeln.de>.

15 Man will sich mit dem Lab „ein Publikum erschließen, das bisher nicht zwangsläufig mit BMW in Verbindung kommt“ Vgl. Uwe Ellinghaus, Interview von Hannah Bauhoff, „Das Auto hat seine Grenzen“, *managermagazin online*, 06.07.2011, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/0,2828,771500,00.html>.

16 Vgl. Klaus Selle, „Stadtentwicklung aus der ‚Governance-Perspektive‘“, in *Wer entwickelt die Stadt?*, Hrsg. Uwe Altrock, Grisca Bertram (Bielefeld: transcript Verlag, 2012), 32.

17 Social Exclusion Unit Report, *A New Commitment to Neighbourhood Renewal*, Hrsg. Cabinet Office (London, 2004), 19, <http://www.bris.ac.uk/poverty/downloads/keyofficialdocuments/Neighbourhood%20Renewal%20National%20Strategy%20Report.pdf>.

18 Vgl. Catharina Thörn, „Governing the Entrepreneurial City - Implications for the Meaning of Public Space.“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 233.

Stadtpolitik“¹⁹. So stellt sich die „Frage nach der Legitimation und Kontrolle dieser neuen Politikformen“²⁰ aufgrund verstärkter informeller Praktiken und Aushandlungen und der erhöhten Gefahr von „Korruption oder Klientelismus“²¹. Weiters stehen die „unklaren Zugangsregeln der Netzwerke (wer entscheidet darüber, wer partizipiert?)“²² zur Debatte. Inwieweit Entscheidungen nach solidarischen Abwägungen oder Partikularinteressen getroffen werden, ist eine zusätzliche Frage. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass „Verhandlungssysteme zu ‚talking shops‘ werden und anstelle von Effektivitätssteigerung Handlungslähmung hervorrufen können.“²³

Der erhöhte Kommunikationsaufwand mit unterschiedlichsten Akteuren birgt jedoch auch die Chance einer verstärkten „Berücksichtigung von Teilen der städtischen Zivilgesellschaft und deren Bedürfnissen“²⁴, führt somit zur demokratischen „Stärkung der Stadtgesellschaft“²⁵ und gibt vormalig marginalisierten Gruppen die Chance, mehr gehört zu werden, als im Kontext einer rein repräsentativen Demokratie.²⁶ Darüber hinaus wird diesem Politikstil das Potential zugesprochen, dass durch die Aktivierung und Ermächtigung einer immer größeren Gruppe ein Gemeinschaftsgefühl und eine Zusammenarbeit zwischen Politik und

Bürgerschaft entstehen kann.²⁷

Die Einbeziehung der BürgerInnen als ExpertInnen ihrer Lebensumwelt wird mit der Chance auf „innovative, problemadäquate Lösungen“²⁸ und als eine Möglichkeit einer „höheren Zufriedenheit mit lokaler Politik und einer stärkeren Identifikation der Bürger mit dem (nachbarschaftlichen) Gemeinwesen“²⁹ verbunden.

Als Reaktion auf eine aktuell vergrößerte Anzahl an politischen Arenen und der Möglichkeit jedes Einzelnen, Einfluss geltend zu machen, wird diesem kooperativen Modell Potential zugeschrieben. Es wird als Antwort auf eine heterogene, komplexe und individualistische Gesellschaft³⁰, um nicht zu sagen vieler parallel existierender Gesellschaften mit jeweils sehr unterschiedlichen Lebenswelten, Lebenslagen und Formen der Lebensbewältigung, präsentiert. Hier wird die Flexibilität der Regierungsform und die Reaktionsgeschwindigkeit auf die angesprochene, sich in immer kürzeren Zeitabständen verändernde Gesellschaft mit den verschiedensten Milieus und Lebensstilen immer wieder betont. Gesellschaftliche Meinungen und Standpunkte fließen so direkter ein, auch Kritik wird durch den zunehmend partizipativen Ansatz früh aufgenommen und teils in die Entscheidungen der Politik integriert.

Diese Stadtpolitik kann reelle Mitbestimmungs- und Einflussmöglichkeiten für ihre BürgerInnen bieten. Derlei Kooperationsmechanismen zeigen sich etwa in diversen Partizipationsverfahren, in denen deren Meinungen in der politischen Entscheidungsfindung gehört werden

19 Oliver Frey und Florian Koch, „Einführung: Die Zukunft der europäischen Stadt,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 15.

20 Oliver Frey und Florian Koch, „Einführung: Die Zukunft der europäischen Stadt,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 15.

21 Florian Koch, „Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschläge einer Typologie,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 200.

22 Gabriele Schmidt, „Urban Governance im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Effektivität: Erfahrungen mit dem New Deal for Communities-Programm in Bristol,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 232.

23 *ibid.*

24 Siehe Fußnote 20, 16.

25 *ibid.*

26 Vgl. Kanerva Kuokkanen, „Urban Governance and Citizen Partizipation,“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 53.

27 Vgl. E. Sørensen, „The democratic problems and potentials of network governance,“ *European Political Science* 4:3, 348-357. zitiert in Kanerva Kuokkanen, „Urban Governance and Citizen Partizipation,“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 52.

28 Siehe Fußnote 22, 231.

29 *ibid.*

30 Vgl. Fritz Scharpf, *Governing in Europe: Effective and Democratic* (Oxford: Oxford University Press, 1999), zitiert in Kanerva Kuokkanen, „Urban Governance and Citizen Partizipation,“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 52.

oder in verschiedenen Programmen und Projekten, in denen die Lösung von politischen Konflikten und Problemen durch Verhandlungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren gesucht wird. So etabliert sich statt eines Top-Down Ansatzes, auf Expertenentscheidungen basierend, ein argumentatives Konzept, wobei Beschlüsse in Planungszellen, Zukunftswerkstätten oder Mediationsverfahren, im diskursiven Austausch ausgehandelt werden.³¹

Die vormalig klare Trennung zwischen Staat und Gesellschaft wird aufgelöst, in Zukunft wird in projektorientierten „wechselnden Allianzen die Balance zwischen sozialer Agenda und ökonomischen Ambitionen“³² jeweils neu ausgehandelt. „Zivilgesellschaftliche Akteure oder Unternehmen (...) wirken selber am Entwerfen der Regeln und ihrer Durchsetzung mit“³³, etwa in kooperativen Planungsverfahren am runden Tisch oder in „partizipative[n] Verfahren bei der Ideenfindung, Entscheidung und Umsetzung von Stadtpolitik“³⁴, zum Beispiel bei der „Wiener Charta“³⁵ bei der in Veranstaltungen im Jahr 2012 Wiener BürgerInnen eingeladen sind, „einen Kodex für zivilisiertes Verhalten zu entwickeln.“³⁶

31 Vgl. Stefan Collet, Christina Tillmann, Dominic Schwickert, „Politik braucht Gesellschaft - der Bürger als politischer Berater,“ in *Wie Politik von Bürgern lernen kann*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung (Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2011), 17-18.

32 George Bruggmans, zitiert in Friedrich von Borries, „Stadtplanung - Die neue Lust am Selbermachen,“ *Hamburger Abendblatt*, 02.05.2012, <http://www.abendblatt.de/kultur-live/article2263144/Stadtplanung-Die-neue-Lust-am-Selbermachen.html>.

33 Florian Koch, „Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschläge einer Typologie,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 193.

34 Gabriele Schmidt, „Urban Governance im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Effektivität: Erfahrungen mit dem New Deal for Communities-Programm in Bristol,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 229.

35 Vgl. „Wiener Charta,“ <https://charta.wien.gv.at/start/charta/>.

36 Maxi Leinkauf, „Zivilisieren uns Regeln?,“ *der freitag*, 27.05.2012, <http://www.freitag.de/alltag/1221-koennen-uns-regeln-zivilisieren>.

Thomas Rübke beschreibt diese neue Steuerungsform als *kulturell*³⁷:

Man rechnet „nun bewusst und positiv mit dem Eigensinn der vorhandenen Kulturen und Netzwerke und versucht ihre Eigenkräfte zu stärken. Man ersetzt sie nicht durch vermeintlich besser und effektiver wirkende professionelle Strukturen. Insofern ist es nun die ausdrücklich benannte politische Zielsetzung, durch geeignete Atmosphären und Kontextentwicklungen oder Angebote zur Mitwirkung an gemeinsamer Planung diese Potentiale bürgerschaftlichen Engagements zu wecken. Die neue Stadtpolitik ist eine Politik der Kultivierung oder wird es zumindest in Zukunft sein müssen, dieser Paradigmenwechsel zeichnet sich deutlich ab.“³⁸

Paradoxerweise entspricht die frühzeitige Einbeziehung vieler AkteurInnen in die Gestaltung ihrer Lebensumwelt genau dem, was lange gefordert wurde und doch wird gleichzeitig mit dem Versuch der Integration möglicher KritikerInnen genereller Widerspruch beinahe verunmöglicht, da die Entwicklung während der Diskussion fortschreitet. Diese Akteure haben also nur eingeschränkte Handlungsoptionen und Möglichkeiten, ihre Vorstellungen und Interessen praktisch durchzusetzen. Dennoch bieten unvorhersehbare Eigendynamiken für Partizipationsprozesse auch Überraschungsmomente.

Die beschriebene Stadtpolitik und deren Angebot bzw. Verpflichtung zur Kooperation sollte jedoch nicht nur als Arbeitsübertragung zum Zweck der Effizienz- und Effektivitätssteigerung der Maßnahmen „im Sinne informierterer und damit problemangemessener Interventionen“³⁹ verstanden werden

37 Thomas Rübke, „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung,“ *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 36 (2005): 102.

38 siehe Fußnote 37.

39 siehe Fußnote 34.

oder populistisch als Legitimation von vorgefertigten Wunschergebnissen durchgeführt werden.⁴⁰ Denn Partizipation löst ohne eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht und Möglichkeit zur Mitbestimmung nur Frustration oder generelle Opposition aus, worauf bereits Sherry Arnstein im Hinblick auf das Poster von französischen StudentInnen aus dem Jahr 1968 hinweist (Abb. 1).

Es geht also darum, zivile Einmischung als Ergänzung zum bestehenden System mit der lokalen Politik als „collective player“⁴¹ zu verstehen und dadurch „eine höhere Transparenz“⁴² und die „Einbeziehung externer Meinungen in den Planungsprozess“⁴³ zu erreichen. Wer mitredet und wer entscheidet sollte neben der Effektivität auch anhand demokratischer Gesichtspunkte ausgehandelt werden⁴⁴, da sich Macht, Zeit und andere partizipative Kompetenzen zugunsten oftmals bereits mächtiger Gruppen anhäufen.⁴⁵ Wichtig ist aber auch, die BürgerInnen durch Hilfe zur Selbsthilfe in ihren vorhandenen Strukturen zu stärken oder neues soziales Kapital zu ermöglichen und ganz im Sinne des *Empowerments*, des Mehr-Zutrauens die vorhandenen Eigenkräfte zu stärken, anstatt Abhängigkeiten aufzubauen.

„Die jeweils stärkere, machtvollere Einheit soll nur da eingreifen, wo es die kleineren sozialen Kreise aus eigener Kraft nicht schaffen.“⁴⁶

40 Alan DiGaetano und Elizabeth Strom, „Comparative urban governance: an integrated approach,“ *Urban Affairs Review* 38,3, 356-395, zitiert in Kanerva Kuokkanen, „Urban Governance and Citizen Partizipation,“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 59.

41 Frank Eckardt und Ingemar Elander, „Urban Governance: Introduction,“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 13.

42 Florian Koch, „Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschläge einer Typologie,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 198.

43 *ibid.*

44 Vgl. Kanerva Kuokkanen, „Urban Governance and Citizen Partizipation,“ in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 59.

45 *ibid.*, 58.

46 Thomas Röbbke, „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung,“ *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 36 (2005): 104.

Wobei auch dieser Aspekt des *down-scaling* von Verantwortlichkeiten kritisch zu betrachten ist und Eigeninitiative nach dem Motto *Jeder ist seines Glückes Schmied* oft in Richtung einer privatwirtschaftlichen Ausrichtung des Staates und im Sinne der Konzentration auf die unmittelbaren Eigeninteressen, abseits gesellschaftlicher Solidarität, gelesen wird, die *Ich-AG* als Unternehmer meiner selbst:

„Das Individuum wird sein eigener Agent zur Verbesserung seines eigenen ökonomischen Wertes und Kapitals und versucht die für den Unternehmer notwendigen Eigenschaften wie Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und Kreativität anzunehmen.“⁴⁷

Dennoch gilt auch hier abseits der Kritik, dass die Ermächtigung den Grad an Autonomie und Selbstbestimmtheit der BürgerInnen steigert und diese damit die Möglichkeit erhalten, Gestaltungsspielräume und Ressourcen in der Stadt zu erkennen und zu nutzen und ihre Wahl- und Entscheidungsrechte bewusst wahrzunehmen.

So gilt es zwischen zwei Polen abzuwägen; einerseits „wenn ein bürokratisch-paternalistisches Dienstleistungssystem die gesellschaftlichen Aktivitäten erstickt und entmutigt und alles und jedes von fürsorglichen Behörden geregelt wird. Im anderen Extremfall finden wir ein sehr liberales Regime, das wahrscheinlich starke Anreize zur Selbsthilfe schaffen wird. Doch diese werden vermutlich eher auf dem Markt vermittelt oder in irgendeiner anderen Weise selektiver Natur sein.“⁴⁸ Kritische Information kann hier Öffentlichkeit und Transparenz schaffen und breitere Mitbestimmung ermöglichen.

Um Verfahren, bei denen Bürgerinnen und Bürger mitreden können, zu einem

47 Manfred Russo, „Governance durch Community. Die Metempsychose des Bürgers zum Kunden,“ *derive* 23 (2006): 13.

48 Claus Offe und Susanne Fuchs, „Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland,“ in *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Hrsg. Robert Putnam (Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2001), 500.

Ausdruck einer lebendigen Demokratie werden zu lassen, benötigt es statt verpflichtendem Konsens, Raum und Offenheit zur Verhandlung, Streitkultur und Konfliktfähigkeit.⁴⁹ „Kommunikation ist hier also (...) ein notwendiger Bestandteil, (...) ‚Ferment‘ des gesamten Prozesses.“⁵⁰

Eine legitimierte und transparente öffentliche Planung ist somit mehr denn je als abwägende und ausgleichende Kraft mit einer gemeinsam erarbeiteten gemeinwohlorientierten Rahmensetzung gefordert. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen können einzelne Akteure, privatwirtschaftlich oder zivil, ihre Beiträge leisten, da eben Stadtentwicklung nur funktioniert, wenn möglichst viele daran mitarbeiten.⁵¹

Die aktuelle (finanzielle) Schwäche der Stadtverwaltungen wird sich in absehbarer Zukunft nicht ändern, der öffentliche Gestaltungsspielraum bleibt eingeschränkt, die Notwendigkeit zur Bildung von Allianzen bleibt bestehen.

Mit einer Einbindung vieler Akteuren, aus Reihen der BürgerInnen und Wirtschaft besteht die Möglichkeit, die Krise, also eine Zeit der Entscheidungen, zu einem Vorteil umzumünzen und Änderungen am aktuellen Kurs zu unternehmen und Stadtentwicklung auf ein breiteres Fundament zu stellen.

Das Ziel eines solchen ergebnisoffenen und prozessorientierten Urbanismus wäre eine flexiblere und elastischere Stadtentwicklung, die näher an den wirklichen Wünschen und Problemen der BürgerInnen steht und einen höheren Gebrauchswert liefern

kann. Ein permanenter und transparenter Dialog zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen, also Demokratie als *unendliche Aufgabe*, soll hier Vertrauen schaffen und Zusammenarbeit ermöglichen.

49 Vgl. Winfried Kretschmann: „Zivilisierter Streit, das ist das Salz in der Demokratie.“ Winfried Kretschmann, Interview von Heribert Prantl und Roman Deisinger, „Das Volk ist nicht dümmer oder klüger als ...“, *Süddeutsche Zeitung*, 18.04.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/winfried-kretschmann-das-volk-ist-nicht-duemmer-oder-klueger-als-eine-parlamentsmehrheit-1.1086339>.

50 Klaus Selle, „Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung“ *disP* 169 (2007): 24, <http://www.nsl.ethz.ch/index.php/content/download/1354/8280/file/>.

51 Vgl. Ralph Baumheier, Marianne Grewe-Wacker, Robert Lemmen, Christof Steuer, „Stadt ohne Geld: Arme Stadtentwicklung?“, in *Almanach 2008/2009 „Geld und Stadt“*, Hrsg. Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, http://www.dasl.de/Almanach_2008-2009_-_Geld_und_Stadt.html.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Altrock, Uwe, Grischa Bertram und Friedhelm Fischer. „Städtische Governance in historischer Perspektive.“ In *Wer entwickelt die Stadt?*, Hrsg. Uwe Altrock und Grischa Bertram, 7-26. Bielefeld: transcript Verlag, 2012.
- Borries, Friedrich von. „Stadtplanung - Die neue Lust am Selbermachen.“ *Hamburger Abendblatt*, 02.05.2012. <http://www.abendblatt.de/kultur-live/article2263144/Stadtplanung-Die-neue-Lust-am-Selbermachen.html>.
- Commission on Global Governance. „Der Begriff der Weltordnungspolitik.“ in *Nachbarn in einer Welt*, Hrsg. Stiftung für Entwicklung und Frieden, 4-9. Bonn: Eigenverlag, 1995.
- Collet, Stefan, Christina Tillmann und Dominic Schwickert. „Politik braucht Gesellschaft - der Bürger als politischer Berater.“ In *Wie Politik von Bürgern lernen kann*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, 11-31. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2011.
- Eckardt, Frank und Ingemar Elander. „Urban Governance: Introduction.“ In *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 13.
- Ellinghaus, Uwe. Interview von Hannah Bauhoff. „Das Auto hat seine Grenzen.“ *managermagazin online*, 06.07.2011. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/0,2828,771500,00.html>.
- Frey, Oliver und Florian Koch. „Einführung: Die Zukunft der europäischen Stadt.“ In *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch, 11-15. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- Koch, Florian. „Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschläge einer Typologie.“ In *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch, 188-198. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- Kretschmann, Winfried. Interview von Heribert Prantl und Roman Deiningner. „Das Volk ist nicht dümmer oder klüger als ...“ *Süddeutsche Zeitung*, 18.04.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/winfried-kretschmann-das-volk-ist-nicht-duemmer-oder-klueger-als-eine-parlamentsmehrheit-1.1086339>.
- Kuokkanen, Kanerva. „Urban Governance and Citizen Partizipation.“ In *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander, 49-70. Berlin: Bwv, 2009.
- Leinkauf, Maxi. „Zivilisieren uns Regeln?“, *der freitag*, 27.05.2012. <http://www.freitag.de/alltag/1221-koennen-uns-regeln-zivilisieren>. Masterplan Köln. <http://masterplan-koeln.de>.
- Offe, Claus und Susanne Fuchs. „Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland.“ In *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Hrsg. Robert Putnam, 417-511. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2001.
- Palmesino, John. „Die Vielzahl lokaler Akteure. Neue Perspektiven auf selbstorganisierte Transformationsprozesse in Europa.“ In *Hier Entsteht; Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, Hrsg. Jesko Fezer und Mathias Heyden, 92-99. Berlin: b_books, 2004.
- Röbke, Thomas. „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung.“ *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 36 (2005): 102-112.
- Russo, Manfred. „Governance durch Community. Die Metempsychose des Bürgers zum Kunden.“ *derive* 23 (2006).
- Scharpf, Fritz. *Governing in Europe: Effective and Democratic* (Oxford: Oxford University Press, 1999), zitiert in Kanerva Kuokkanen, „Urban Governance and Citizen Partizipation“, in *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander (Berlin: Bwv, 2009), 52.
- Schmidt, Gabriele. „Urban Governance im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Effektivität: Erfahrungen mit dem New Deal for Communities-Programm in Bristol,“ in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch, 226-243. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- Selle, Klaus. „Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung.“ *disP* 169 (2007): 17-30. <http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pndonline3-2007-selle.pdf>.
- Selle, Klaus. „Stadtentwicklung aus der ‚Governance-Perspektive‘.“ In *Wer entwickelt die Stadt?*, Hrsg. Uwe Altrock, Grischa Bertram, 27-48. Bielefeld: transcript Verlag, 2012.
- Sloterdijk, Peter. „Über die Entstehung der res publica aus dem Geist der Empörung.“ In *Der Profi-Bürger*, Hrsg. Bazon Brock und Peter Sloterdijk, 47-58. München: Wilhelm Fink, 2011.
- Social Exclusion Unit Report. *A New Commitment to Neighbourhood Renewal*, Hrsg. Cabinet Office. London, 2004. <http://www.bris.ac.uk/poverty/downloads/keyofficialdocuments/Neighbourhood%20Renewal%20National%20Strategy%20Report.pdf>.
- Strand East, The, Projekthomepage. <http://strandeast.com>.
- Thörn, Catharina. „Governing the Entrepreneurial City - Implications for the Meaning of Public Space.“ In *Urban Governance in Europe*, Hrsg. Frank Eckardt und Ingemar Elander, 231-248. Berlin: Bwv, 2009.
- Werner, Götz W. „dm erleben | Kolumne.“ *alverde* 01 (2012): 34.
- Wiener Charta. <https://charta.wien.gv.at/start/charta/>

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

- Abb. 1: Plakat französischer StudentInnen, Mai 1968.
http://www.tyogabor.com/Media/Affiches_mai68_Naomi_Klein/Its_profitent.gif
- Abb. 2: Stadtentwicklungsprojekt Strand East, London.
http://www.londoncommunications.co.uk/cms/wp-content/uploads/2011/10/Image.StrandEastCGI.ISSUED.11.10.20.nh_.jpg
- Abb. 3: Guggenheim Lab Berlin.
http://farm6.staticflickr.com/5447/7088487131_2524b6a76a_o.jpg
- Abb. 4: „Eine Stadt ist keine Marke.“ Graffiti Hamburg. Foto: Christoph Twickel
<http://dieneustadt.de/wp-content/uploads/2011/01/Marke.jpg>



Abb. 1

AKTEUR EXROTAPRINT

Stadtteilentwicklung durch Selbstorganisation und Erbbaurecht

„ExRotaprint verbindet das Potenzial einer spektakulären Architektur mit den lokalen Bedürfnissen einer sozialen Randlage und lenkt ästhetische Qualität in gesellschaftspolitische Aktivität um.“¹

So lautet die Selbstbeschreibung der BetreiberInnen der ehemaligen Produktionsstätte der Druckmaschinenfabrik Rotaprint im Berliner Stadtteil Wedding. 2005 wurde der *Verein der Mieter ExRotaprint e.V.* als Initiative der damaligen Mieterschaft² gegründet. Erklärtes Ziel des Vereins war es, als *Investor von unten* das Areal mit dem denkmalgeschützten Ensemble vom Berliner Liegenschaftsfond zu kaufen und zu entwickeln. Dies gelingt aufgrund mangelnden Interesses anderer InvestorInnen, „Hartnäckigkeit, Offenheit für Beratung und politischer Unterstützung aus Bezirk und Land“³. Daniela Brahm, eine der InitiatorInnen, beschreibt die Situation im Wedding zur Zeit der Gründung als *Schutzraum*, der aufgrund seiner Lage in Berlin abseits von damaligen *Hot-Spots* und als *Problemkiez* keine aktiven Investoren anzog.⁴ Dieser stadtentwicklerische Stillstand gab dem Projekt die notwendige Zeit, sich zu entwickeln. Projektentscheidend ist schließlich eine Kooperation mit der Stiftung Trias und der Stiftung Edith Maryon, deren erklärtes Ziel es ist, Bodenspekulation auszuschließen. Die beiden Stiftungen erwerben das 8.300m² große Grundstück und ExRotaprint gGmbH erhält einen Erbbaupachtvertrag, angelegt auf 99 Jahre, wobei der Mietüberschuss für die Sanierung der Gebäude eingesetzt wird. Auf diese Weise wurde die klassische Idee von Profit und Rendite gegen langfristige Sicherheit durch bezahlbare Mieten und den Erhalt und die Renovierung der Gesamtstruktur mit einer klaren inhaltlichen Ausrichtung eingetauscht. Das teils unter Denkmalschutz stehende Ensemble wird dezidiert als gemeinsamer Raum für verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Nutzungen – je ein Drittel lokale Gewerbebetriebe, soziale Angebote und Künstler oder kulturelle Einrichtungen – verstanden, als „ein Möglichkeitsraum, gemeinnützig und solidarisch, nicht ideologisch aber angewiesen auf Abmachungen und Konsens.“⁵

„Es entsteht ein gesamtgesellschaftliches Bild, das sich gegen die Monokulturen aufgesetzter Renditeträume wendet und stattdessen das Miteinander und den Austausch fördert. Das Neben- und Miteinander ist ein Abbild der Lebensumstände im Wedding und seiner Potenziale. ExRotaprint schafft lokale Angebote für den Bezirk, bietet Möglichkeiten für junge Unternehmen und arbeitet an einem integrierendem Umfeld.“⁶

Ein weiterer nennenswerter Aspekt ist die Rolle von ExRotaprint in ihrer direkten Umgebung, im Wedding, einem Ortsteil des Bezirks Mitte in Berlin „mitten in einem sozialen Brennpunkt. Gut ein Drittel der Weddingener sind nicht-deutscher Herkunft, die Arbeitslosenquote ist hoch, die Straßen sind gesäumt von billigen Internet-Call-Shops und Lebensmitteldiscountern“⁷. Das ehemalige Fabrikareal wurde bewusst für das Viertel geöffnet und viele der Einrichtungen gehen auf die lokalen Bedürfnisse ein. Sie schaffen

1 <http://www.exrotaprint.de>.

2 Mietverhältnis als Zwischennutzung seit dem Konkurs von Rotaprint 1989.

3 „ExRotaprint - die Übernahme,“ <http://www.exrotaprint.de/index.php?section=22>.

4 Vgl. Vortrag Daniela Brahm im Rahmen der ExperimentDays Wien, 20.11.2011, <http://youtu.be/bXSiz413SE8>.

5 „ExRotaprint - die Projektentwicklung,“ <http://www.exrotaprint.de/index.php?section=14>

6 „ExRotaprint - Mieter,“ <http://www.exrotaprint.de/index.php?section=34>

7 Anne Lena Mössen, „Sexy Wedding,“ *Berliner Zeitung*, 17.10.2009, <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/kuenstler-lieben-den-ortsteil-weil-die-mieten-billig-und-die-inspirationen-vielfaeltig-sind-sexy-wedding.10810590.10673452.html>.

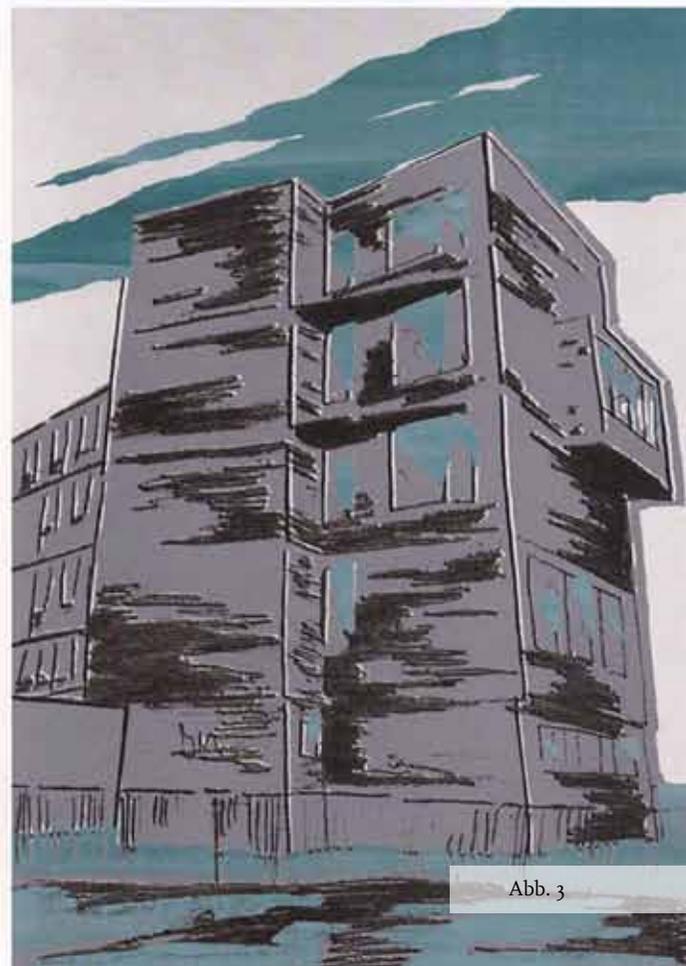
Angebote für die Umgebung, so gibt es mit der *Lernstatt* eine Sprachschule, spezialisiert auf Deutsch für MigrantInnen, einen Beschäftigungsträger, der mit Arbeitslosen arbeitet oder eine Produktionsschule, die SchulschwänzerInnen an einen geregelten Tagesablauf heranführen und ihnen die Möglichkeit eines Hauptschulabschlusses bietet. Darüber hinaus Gewerbetreibende, angefangen bei Taucheranzugproduzenten bis hin zu einer Bautischlerei, FotografInnen, WebdesignerInnen oder der Produktionsstätte des Magazins *Der Wedding*.⁸ Mit dieser integrativen Ausrichtung und diesem Nutzungsmix schafft das Areal lokale Arbeitsplätze und festigt Ökonomien aus dem Viertel; gleichzeitig setzt das Projekt ein Zeichen im abstrakteren Diskurs der Stadtpolitik: „Hier soll etwas Dauerhaftes passieren. Die Leute, die sich hier engagieren, wollen in Berlin etwas aufbauen, was funktioniert.“⁹ Auch dieses Gebiet Berlins ist aktuell Teil der geführten Gentrifizierungsdebatte. Dabei ist klar, dass die Existenz und Arbeit von ExRotaprint das Viertel und ihre Umgebung verändert. Gerade von Seiten der Immobilienwirtschaft werden sie als positives Beispiel und in der Rolle der aktiven Aufwertung als positiver Standortfaktor angeführt. Die BetreiberInnen von ExRotaprint sind sich dem Dilemma in dem sie stecken bewusst und reagieren darauf, indem sie durch ihre Strukturen und Nutzungskonzepte die vorhandene lokale Umgebung aktiv stärken: „Wir stellen uns die Frage, wie die Prozesse von Verdrängung eingeschränkt und Neues zusammen mit dem Vorhandenem positive Wirkung entfalten kann.“¹⁰ „Man macht letztlich immer mit bei der Aufwertung eines Viertels – aber dieser Kiez kann das gut gebrauchen!“¹¹

8 „Der Wedding“ – Magazin für Alltagskultur, <http://www.derwedding.de>.

9 Joachim Faust, „Standortfaktor Problemkiez: ExRotaprint,“ 21.09.2009, <http://panke.info/pages/topics/2008-exrotaprint.php>.

10 „ExRotaprint - soziale Plastik,“ <http://www.exrotaprint.de/index.php?section=58>

11 Siehe Fußnote 9.



LITERATURVERZEICHNIS:

Brahm, Daniela. Vortrag im Rahmen der ExperimentDays Wien, 20.11.2011. <http://youtu.be/bXSiz4t3SE8>.

Der Wedding – Magazin für Alltagskultur, <http://www.derwedding.de>.

ExRotaprint Homepage. <http://www.exrotaprint.de>.

Mösken, Anne Lena. „Sexy Wedding.“ *Berliner Zeitung*, 17.10.2009. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/kuenstler-lieben-den-ortsteil--weil-die-mieten-billig-und-die-inspirationen-vielfaeltig-sind-sexy-wedding.10810590.10673452.html>.

Faust, Joachim. „Standortfaktor Problemkiez: ExRotaprint.“ 21.09.2009, <http://panke.info/pages/topics/2008-exrotaprint.php>.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

Abb. 1: ExRotaprint Areal. Foto: isotype75

<http://www.flickrriver.com/photos/isotype75/1748122403/>

Abb. 2: ExRotaprint. Druck: Manfred Boehm

<http://achtzig-kunstwettbewerb.appsport.com/getImage?participant=ahdhY2hoemlnLWtrbnNodzVodGJldzVyYnITCxlLUGFydGljaXBhbnQYoa8fDA>

EINMISCHEN FINANZIELL

Von Crowdfunding und Stiftungen

Im Februar diesen Jahres hat einer der Mitbegründer von *kickstarter.com* bekanntgegeben¹, dass über ihre Plattform in diesem Jahr voraussichtlich mehr als 150 Millionen US-Dollar eingesammelt und damit an Projekte ausgeschüttet werden. Zum Vergleich zieht er das Jahresbudget der *National Endowment of the Arts* (NEA) heran, das 2012 bei 146 Millionen liegt². Kickstarter, als Vorreiter und derzeit weltweit erfolgreichster Anbieter für Crowdfunding, ist aber gleichzeitig nicht direkt mit der staatlichen Kulturförderstiftung zu vergleichen, die offiziell die Aufgabe hat, „herausragende künstlerische Leistungen, Kreativität und Innovation zugunsten Einzelner und der Gemeinschaft“³ zu fördern und die im internationalen Vergleich weit unterfinanziert ist.⁴

Im Gegensatz dazu geht es der „Schwarmfinanzierung“ von Kickstarter um eine Art von Vorfinanzierung für die Herstellung kultureller und anderweitiger Güter, wobei die Geldgeber eher die Rolle einer netzwerkartigen Bank erfüllen und am Ende meist ein Produkt oder eine andere Gegenleistung erhalten. Das Projekt distanziert sich auch in seinen Statuten deutlich von uneigennütigen Wohltätigkeitspenden und ordnet das Geschäftsmodell selbst irgendwo zwischen Mäzenatentum und Geschäftsbeziehung ein.⁵ Der Vergleich mit der staatlichen Förderstelle zeigt jedoch, welches Potential Crowdfunding mittlerweile hat.

Bei Kickstarter werden Filmprojekte oder CD-Produktionen finanziert, unterstützbar sind aber auch die Herstellung von Bio-Ziegenkäse oder etwa ein Foto-/Reiseprojekt, das ehemalige Olympische Austragungsorte dokumentiert.

Dabei legen die ProjekterstellerInnen einen Zielbetrag fest, der mit einer möglichst aussagekräftigen Bewerbung innerhalb eines festen Zeitraums – meist einem Monat – erfüllt werden muss. Die UnterstützerInnen erhalten für ihre Zahlungen aber auch eine Gegenleistung, die je nach Höhe des Betrags von einem offiziellen „Danke“ über Produkte in Sonderausführungen oder mit Preisnachlass bis zu privaten Vorpremieren etwa eines geförderten Films reicht. Knapp über 50% schaffen dieses Ziel nicht, das Projekt wird dann nicht finanziert, bisherige Geldgeber erhalten ihre Einlagen zurück und auch Kickstarter verzichtet auf die sonst fälligen 5%. Einige Projekte schaffen es aber auch weit über den angestrebten Betrag, aktuell erfolgreichste abgeschlossene Projekte sind eine E-Paper-Armbanduhr⁶, die mit \$10.266.845 (bei einem Ziel von \$100.000) gefördert wurde und ein Computerspiel, das mit knapp 3,5 Millionen Dollar (hier waren \$400.000 als Ziel veranschlagt) unterstützt wurde. Auch diese Zahlen beweisen eindrucksvoll, inwieweit derlei Projekte online zu Selbstläufern werden können und die Erwartungen bei weitem übererfüllen. Abseits dieser Überflieger geht es durchschnittlich bei den meisten Projekten um eine Summe von unter \$10.000. Mehr als 27.000 Projekte wurden bislang allein über Kickstarter auf diese Weise finanziert.⁷

Auch in Österreich gibt es bereits einige erfolgreiche Projekte. Eine Sonderrolle nimmt die 2010 in Wien gegründete

1 Carl Franzen, „Kickstarter Expects To Provide More Funding To The Arts Than NEA,“ *Talking Points Memo*, 24.02.2012, <http://idealab.talkingpointsmemo.com/2012/02/kickstarter-expects-to-provide-more-funding-to-the-arts-than-nea.php>.

2 National Endowment for the Arts, „Fördermittel Historie,“ <http://www.nea.gov/about/budget/AppropriationsHistory.html>.

3 <http://www.nea.gov/about/facts/AtAGlance.html>.

4 Alicia Eler, „Kickstarter To Outfund National Endowment for the Arts,“ *ReadWriteWeb*, 24.02.2012, http://www.readriteweb.com/archives/kickstarter_to_outfund_the_national_endowment_for.php.

5 „Creating Rewards,“ http://www.kickstarter.com/help/school/creating_rewards.

6 Vgl. <http://getpebble.com>.

7 Kickstarter „Successfully Funded Projects,“ Stand 01.08.2012, <http://www.kickstarter.com/help/stats>.

Plattform *Respekt.net*⁸ ein. Unter dem Motto *Investieren in die Zivilgesellschaft* werden soziale, karitative und ehrenamtliche Projekte gefördert, wobei Ideen auch mit Zeit, also durch ehrenamtliche Mitarbeit oder Expertise unterstützt⁹ werden können.

Der große Vorteil all dieser Plattformen liegt aber darin, die späteren NutzerInnen direkt ansprechen und emotional involvieren zu können und eine Rückmeldung über das Projekt zu bekommen, ein Netzwerk aufbauen zu können und Öffentlichkeit für die Idee bzw. das Produkt zu generieren. Die EntwicklerInnen behalten die Kontrolle über ihre Ideen, ohne an Investoren gebunden zu sein. Viele der Projekte würden sonst weder von Banken noch von öffentlichen Institutionen gefördert werden, hier aber steht in erster Linie die Begeisterung für eine Idee, nicht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Auf diese Weise kommen auch Nischenprodukte genau zu ihren Zielgruppen.

Bislang gibt es auf Kickstarter noch kein klassisches Architektur- oder Stadtentwicklungsprojekt, doch immer wieder werden Teilbereiche finanziert, wie

⁸ <http://www.respekt.net>.

⁹ „Wie kann ich meine Zeit einem Projekt zur Verfügung stellen?“, <http://www.respekt.net/de/faehilfe/wie-kann-ich-zeitspenden>.



Abb. 1

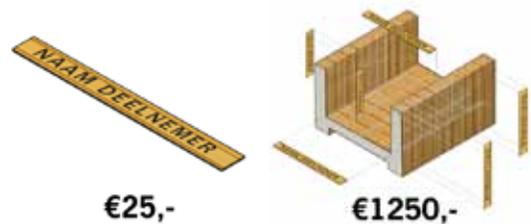


Abb. 2



Abb. 3

8 nederland

Luchtsingel geopend



Zaterdag 19 Juli 2014 10:49

Luchtsingel, Schiedamschen dijk



Rotterdam krijgt bijzondere loopbrug

Rotterdam is een attractie rijker. Sinds gisteravond is de Luchtsingel, een houten voetgangersbrug nabij het Hofplein, open voor publiek. De brug is ontworpen door het Rotterdamse architectenbureau ZUS. De bedenkers willen niet alleen de Luchtsingel bouwen, maar hopen dat door hun initiatief het hele gebied ten oosten van het Centraal Station opleeft. De brug wordt in fases gebouwd en moet uiteindelijk 350 meter lang worden. Gisteren werd gevierd dat de Luchtsingel de Schiedakade heeft overbrugd. Het komende jaar maakt de brug de oversteek naar de Hofbogen in Rotterdam-Noord, over het spoor heen. De aanleg van dat deel is moeilijk, zegt Anne-Wil Hop van bureau ZUS. Rond het spoor gelden strenge veiligheidsmaatregelen. Slechts twee keer per jaar zijn de rails meerdere uren achtereen vrij van treinverkeer. Op dat moment moet de Luchtsingel over het spoorviaduct worden gehangen. De brug wordt gefinancierd met de vier miljoen euro die het architectenbureau won met het Stadsinitiatief. Dat is een wedstrijd waarbij alle Rotterdammers mogen stemmen op hun favoriete project.

FOTO MAARTEN HARTMAN

etwa die Entwicklung einer Filtermembran für einen schwimmenden Pool im Hudson River.

Im Zuge der Architekturbieniale *Making City* wird unter dem Titel *I/You/We Make Rotterdam* versucht, mit dem vorhandenen Potential der Stadt neu zu arbeiten. Auf der *Test Site*, in einem Keil zwischen Bahndamm, Verkehrsachse und neuen innerstädtischen Bürohochhäusern wird Stadt neu verhandelt und ausprobiert. Ausgangspunkt hier ist ein Bürohaus aus den sechziger Jahren, der *Schieblock*, das vor einigen Jahren vor dem Abriss – zumindest vorerst – bewahrt wurde und seitdem als ein Zentrum für ca. 60 Kreativbüros fungiert. Viele kleinere Projekte zur Revitalisierung der Umgebung starten von hier aus in Eigeninitiative, etwa ein temporärer Biergarten eines Clubs, die Eigenproduktion von Stadtmobiliar aus Recyclingmaterial, verschiedene Pop-Up-Läden oder ein Nutzgarten mitsamt Bienenkörben am Dach.

Im ersten Stock sticht ein gelb markierter, hölzerner Fußgängersteg durch das Gebäude mit dem Ziel, einige breite Straßen zu überbrücken und vormals getrennte Stadtteile durch die im Endstadium 350 Meter lange und insgesamt 440.000 € teure Fußgängerbrücke - dem *Luchtsingel* - zu verbinden. Pläne für diese Überbrückung gibt es schon länger, nur blieben sie infolge der Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen in den Schubladen. Um nicht länger warten zu müssen wird der Steg jetzt mittels Crowdfunding finanziert. Jetzt kann jeder für 25 € eine einzelne Holzplanke mit eingraviertem Namen kaufen oder für 1250 € ein ganzes Brückenteil und so direkt zur Finanzierung beitragen.

Der Steg schlängelt sich vom Bahnhofsviertel aus durch Rotterdam bis *Oude Noorden* und schafft neuen öffentlichen Raum und verbindet qualitativ hochwertige städtische Aufenthaltsorte. Er zeigt, dass Architektur und Städtebau von öffentlichem Interesse ist und jeder an seiner Stadt mitarbeiten kann.

Ähnlich der Diskussion um den Vergleich

zwischen Kickstarter und NEA, hat Crowdfunding von öffentlichen Projekten nicht zum Ziel, staatliche Förderung und Finanzierung zu ersetzen, Stadtentwicklung zu privatisieren oder die Verantwortung gänzlich auf BewohnerInnen und SponsorInnen abzuwälzen. Es kann sich jedoch zu einer sinnvollen Ergänzung entwickeln. Darüber hinaus stellt sich die Frage wie Städte aussehen würden, die sich dem Marktprinzip „one euro – one vote“ statt dem demokratischen „one person – one vote“ unterwerfen würden.

Crowdfunding bietet jedoch die Möglichkeit, BürgerInnen als zukünftige NutzerInnen in derartige Projekte einzubinden und zu beteiligen und verändert die Möglichkeiten der Einflussnahme, wie, ob und wann diese durchgeführt werden.

Um hier die beiden Bereiche Crowdfunding und öffentliche Kulturförderung zu verbinden und Vorteile aus beiden auszuschöpfen, werden sogenannte *Cofunding*-Modelle getestet. Die Förderzusage (staatlich oder auch von privaten Stiftungen) wird so an die Zustimmung der NutzerInnen gekoppelt und Förderbeträge aufgestockt. Dies sorgt für mehr Transparenz bei Förderungszusagen, stärkt demokratisches Mitspracherecht und erhöht gleichzeitig die Förderbudgets.

Ein anderer Ansatz der finanziellen Einbeziehung, jedoch ausgehend von der jeweiligen Kommune, wird mit dem *Bürgerhaushalt* verfolgt. Als eine adaptierte Version des erstmals 1989 im brasilianischen Porto Alegre durchgeführten Verfahrens sieht dieses Konzept eine Beteiligung der BürgerInnen an Haushaltsentscheidungen vor. In regelmäßigen Zusammentreffen oder auch online diskutieren Interessierte, welche Ziele mit dem frei verfügbaren Teil des Haushaltbudgets verfolgt werden sollen.¹⁰ Bislang liegt genau hier oftmals das Problem, da diese Konsultationen nur eine relativ kleine Gruppe erreichen und Fragen nach

¹⁰ Vgl. www.buergerhaushalt.de

demokratischer Entscheidungsfähigkeit oder Rentabilität aufkommen lassen.

Um unabhängiger von öffentlichen Fördermitteln zu werden und „bürgerschaftliches Eigenkapital aufzubauen“¹¹, finden in den letzten Jahrzehnten Bürgerstiftungen immer mehr Verbreitung¹². Diese unterscheiden sich von herkömmlichen Stiftungen darin, dass das Stiftungskapital von mehreren StifterInnen und ZustifterInnen eingebracht wird. Dieses wird beispielsweise von Privatpersonen, Unternehmen oder Vereinen aufgebaut, wobei das Vermögen durch viele, auch kleinere Beträge langfristig erhöht wird. Mit den Erträgen aus dem Stiftungskapital werden sowohl eigene Projekte gefördert, als auch externe Vorhaben unterstützt. Oftmals besteht darüber hinaus für die StifterInnen die Möglichkeit der Partizipation und Mitarbeit.

Als „Motor der Zivilgesellschaft“¹³ wird diesen unabhängigen und autonom handelnden Stiftungen zugeschrieben, dass sie in der Lage seien, „eine große Vielfalt gemeinnütziger Aktivitäten zu fördern, drängende soziale Probleme in einem Gemeinwesen zu bekämpfen oder ganz einfach die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen“¹⁴. Hierbei geht es um dauerhafte Förderung von sozialen, kulturellen oder anderen gemeinnützigen Anliegen. Doch mehr als den kommunalen Einrichtungen wird den Bürgerstiftungen eher zugetraut, flexibel auf gesellschaftliche Veränderungen

zu reagieren und „innovative Projekte zu fördern, die der Staat oder Markt beispielsweise aufgrund ihrer Neuartigkeit nicht unterstützen kann bzw. will“¹⁵.

So betont etwa Stefan Nährlich, Geschäftsführer des Vereins *Aktive Bürgerschaft*, dass Bürgerengagement staatliche Aktivität weder ersetzen, noch „im Sinne einer zusätzlichen Leistung“ ergänzen soll, sondern dass „Privates Engagement für das Gemeinwohl [...] staatlichem Handeln vorausgehen“¹⁶ soll.

Bei Projekten, die durch Crowdfunding entstehen, dem Bürgerhaushalt oder auch den Bürgerstiftungen, ist nicht zuletzt die intrinsische Motivation ausschlaggebend, sich für die Stadt und die Gesellschaft mitverantwortlich zu fühlen, sein Zugehörigkeitsgefühl zu stärken und konkret an der Realisierung eines Projekts beteiligt zu sein. Hier bestehen konkrete Möglichkeiten für jeden Einzelnen, durch finanzielle oder inhaltliche Unterstützung teilzuhaben und sich aktiv und gestaltend in das städtische Leben einzubringen.

11 André Christian Wolf, „Zivilgesellschaft konkret: Bürgerstiftungen als Akteure der Stadtentwicklung.“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 107.

12 Die erste deutsche Bürgerstiftung wird mit der die *Stadtstiftung Gütersloh* im Dezember 1996 gegründet; Weltweit betrachtet wird die erste Bürgerstiftung mit der *Cleveland Foundation* 1914 in Cleveland, Ohio ins Leben gerufen.

13 Timo Reinfank, „Bürgerstiftungen als Motor der Zivilgesellschaft“, *Bundeszentrale für politische Bildung* (2007), <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41663/buergerstiftungen-als-motor-der-zivilgesellschaft?p=all>.

14 Peter Walkenhorst, „Management von Bürgerstiftungen. Aufgaben, Strategien, Instrumente.“ in *Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven*, Hrsg. Stefan Nährlich, Rupert Graf Strachwitz, Eva Maria Hinterhuber und Karin Müller (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 109.

15 Eva Maria Hinterhuber und Philipp Hoelscher, *Von Bürgern für Bürger?: Bürgerstiftungen in Deutschlands Zivilgesellschaft*, (Berlin: Maecenata Verlag, 2005), 185.

16 Stefan Nährlich, „Aktive Bürgerschaft: Gutes besser tun,“ Jahresbericht *Blickpunkt Aktive Bürgerschaft 2011/2012*: 6, http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Blickpunkt_2011-2012.pdf.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Bundeszentrale für politische Bildung, „Bürgerhaushalt.“ www.buergerhaushalt.de.
- Brugmans, George und Jan Willem Petersen, Hrsg. *Making City*. 5th IABR 2012. Rotterdam: IABR, 2012.
- Eler, Alicia. „Kickstarter To Outfund National Endowment for the Arts.“ *ReadWriteWeb*, 24.02.2012. http://www.readwriteweb.com/archives/kickstarter_to_outfund_the_national_endowment_for.php.
- Franzen, Carl. „Kickstarter Expects To Provide More Funding To The Arts Than NEA.“ *Talking Points Memo*, 24.02.2012. <http://idealab.talkingpointsmemo.com/2012/02/kickstarter-expects-to-provide-more-funding-to-the-arts-than-nea.php>.
- Hinterhuber, Eva Maria und Philipp Hoelscher. *Von Bürgern für Bürger?: Bürgerstiftungen in Deutschlands Zivilgesellschaft*. Berlin: Maecenata Verlag, 2005.
- Kickstarter. „Creating Rewards.“ http://www.kickstarter.com/help/school/creating_rewards.
- Kickstarter. „Successfully Funded Projects.“ Stand 01.08.2012. <http://www.kickstarter.com/help/stats>.
- Nährlich, Stefan. „Aktive Bürgerschaft: Gutes besser tun.“ Jahresbericht *Blickpunkt Aktive Bürgerschaft 2011/2012*. http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Blickpunkt_2011-2012.pdf.
- National Endowment for the Arts. <http://www.nea.gov/about/budget/AppropriationsHistory.html>.
- National Endowment for the Arts. <http://www.nea.gov/about/facts/AtAGlance.html>.
- Pebble - E-Paper Watch for iPhone and Android. <http://getpebble.com>.
- Reinfrank, Timo. „Bürgerstiftungen als Motor der Zivilgesellschaft.“ *Bundeszentrale für politische Bildung* (2007). <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41663/buergerstiftungen-als-motor-der-zivilgesellschaft?p=all>.
- Walkenhorst, Peter. „Management von Bürgerstiftungen. Aufgaben, Strategien, Instrumente.“ In *Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven*, Hrsg. Stefan Nährlich, Rupert Graf Strachwitz, Eva Maria Hinterhuber und Karin Müller, 109-125. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
- Wolf, André Christian. „Zivilgesellschaft konkret: Bürgerstiftungen als Akteure der Stadtentwicklung.“ In *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz, 99-120. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

- Abb. 1: Rendering + POOL New York. Grafik: + POOL.
<http://www.pluspool.org/design/#>
- Abb. 2: Einzelsegmente des „Luchtsingel“. Grafik: ZUS.
<http://en.imakerotterdam.nl/hoef/>
- Abb. 3: Endausbau „Luchtsingel“. Grafik: ZUS.
http://www.zus.cc/work/urban_politics/155_Luchtsingel.php?1=y
- Abb. 4: Feierliche Eröffnung Luchtsingel. Foto: Maarten Hartman.
Scan: Tageszeitung Trouw, 14.07.2012.

EXKURS ALMERE

Zwischen den Extremen: Von Top-Down zu Bottom-Up

Almere steht prototypisch für eine Top-Down geplante Stadt. So ist nicht nur die Stadt, sondern beinahe die gesamte Provinz Flevoland ein Ergebnis einer planmäßigen Trockenlegung von Teilen des IJsselmeeres¹. Die Idee der Neulandgewinnung an dieser Stelle lässt sich bis ins 17. Jahrhundert zurückführen und wurde unter dem Projekttitel *Zuiderzeewerke* unter Leitung des Ingenieurs Cornelis Lely ab 1916 – infolge einer Flutkatastrophe in der *Zuiderzee* – mit einem System von Deichen und Wasserpumpenanlagen durchgeführt. Auf die Abtrennung der flacheren Zuiderzee von der Nordsee und der Umbenennung in *IJsselmeer* und *Markermeer*, folgte mit dem Bau von Poldern die Gewinnung von Agrar- und neuen Siedlungsflächen.

Seit 1974 wird Almere, beginnend mit dem Stadtteil *Almere-Haven*, auf dem südlichen Teil des Flevolandpolders, einer „zentralistisch verwaltete[n] Ansiedlungsfläche ohne Eigentümer, Geschichte, Kontext oder Landschaft“² errichtet. Almere war von Anfang an darauf ausgerichtet, wie ein *Überlaufbecken*³ Wohnraum für die *Randstad*⁴ und besonders für das nahe gelegene Amsterdam zu schaffen, da der reale Wohnungsbedarf bereits seit der Nachkriegszeit die Angebote weit überstieg.

Andere Planungen für neue Stadterweiterungsgebiete, wie etwa *Bijlmermeer* (1966) im Südosten von Amsterdam scheiterten an ihrer idealistischen Konzeption als moderne und

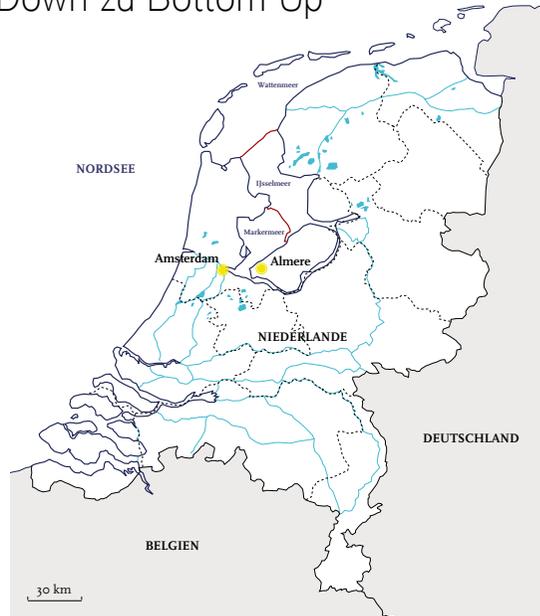


Abb. 1

stark von den Ideen der CIAM⁵ beeinflusste vertikale Hochhausriegel, eingebettet in weite Parklandschaften. Noch während der Bauzeit wurde deutlich, dass von den angestrebten NutzerInnen – „der modernen Gesellschaft“⁶ und insbesondere der einkommensstarken Mittelschicht – nicht vertikale, kollektive Großwohnsiedlungen, sondern individuelle, suburbane Lösungen im Flachbau nachgefragt wurden.⁷ Die wabenförmigen Megastrukturen in *Bijlmermeer* entwickelten sich von einem progressiven Vorzeigeprojekt („the City of Tomorrow“⁸) zu einer Problemsiedlung mit mangelnder Bevölkerungsdurchmischung.

Diese Entwicklung hängt insofern direkt mit Almere zusammen, als dass die Gründung zeitlich mit dem augenfälligen Scheitern dieser Großsiedlung zusammentrifft.

1 Die Bezeichnungen -meer bzw. -see beziehen sich auf die niederländischen Originalnamen. Zu beachten ist, dass Meer See bedeutet und umgekehrt.

2 Jochen Becker, „Ego-Land,“ *der Freitag*, 04.02.2000, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ego-land>.

3 „a substantial overflow town“ Hans Ibelings, *20th Century Urban Design in the Netherlands* (Rotterdam: NAI Publishers, 1999), 125.

4 Ringartige Bebauungsstruktur in den Niederlanden von Amsterdam über Utrecht, Rotterdam und Den Haag

5 *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne* dt.: Internationale Kongresse Moderner Architektur

6 Gerben Helleman und Frank Wassenberg, „The renewal of what was tomorrow's idealistic city. Amsterdam's Bijlmermeer high-rise,“ *Cities* 21 (2004): 4. doi:10.1016/j.cities.2003.10.011.

7 Jing Zhou und Saskia Commandeur, „Urban Culture In New Town Almere“ (Paper präsentiert auf der vierten internationalen Konferenz des *International Forum on Urbanism* (IFoU), Amsterdam/Delft, 2009).

8 Hans Ibelings, *20th Century Urban Design in the Netherlands* (Rotterdam: NAI Publishers, 1999), 105.

„Das erinnert mich an Brasilia (...), eine Stadt (...) die zu Ende geplant war. (...) das Tolle war, daß, obwohl alles verplant war, schließlich an einem Platz doch tatsächlich ‚Leben‘ war: Da haben sie eine Art von Flohmarkt aufgebaut auf einer großen Anlage, die eigentlich eine Grünanlage sein sollte und wo dann eine Invasion stattgefunden hat von Leuten, die sozusagen Unordnung brauchten innerhalb dieser tödlich ordentlichen Stadt. Dieser ungeplante, nicht vorhergesehene Ort war der schönste und der einzig lebensmögliche. (...) Für mich steht die ‚Lebensqualität‘ einer Stadt in direktem Zusammenhang mit der Möglichkeit solcher ‚Planlosigkeit‘.“

Wim Wenders, *The Act of Seeing: Texte und Gespräche* (Frankfurt am Main: Verlag der Autoren, 1992), 138.



Abb. 2

Städtebaulich wurde Almere vom *Projectbureau Almere*⁹ auf dem Polder als polynuklearer Siedlungsraum mit verdichteten Flachbauten geplant und orientierte sich somit grob an der Gartenstadt-Idee von Ebenezer Howard, was die etappenweise Entwicklung mit mehreren Subzentren mit eigenem Charakter und einer Flexibilität in Hinblick auf externe Einflüsse und Planungsveränderungen zulässt.¹⁰ So wurde die Größe von Almere anfänglich zwischen 125.000 bis 250.000 EinwohnerInnen angesetzt, also bewusst relativ offen gelassen.¹¹

Im Zuge der abschnittweisen Entwicklung lassen sich auch die jeweiligen Moden bezüglich Wohnformen und der jeweils aktuelle Wohnbedarf an den nacheinander gebauten Zentren bzw. Baufeldern ablesen. Zwischen den Siedlungskernen wurden Grün- und Wasserflächen für die Freizeitgestaltung angelegt. Ein „Ort, der ländliche Lage, vorstädtische Idylle und den Wunsch nach urbaner Anbindung“¹² vereint und somit ein anti-urbaner Gegenentwurf¹³ zu wohnbaulichen Großform-Siedlungen wie *Bijlmermeer*, war das erklärte Ziel der Planungen auf dem nahezu freien Feld. So wird der neu geschaffene Ballungsraum als anfangs praktisch kriminalitätslos¹⁴ und mit einer höchst homogenen Bevölkerungsstruktur beschrieben.

„You can't even buy those magazines the homeless hawk in other cities.“¹⁵

Sowohl die Planung, als auch die Umsetzung konnten gerade in der Anfangsphase ohne externe Reibungen

- 9 Dieses Planungsbüro vereinte alle Kompetenzen, von Städteplanern über Landschaftsplanern hin zu Soziologen. Vgl. Hans Ibelings, *20th Century Urban Design in the Netherlands* (Rotterdam: NAI Publishers, 1999), 125.
- 10 Jing Zhou und Saskia Commandeur, „Urban Culture In New Town Almere“ (Paper präsentiert auf der vierten internationalen Konferenz des *International Forum on Urbanism* (IFoU), Amsterdam/Delft, 2009).
- 11 Vgl. Petra Brouwer, „Boomtown Almere: Form follows lifestyle,“ *Archis* 11, 1999, 11.
- 12 Jochen Becker, „Ego-Land,“ *der Freitag*, 04.02.2000, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ego-land>.
- 13 Vgl. Hans Ibelings, *20th Century Urban Design in the Netherlands* (Rotterdam: NAI Publishers, 1999), 124.
- 14 Vgl. Markus Peters, „Nagelneue Heimat,“ *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 05.08.2012, <http://www.derwesten.de/region/niederrhein/nagelneue-heimat-id6949536.html>.
- 15 Ole Bouman, „Almere is...“, *Archis* 11 (1999).

vorangetrieben werden. Diskussionen fanden nur in der Fachöffentlichkeit statt; weder BewohnerInnen noch Gemeindeverwaltungen waren vorhanden. In enger Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Investoren¹⁶, einer „wohlgeölten Wohnungs-Maschine“¹⁷, wurden anfangs hauptsächlich Wohnbauten für Pendler errichtet. In Kombination mit grundsätzlich diversen und über die Jahre alternierenden Wohnvorstellungen wird das Resultat heute als ein „architektonischer Themen-Park“¹⁸ und „Experimentierfeld“¹⁹, „an endless expanse of individual dwelling preferences“²⁰ beschrieben.

Nachdem Almere schneller wuchs als gedacht, wurde die Schlaf- und Freizeitstadt²¹ von Amsterdam abgekapselt und 1984 zur emanzipierten, selbständigen Gemeinde mit der Aufgabe, neben Wohnraum auch mehr und mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze im eigenen Stadtgebiet anbieten zu können. Das vorsorglich freigehaltene Zentrum war nach kontinuierlichem Wachstum zu einer *richtigen* Stadt 1994 Gegenstand eines Wettbewerbs, der von *OMA*²² gewonnen wurde, die dem Wunsch nach Identität und Zentralität mit Dichte und Verdichtung von Programm und Aktivität („a centre of gravity within that field of houses“²³) begegneten.²⁴

- 16 Bereits im 1960 veröffentlichten *Nota inzake de ruimtelijke ordening* (Report zur Raumplanung) forcierte man die Einbeziehung und Initiative privatwirtschaftlicher AkteurInnen in die Raumplanung. Vgl. Hans Ibelings, *20th Century Urban Design in the Netherlands* (Rotterdam: NAI Publishers, 1999), 104.
- 17 Vgl. Petra Brouwer, „Boomtown Almere: Form follows lifestyle,“ *Archis* 11, 1999, 18, zitiert in Jochen Becker, „Ego-Land,“ *der Freitag*, 04.02.2000, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ego-land>.
- 18 Michelle Provoost und Bernhard Colenbrande, zitiert nach Jochen Becker, „Ego-Land,“ *der Freitag*, 04.02.2000, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ego-land>.
- 19 Michelle Provoost, „Almere: Koolhaas im Bann des Kommerzes,“ *Topos* 31 (2000): 52.
- 20 Siehe Fußnote 11: 10.
- 21 „Laut Statistik arbeiten 65 Prozent als Berufspendler außerhalb“ Vgl. Jochen Becker, „Ego-Land,“ *der Freitag*, 04.02.2000, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ego-land>.
- 22 *Office for Metropolitan Architecture*, Architekturbüro des niederländischen Architekten Rem Koolhaas.
- 23 Floris Alkemade, Edzo Bindels und Ruurd Gietema, „Designing the Collective Domain,“ *OASE* 71 (2006): 62.
- 24 Vgl. Floris Alkemade, Interview von Beatriz Ramo und Bernd Upmeyer, „Dumped in Almere,“ *MONU* 7 (2007): 74-86, <http://www.monu.org/monu7/Interview.pdf>.



Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5



Abb. 6

Waren es bislang mehrere gleichbedeutende Stadtteilzentren, wurde mit der Planung *Almere Stadshart* (1996-2005) versucht, einen Stadtkern mit einer eindeutigen Hierarchie zu implementieren. Über einer riesigen Garage, die auch die Ver- und Entsorgung des Zentrums sicherstellt, wurde die neue Innenstadt errichtet. Neben dem Rathaus, einer Bibliothek, Theater, Kino oder Wohnhochhäusern wurde im Besonderen versucht, großmaßstäbliche Einkaufszentren anzuziehen, die normalerweise nur in peripheren Lagen anzutreffen sind.²⁵ Diese innerstädtische Entwicklung wurde direkt in enger Planungs Kooperation als *public-private-partnership* zwischen der Stadtverwaltung, den Architekten von *OMA* und den niederländischen Developern und Investoren *MAB* und *Blauwhoed Eurowoningen* ausgeführt.²⁶

²⁵ Floris Alkemade, Edzo Bindels und Ruurd Gietema, „Designing the Collective Domain,“ *OASE* 71 (2006): 60.

²⁶ Vgl. MAB „City Center Almere,“ <http://www.mab.com/de/projects/NAlmerecitycenteralmere/Pages/default.aspx>.

Mittlerweile ist Almere mit mehr als 190.000 Einwohnern²⁷ die siebtgrößte Stadt der Niederlande.

Im Zuge der Architekturbiennale Rotterdam (IABR) 2012 *Making City* findet vor Ort als lokaler Ableger die Ausstellung *Making Almere* statt, die die Zukunft der Stadt und den Einfluss seiner BewohnerInnen beleuchtet und die Autorenschaft der Stadtentwicklung hinterfragt:

„Today, the youngest city in the Netherlands is a leader in the development of a new form of urbanism: one where the inhabitants of Almere build their own city.“²⁸

Und wirklich macht sich seit einigen Jahren ein Wechsel bemerkbar. Almere bereitet sich mit neuen Stadterweiterungen und Projekten – der *Strategic Vision Almere 2.0* – darauf

²⁷ „Bevölkerungsentwicklung Niederlande,“ Centraal Bureau voor de Statistiek, <http://statline.cbs.nl>.

²⁸ „Making Almere: Who Makes The City?,“ IABR, http://www.iabr.nl/EN/news/120224_Making.Almere.php.

vor, dass die Stadtbevölkerung bis 2030 auf anvisierte 350.000 BewohnerInnen ansteigt²⁹ und die Stadt sich wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich weiterentwickelt und diversifiziert. Neben einer neuen Brücke über das IJsselmeer nach Amsterdam und somit einer stärkeren Verwebung beider Städte, ist der Bau von 60.000 Häusern und die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen³⁰ geplant.

„It is a framework which can be filled in by the people of the city. By remaining flexible we create possibilities to adjust the plans to future opportunities.”³¹

Dieser Größensprung hat den Anspruch, ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig zu sein. Festgeschrieben in den *Almere Principles* wird im Bezug auf die Bewohnerschaft als abschließender Punkt folgendes gefordert:

„Empower people to make the city. Acknowledging citizens to be the driving force in creating, keeping and sustaining the city, we facilitate them in pursuing their unique potential.”³²

Bezüglich ihrer polynuklearen Entwicklung bleibt sich Almere treu. Zukünftige Erweiterungsgebiete mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten sind *Almere IJland*, *Almere Pampus*, *Almere Centre*, und *Almere Oosterwold*, wobei die Beteiligung der BewohnerInnen bei der Schaffung von Wohnraum eine immer größere Rolle spielt.³³

Besonders die Entwicklungen in *Oosterwold*, das auf dem jetzigen Gebiet der Gemeinde Zeewolde entstehen soll, sind hierbei herauszuheben. Hier soll nach einer flexiblen Entwicklungsstrategie von *MVRDV*³⁴ ein

selbstorganisierter, ein *do-it-yourself* Stadtteil auf einer Fläche von 43km² mit ca. 18.000 neuen Häusern entstehen.

MVRDV selbst beschreiben die Strategie als

„a revolution in Dutch urban planning as it steps away from governmental dictate and invites organic urban growth in which initiatives are stimulated and inhabitants can create their own neighbourhoods including public green, urban agriculture and roads”³⁵,

wobei die jeweiligen Grundstücke durch Grünräume, also urbane Landwirtschaft oder Parks begrenzt werden. Bebauung und Landschaft werden durchmischt, knapp 60% der Fläche ist für Landwirtschaft vorgesehen, die die Versorgung der restlichen Stadt gewährleisten soll.

In einer an die *Go-West* Mentalität US-amerikanischer Siedlerbewegungen erinnernden Strategie sollen die GrundstückseigentümerInnen neben ihren Gebäuden auch für die Infrastruktur – Straßenbau, Energieversorgung, Abwasserbeseitigung und Müllentsorgung – selbst verantwortlich sein. Nur die Prozentsätze von 59% Landwirtschaft, 18% Bebauung, 13% öffentlicher Grünflächen, 8% Straßen und 2% Wasserflächen sind vorgegeben.

Die geringe Dichte wird als Gegenpol zum mehr städtischen Westen von Almere gesehen und entspricht dem anfänglichen Plan, hier durch Polder neue Anbauflächen für die Landwirtschaft zu generieren und von Pionieren besiedeln zu lassen.

Für *MVRDV* ist das Konzept auch eine Kritik an zu stark durchgeplanten – an zu perfekten und vorhersehbaren³⁶ – niederländischen Stadtstrukturen; sie versprechen die Realisierung von „individual dreams“³⁷ in einer „open and continuous green landscape“³⁸. Darüber hinaus

29 Vgl. Gemeinde Almere: „Summary, Draft Structural Vision Almere 2.0.“ http://english.almere.nl/mmbase/attachments/2486263/Folder_Structuurvisie_engels.pdf.

30 Gemeinde Almere, „Almere 2.0.“ http://english.almere.nl/local_government/almere_2.0.

31 Stadtrat Adri Duivesteyn, Vgl. „Vision 2030 by MVRDV.“ <http://www.dezeen.com/2009/07/01/vision-2030-by-mvrdv>.

32 „The Almere Principles.“ Stadt Almere, http://english.almere.nl/local_government/almereprinciples.

33 Vgl. Gemeinde Almere, <http://www.ikbouwmijnhuisinalmere.nl>.

34 Niederländisches Architekturbüro. Abkürzung für Winy Maas, Jacob van Rijs, Nathalie de Vries

35 *MVRDV*, „Almere Oosterwold.“ <http://www.youtube.com/watch?v=NSwtduhoHOU>.

36 Vgl. *MVRDV*, „Almere Oosterwold.“ <http://www.mvrdv.nl/#/news/almereosterwold2>.

37 *ibid*.

38 Siehe Fußnote 31.

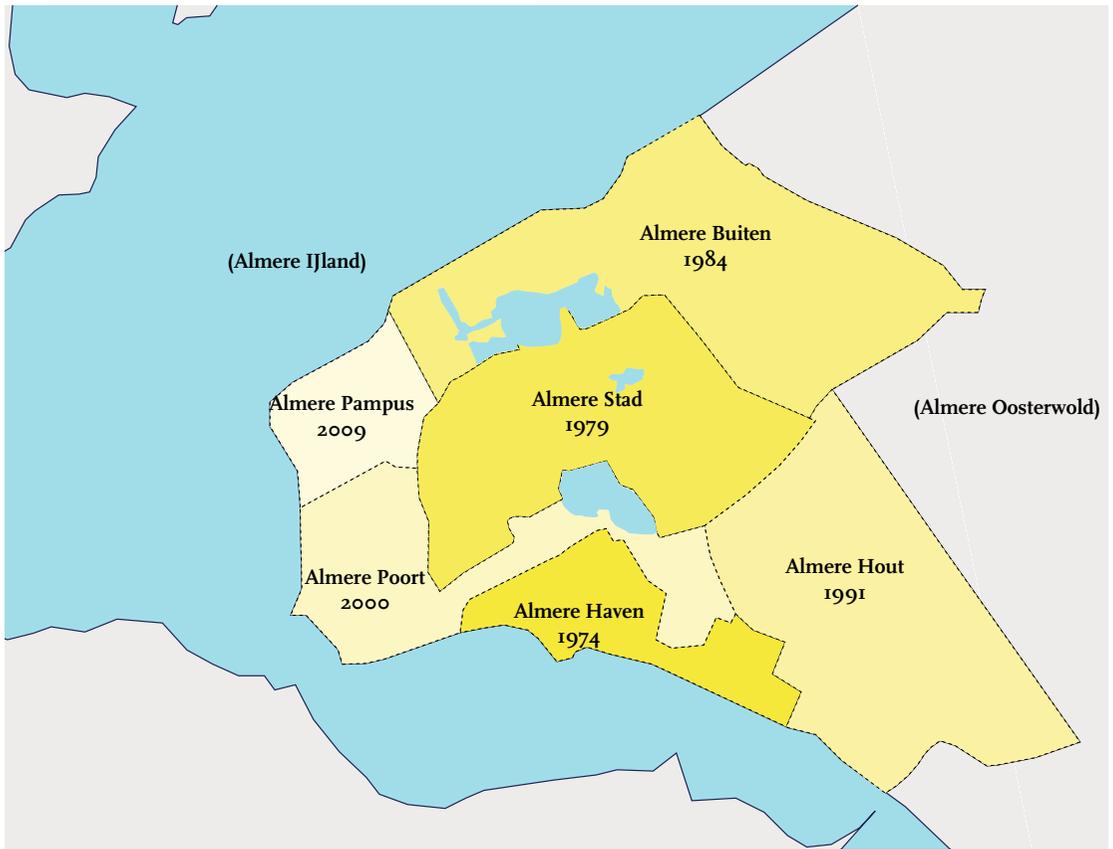


Abb. 7

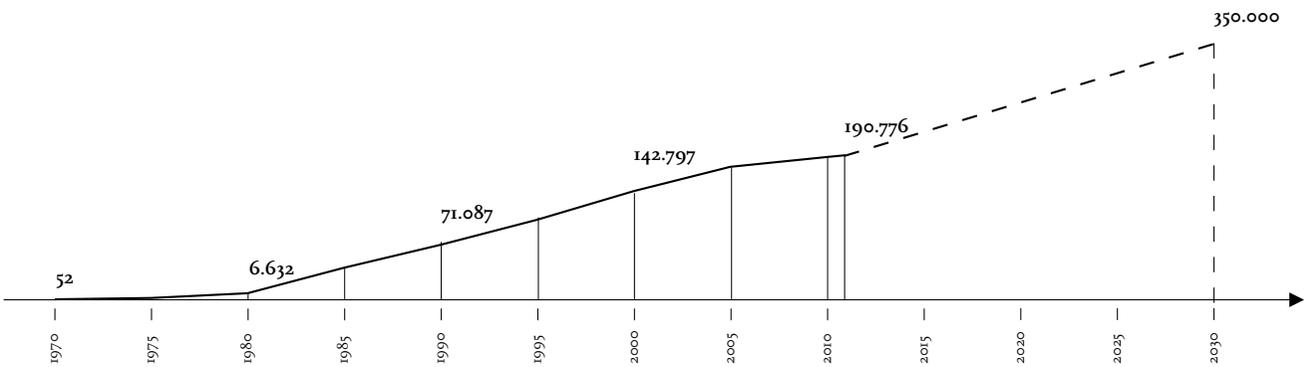
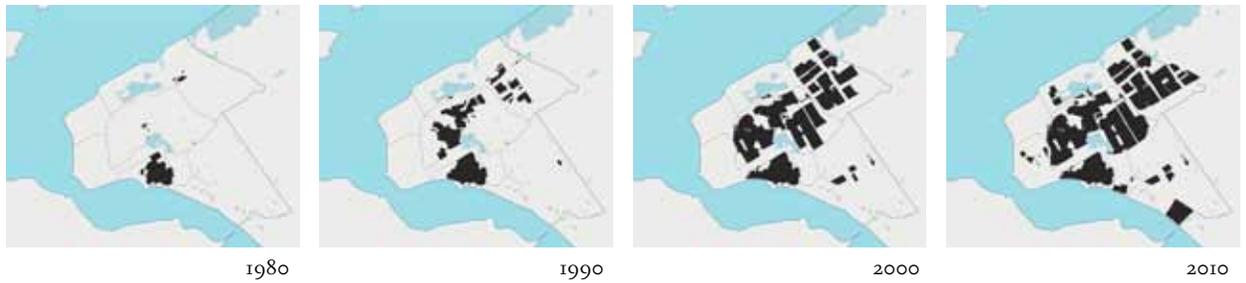


Abb. 8

eine neue Rollenverteilung: statt einer leitenden Rolle soll die Regierung lediglich Raum bereitstellen und moderieren; ein lokal begrenzter Ausnahmezustand, ein deregulierter Raum.

MVRDV sehen gerade in der Ungeplantheit eine Möglichkeit, dass durch die notwendige Zusammenarbeit in der Koproduktion öffentlicher, vormals kommunaler Aufgaben und in einem bis an die Grenzen liberalisierten Städtebaus (Marktes) eine (vielleicht „wirkliche“) Gemeinschaft mit sozialen Bindekräften entsteht. Eine Webseite soll den Rahmen für Kollaborationen und Interaktion bieten und über den Stand der Entwicklung in Oosterwold informieren.

Neben wirtschaftlichen und logistischen Fragen (etwa wie werden individuell gebaute Straßen und Abwassersysteme bezahlbar sein und funktionieren?) stellt sich natürlich die Frage nach der Vision von Stadt und Gesellschaft.

Im besten Fall entwickelt sich hier ein Experimentierfeld mit Freiräumen für neue Formen der kleinteiligen und kontextspezifischen, ergebnisoffenen Stadtentwicklung für Bürgerinitiativen, neue Genossenschaften und neues Unternehmertum mit hohem Maß an städtebaulicher Offenheit und Veränderbarkeit und einem Gemeinsinn in städtebaulichen Aspekten.

Im schlechtesten Fall entstehen zersiedelte Landschaften mit weit gestreuten Siedlungsflächen mit all den negativen Folgen, wie der Abhängigkeit von Individualverkehr oder zunehmender Segregation, die bis hin zu voneinander abgetrennten exklusiven Siedlungen als *Country Clubs* oder *Gated Communities* reichen können. Besonders die Ausrichtung auf Privateigentum statt auf Allgemeingut und die Auslagerung des öffentlichen Raums ins Internet lässt dies befürchten.

Henk Ovink, der Direktor des Niederländischen Instituts für Raumplanung betonte zur Eröffnung der Rotterdamer Architektur-Biennale 2012, dass schon heute „die Niederlande bereits zu siebzig Prozent

urbanisiert“³⁹ sind, dass sich der Sprawl als flächendeckende Agglomeration um die Städte nahezu unkontrolliert ausdehnt und dass „viele Häuser (...) noch lange keine Stadt [ergeben]“⁴⁰. Gerade in den Niederlanden muss der vorhandene Platz also effektiv genutzt werden.

So bleibt die Frage, ob der geforderte – nahezu gänzliche – Rückzug von staatlicher Seite, Privatisierung des Städtebaus und Verantwortungsübertragung auf die Bürger die Lösung urbaner Probleme darstellt oder ob nicht mehr denn je die Zusammenarbeit gefragt ist. Ob nicht ein gemeinschaftlicher, kooperativer Ansatz und intensiver Dialog zwischen privaten Akteuren und staatlich-öffentlichen Institutionen mehr bewirkt und zukunftsfähigere Städte, urbane Räume wachsen lässt.

Aber freies, experimentelles Bauen hat in Almere Tradition. Neben einförmigen Siedlungsstrukturen sind etwa aus dem Wettbewerb „Ungewohntes Wohnen“ (1985) auch die Musterquartiere „De Realiteit“ und „De Fantasie“ realisiert worden, die ursprünglich als temporäre Versuchsanordnungen gedacht waren, mittlerweile aber eine Bestandsgarantie erhalten haben. Erst 2006 gab es wieder einen Realisierungs-Wettbewerb *De Éénvoud*⁴¹, der freistehende low-cost Architektur zum Thema hatte.

In dieser Logik ist es Almere, das von seiner Geschichte her – quasi als Testfeld und urbanistisches Laboratorium – prädestiniert ist, als einzigartiges Experimentierfeld so einen Versuch nicht nur in kleinmaßstäblichen Architekturstrukturen, sondern im städtebaulichen Rahmen zu wagen. In einem freien Feld, wie es sonst in den West-Niederlanden kaum mehr zu finden ist, Grenzen auszuloten und auszuprobieren. Stadt neu zu denken und die Frage zu stellen, WER Stadt in Zukunft macht.

39 Klaus Englert, „Leute, wollt ihr nicht besser wohnen?“, faz, 04.05.2012, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst/architekturbiennale-rotterdam-leute-wollt-ihr-nicht-besser-wohnen-11738541.html>.

40 *ibid.*

41 Vgl. <http://www.eenvoud-almere.nl/blog/>



Abb. 9



Abb. 10



Abb. 11

Keiwierde, Almere Haven, Almere, Nederland



Abb. 12

Wijsegerbaan, Centrum Almere-Stad, Almere, Nederland



Abb. 13

Hospitaaldreef, Centrum Almere-Stad, Almere, Nederland



Abb. 14

Siciliëstraat, Almere-Buiten, Almere, Nederland



Abb. 15

Spechtlaan, Almere-Hout, Almere, Nederland



Abb. 16

Beneluxlaan, Pampus - Poort, Almere, Nederland



Abb. 17

De Realiteit, Almere-Stad, Almere, Nederland



Abb. 18

De Fantasie, Almere-Stad, Almere, Nederland



Abb. 19

Dodaarsweg, Zeewolde, Nederland



Abb. 20

Wulpweg, Zeewolde, Nederland

LITERATURVERZEICHNIS:

- Alkemade, Floris, Edzo Bindels und Ruurd Gietema. „Designing the Collective Domain.“ *OASE* 71 (2006): 54-71.
- Almere. Gemeinde. „Almere 2.0.“ http://english.almere.nl/local_government/almere_2.0.
- Almere. Gemeinde. „Summary, Draft Structural Vision Almere 2.0.“ http://english.almere.nl/mmbase/attachments/2486263/Folder_Structuurvisie_engels.pdf.
- Almere. Gemeinde. „The Almere Principles.“ http://english.almere.nl/local_government/almereprinciples.
- Almere. Gemeinde. „Webseite für private Bauherrenschaft.“ <http://www.ikbouwmijnhuisalmere.nl>.
- Becker, Jochen. „Ego-Land.“ *der Freitag*, 04.02.2000. <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ego-land>.
- Bouman, Ole. „Almere is...“ *Archis* 11 (1999).
- Brouwer, Petra. „Boomtown Almere: Form follows lifestyle.“ *Archis* 11 (1999): 10-23.
- Brugmans, George und Jan Willem Petersen, Hrsg. *Making City*. 5th IABR 2012. Rotterdam: IABR, 2012.
- Centraal Bureau voor de Statistiek. „Bevölkerungsentwicklung Niederlande.“ <http://statline.cbs.nl>.
- Duivesteyn, Adri. zitiert in „Vision 2030 by MVRDV.“ <http://www.dezeen.com/2009/07/01/vision-2030-by-mrvdv>.
- Dysturb.net. „Is Almere There Yet?“ <http://www.dysturb.net/2009/is-almere-there-yet/#more-1528>
- Eenvoud Almere. <http://www.eenvoud-almere.nl>.
- Helleman, Gerben und Frank Wassenberg. „The renewal of what was tomorrow’s idealistic city. Amsterdam’s Bijlmermeer high-rise.“ *Cities* 21 (2004): 3-17. doi:10.1016/j.cities.2003.10.011.
- Ibelings, Hans. *20th Century Urban Design in the Netherlands*. Rotterdam: NAI Publishers, 1999.
- Internationale Architektur Biennale Rotterdam. „Making Almere: Who Makes The City?“ http://www.iabr.nl/EN/news/120224_Making_Almere.php.
- MAB. „City Center Almere.“ <http://www.mab.com/de/projects/NAlmerecitycentralmere/Pages/default.aspx>.
- Mooij, Harald. „Es wächst in Almere.“ *Bauwelt* 28-29 (2007): 38-49.
- MVRDV. „Almere Oosterwold.“ <http://www.youtube.com/watch?v=NSwtduhoHOU>.
- Peters, Markus. „Nagelneue Heimat.“ *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 05.08.2012. <http://www.derwesten.de/region/niederrhein/nagelneue-heimat-id6949536.html>.
- Provoost, Michelle. „Almere: Koolhaas im Bann des Kommerzes.“ *Topos* 31 (2000): 51-58.
- Provoost, Michelle, Bernhard Colenbrande und Floris Alkemade. „Dutchtown. A City Center. Design by OMA / Rem Koolhaas.“ Rotterdam: NAI Publishers, 2000.
- Zhou, Jing und Saskia Commandeur. „Urban Culture In New Town Almere.“ Paper präsentiert auf der vierten internationalen Konferenz des *International Forum on Urbanism (IFoU)*, Amsterdam/Delft, 2009.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

Abb. 1: Karte Niederlande.

Grafik: Stefan Groh

Abb. 2: Luftaufnahme Homeruskwartier. Foto: Gemeinde Almere

http://arch-lokaal.nl/wp-content/uploads/2011/08/projecten_420-1_homeruskwartier_foto_gemeente_almere.jpg

Abb. 3: Luftbild Bijlmermeer.

http://www.strabrecht.nl/sectie/ckv/10/Architectuur/Functionalisme/01.01_Bijlmermeer_Amsterdam_Stad_van_Morgen.jpg

Abb. 4: Bau der ersten Deiche.

http://3.bp.blogspot.com/_ZakEtznL8TE/SJR04-ApbpI/AAAAAAAAAB-w/1t_yx_ayG_k/s1600-h/dike.jpg

Abb. 5: Offizieller Start des Baus von Almere 01.01.1978. Foto: Heleen Emanuel/ Stadsarchief Almere.

<http://www.geheugenvanalmere.nl/attachment/988>

Abb. 6: Modellfoto Almere Stadtzentrum. Foto: OMA

http://oma.eu/contentimages/projects/2007-ALMERE-MASTERPLAN/Almere-Masterplan-almere-35mmdia-po-151197-014_big.jpg

Abb. 7: Karte Almere.

Grafik: Stefan Groh

Abb. 8: Bevölkerungsentwicklung Almere.

Grafik: Stefan Groh

Abb. 9: Entwicklungsstrategie Almere Oosterwold. Grafik: MVRDV.

<http://adoo9cdnb.archdaily.net/wp-content/uploads/2012/04/1334724253-111207-illustration-step-4.jpg>

Abb. 10: Entwicklungsstrategie Almere Oosterwold. Grafik: MVRDV.

<http://www.archdaily.com.br/45526/em-construcao-urbanismo-d-i-y-almere-oosterworld-mrvdv/1334724144-evolution-standard/>

Abb. 11 - Abb. 20: Straßenpanoramen Almere. Fotos: Google Streetview.

HAUSBESETZUNGEN ALS STADTENTWICKLUNG

„Das Eigentumsrecht ist zwar wichtig, aber um die vielen Leerstände zu bekämpfen ist gesellschaftlicher Gegendruck manchmal ganz hilfreich.“
Thom de Graaf, Bürgermeister von Nimwegen¹

Interessant, dass gerade ein Bürgermeister einer Stadt, die als „Hochburg der Hausbesetzerszene“² beschrieben wird, Unverständnis ausdrückt über die Gesetzesänderung, die im Herbst 2010 in den Niederlanden in Kraft getreten ist³ und für Hausbesetzungen – *Kraken* – Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis vorsieht. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde in den Niederlanden nicht strafrechtlich verfolgt, wer ein mindestens 12 Monate leerstehendes Haus besetzt. Dies führte zu einer regelrechten Professionalisierung der *Kraker*. Das Aufbrechen einer Eingangstüre gilt als Hausfriedensbruch, deshalb waren in den meisten Fällen bis zu 50 Personen vor Ort, um es der Polizei unmöglich zu machen, einen einzelnen Täter festzustellen dem die Straftat angelastet werden kann. War die Tür einmal offen, reichte es, mit Tisch, Stuhl und Matratze einzuziehen und anschließend selbst die Polizei zu rufen, um als neue(r) BewohnerIn eingetragen zu werden. Räumen musste man das Haus erst dann, wenn der Eigentümer einem Richter gegenüber seine Absicht nachweisen konnte, es zu renovieren oder zu verkaufen. Ein Aktivist von *Kraakspraak Oost* beschreibt diese Hausbesetzungen „als gesellschaftspolitische PR-Aktion mit Wohn- und Arbeitsraum als Nebeneffekt“⁴.

Aber nicht nur im Hinblick auf die Verminderung von Spekulation und als Protest gegen zu hohe Mieten sind Hausbesetzungen bedeutend. So protestieren auch viele niederländische KünstlerInnen und DesignerInnen gegen die Kriminalisierung und betonen beispielsweise, dass gerade innovatives Design und experimentierfreudige Kunst günstige Räume braucht und *Kraken* besonders im Falle von gewerblichen Leerständen einen massiven Einfluss auf das kreative Potential der Niederlande hat.⁵

So wird auch andersorts bisweilen schon nicht mehr von Besetzung gesprochen, sondern von der „unbefragten Belegung eines Leerstands“⁶, oder davon, dass

„Beispiele der dezentralen Selbstorganisation von Interessen (...) im Bereich der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle [spielen], z.B. in Form von lokalem Protest, Hausbesetzungen und Widerstand gegenüber Sanierungsvorhaben oder Stadtteilinitiativen.“⁷

Auch in Wien gehen viele der heute wichtigen und etablierten Kulturinstitutionen wie das *WUK*, die *Arena* oder das *Flex* auf Besetzungen zurück. Auch das *Amerlinghaus* wurde 1975 nach Protesten von ArchitektInnen, DenkmalschützerInnen, GrätzelbewohnerInnen in Koalition mit der alternativen Wiener Szene gegen die Kahlschlagsanierung des Spittelbergs besetzt. Diese Besetzung beeinflusste auch die direkte Umgebung, den Spittelberg.

1 Kerstin Schweighöfer, „Schluss mit ‚Kraken‘“, *Deutschlandfunk*, 15.10.2009, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1051284>.

2 Gunda Schwantje, „Kraken wird weitergehen“, *taz*, 22.11.2009, <http://www.taz.de/Niederlandes-Hausbesetzungsverbot/!44288>.

3 Vgl. §§ 138, 429 des niederländischen Strafgesetzbuches (Nederlands Wetboek van Strafrecht).

4 Vgl. Filmbesprechung von Elke Rauth zu Tino Buchholz, „Creativity and the Capitalist City. The Struggle for Affordable Space in Amsterdam“, NL, 2011, 55 min, engl. OF m. dt. Untertiteln, in *dérive* 46, Januar 2012.

5 Gunda Schwantje, „Kraken wird weitergehen“, *taz*, 22.11.2009, <http://www.taz.de/Niederlandes-Hausbesetzungsverbot/!44288>.

6 Nadine Albach, „Kronen-Besetzer: ‚Leerstand ist kriminell!‘“, <http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/kultur/kronen-besetzer-leerstand-ist-kriminell-id3570442.html>

7 Florian Koch, „Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschläge einer Typologie“, in *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 199.

Statt Abriss und Neubau der vielen Biedermeierhäuser wurde das Gebiet *sanft erneuert* und schrittweise saniert. Heute zählt das Viertel mit zur Welterbestätte *Historisches Zentrum von Wien*⁸. Das Amerlinghaus wurde 1978 zum ersten selbstverwalteten Kulturzentrum. Rund um dieses Haus, das heute mehr als 50 Gruppen und Initiativen beheimatet, haben sich mittlerweile die Mieten enorm erhöht und der Stadtteil hat sich in ein sehr touristisch geprägtes Viertel mit vielen Lokalen und Kunsthandwerksbetrieben gewandelt.

Dieser Geschichte der Hausbesetzungen in Wien widmete das Wien Museum vom 12. April bis zum 12. August 2012 unter dem Titel *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern in Wien eine Ausstellung.*

In den Sonderausstellungsräumen im ersten Stock des Museums wird auf Neontafeln viel Faktenwissen aus Archivmaterial vermittelt. Neben Plakaten, Flyern, Fotografien und Textbeiträgen sind es die Filmbeiträge, die die Stimmung der Besetzungen und ihrer Zeit vermitteln können. Angefangen mit der Besetzung des Auslandsschlachthofs unter dem Motto „Der Schlachthof darf nicht sterben“ im Jahr 1976, der der heutigen Arena voranging, über die Besetzung der Rasenflächen im Burggarten bis hin zum *Epizentrum* in der Lindengasse, das im vergangenen November geräumt wurde; gerade aufgrund der Masse an Material lohnt der Besuch.

Nur: der *Kampf um Freiräume* der Ausstellung wurde in den Räumlichkeiten im Wien Museum leider nicht gewonnen. Zu versteckt und abgetrennt präsentierte sich die Ausstellung, die gerne mehr Platz des Museums besetzen und in die Stadt ausgreifen hätte können.

Die Musealisierung der Bewegungen ist in der Hausbesetzerszene nicht nur positiv aufgenommen worden, gerade weil in den letzten Jahren in Wien die Zahl der



Abb. 1



Abb. 2



Abb. 3



Abb. 4

⁸ Vgl. UNESCO, „Historic Centre of Vienna,“ <http://whc.unesco.org/en/list/1033>.

Hausbesetzungen erneut stark zugenommen hat und der Bedarf nach alternativen Räumen in der Stadt wächst, das Thema also höchst aktuell ist.

Im ehemaligen Direktorenzimmer des Museums wird auf einem Plakat die Frage „Häuser besetzen – darf man das?“ gestellt und mit internationalen Gesetzeslagen überprüft. Und wie die Beispiele aus den Niederlanden zeigen, werden Gesetze zu Hausbesetzungen in den letzten Jahren vermehrt verschärft.

Dennoch wird in beinahe jeder größeren europäischen Stadt versucht, Vorteile dieser Bewegungen auszunutzen, ohne dabei zu große Risiken einzugehen. So wurde in Amsterdam 2000 das städtische Programm Brutstätten – *broedplaatsen* – ins Leben gerufen, um Kreativen und startenden Unternehmen Platz zu geben. Dabei versucht das *Bureau Broedplaatsen* in Kooperation mit verschiedensten Partnern geeignete und erschwingliche Räume für diese Brutstättengruppen bereitzustellen. Neben einem Etat für das Projekt, bietet die Stadtverwaltung Know-how an und agiert in einer Drehscheibenfunktion zwischen Angebot und Nachfrage.⁹

Gerade im Wettbewerb der *Creative Cities* bedarf es solcher Freiräume und kreativer Brutstätten, das wurde mittlerweile erkannt. Folgt man der Theorie von Richard Florida, so sind „hochqualifizierte Arbeitskräfte die entscheidenden Produktivkräfte in der Wissensökonomie“¹⁰, sie produzieren das „Öl der postindustriellen Gesellschaft.“¹¹ In der individuellen Standortentscheidung dieser wirtschaftlich solventen Gruppe, der *kreativen Klasse* spielt – der Theorie folgend – das urbane Flair und eine kosmopolitische

Atmosphäre mit internationaler Vernetzung und Offenheit eine außerordentliche Rolle und demnach siedeln sich auch moderne Betriebe in diesen Städten, nach dem Motto *jobs to people* statt *people to jobs*, an.

„cities without gays and rock bands are losing the economic development race“¹².

Das Milieu, also kaum zu fassende sozio-kulturelle Faktoren werden zu der Standortbedingung. Und so werden Freiräume im Zuge von postindustriellen Zwischennutzungen geboten, werden Besetzungen wie das des Gängeviertels in Hamburg geduldet, kreative Zwischennutzung zur Aufwertung und als Marketingelement genutzt und von verschiedensten Seiten konkrete Räume, die leistungsfähig und unterschiedlich zu nutzen sind, für die kreative Szene gefordert.

Diese Nutzungen bewegen sich auf einem hauchdünnen Grad zwischen Künstlichkeit und der Energie einer autonom agierenden Raumnahme. Wenn im Zuge der *Creative Cities*-Strategien Förderprogramme für die Kreativwirtschaft anlaufen und KünstlerInnen freie Räume angeboten werden¹³, befürchten viele in der engen Kooperation mit den Kommunen eine Vereinnahmung des kreativen Milieus für kommerzielle und politische Zwecke und eine reine Marketingstrategie von Städten, die mittels selektiver Förderungen und Konzepten zur Attraktivierung ihre Positionierung im internationalen Städtewettbewerb verbessern wollen. So protestieren auch Künstler in Hamburg unter dem Titel *Not In Our Name, Marke Hamburg!* gegen eine solche Vereinnahmung und „Eventisierungs-Strategie“:

„Wie der Esel der Karotte sollen bildende Künstler den Fördertöpfen

9 Vgl. Gemeinde Amsterdam Bureau Broedplaatsen, „Arbeiten an der Basis der kreativen Stadt Amsterdam und Umgebung,“ http://bureaubroedplaatsen.amsterdam.nl/images/projecten/Programma_Brutstatten_2008-2012_Duits.pdf.
10 Walter Siebel, „Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft,“ in *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010), 30.
11 Felix Denk, „Wie viele Kreative verträgt die Stadt?,“ *zitty Berlin*, 16.12.2010, <http://www.zitty.de/wie-viele-kreative-vertragt-die-stadt.html>.

12 Richard Florida, „The Rise of the Creative Class,“ *The Washington Monthly*, 05.2002, <http://www.washingtonmonthly.com/features/2001/0205.florida.html>.

13 Vgl. Spiegel Online, „US-Ökonom Florida will Künstler an öffentlichem Eigentum beteiligen,“ *Spiegel Online*, 06.11.2009, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/hamburg-als-modell-us-oeconom-florida-will-kuenstler-an-oeffentlichem-eigentum-beteiligen-a-659833.html>.

und Zwischennutzungs-Gelegenheiten nachlaufen – dahin, wo es Entwicklungsgebiete zu beleben, Investoren oder neue, zahlungskräftigere Bewohner anzulocken gilt. (...) Eine ‚Kreativagentur‘ soll zukünftig u.a. ‚Anlaufstelle für die Vermittlung von Immobilienangeboten‘ sein. Wer sich die Mieten nicht leisten kann, muss sich als ‚künstlerischer Nachwuchs‘ einsortieren lassen und bei der Kreativagentur um ‚temporäre Nutzung von Leerständen‘ ersuchen. Dafür gibt es sogar einen Mietzuschuss, allerdings nur, wenn ‚die Dringlichkeit des Bedarfs und die Relevanz für den Kreativstandort Hamburg‘ gegeben sind.“¹⁴

Im Bereich der Zwischennutzungen haben sich verschiedene Modelle etabliert. In Zürich hat sich das Modell der *Gebrauchsleihe* durchgesetzt, der zeitweisen günstigen Überlassung der Räume oder Freiräume während temporärer Leerstandsphasen, etwa an Künstler oder Atelier-Vereinigungen mit dem Ziel, Hausbesetzungen zu verhindern. Ein vergleichbares Modell das gerade im Wohnbereich in den Niederlanden erfolgreich ist, nennt sich *Antikraak* – eine höchst prekäre, aber günstige Wohnform. So wird das Wohnen zu einem Job, die Eigentümer sparen Geld für Einbruchssicherung und Sicherheitsdienste, um die Immobilien vor Verfall, Vandalismus und insbesondere vor Besetzungen zu schützen, die BewohnerInnen werden zu „Wachschutz, Hausmeister und Putzpersonal.“¹⁵

Dabei unterzeichnet man einen Vertrag, der beispielsweise festschreibt, dass jederzeit der Zustand der Wohnung mittels eines Kontrollbesuchs festgestellt werden kann.¹⁶ Darüber hinaus „keine Kinder, keine Haustiere, keine Parties,

Zusammenwohnen und Urlaub nur nach Absprache.“¹⁷ Reguläre Kündigungsfristen von zwei bis vier Wochen sind die Regel. Den Antikraak Anbietern werden immer wieder Rechtsverstöße vorgeworfen, darunter „Eingriff in die Privatsphäre, der Hausfriedensbruch durch Kontrolleure sowie Bewohner- und Menschenrechte“¹⁸. Doch das Geschäftsmodell setzt sich langsam auch in anderen europäischen Ländern durch, *Camelot*¹⁹ ist eine der führenden Firmen in diesem Bereich und betreut Immobilien in Belgien, Großbritannien, Irland, in Frankreich und Deutschland.

Das es auch anders und vor allem sozialer geht, beweist der Verein *HausHalten*²⁰ mit den Wächterhäusern in Leipzig. Für einen symbolischen Mietbetrag plus Nebenkosten werden hier Wohnungen vermietet, auch um die Straßenzüge zu beleben und die oftmals denkmalgeschützten Häuser vor dem Verfall zu schützen. Die Eigentümer dichten das Dach ab und sorgen für einen Strom- und Sanitäranschluss, um alles andere kümmern sich die MieterInnen. Die Nutzung ist auf drei oder fünf Jahre begrenzt. Der Verein sucht potentielle Häuser und bringt Eigentümer und Wohnungssuchende zusammen, er stellt aber auch Werkzeug für die Renovierung zur Verfügung und vermittelt manchmal Kontakte zu Handwerkern und auch Banken. Einige der Häuser wurden mittlerweile von den *Wächtern* gekauft.

¹⁴ NionHH, „Not In Our Name, Marke Hamburg!“, Blogeintrag 29.10.2009, <http://nionhh.wordpress.com/2009/10/29/not-in-our-name-marke-hamburg>.

¹⁵ Tino Buchholz und Tobias Müller, „Wenn Wohnen zum Job wird.“ *Jungle World* 22, 31.05.2012, <http://jungle-world.com/artikel/2012/22/45550.html>.

¹⁶ *ibid.*

¹⁷ *ibid.*

¹⁸ *ibid.*

¹⁹ Homepage Camelot, <http://de.cameloteurope.com>.

²⁰ Homepage HausHalten e.V., <http://www.haushalten.org>.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Albach, Nadine. „Kronen-Besetzer: ‚Leerstand ist kriminell!‘.“ <http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/kultur/kronen-besetzer-leerstand-ist-kriminell-id3570442.html>
- Buchholz, Tino und Tobias Müller. „Wenn Wohnen zum Job wird.“ *Jungle World* 22, 31.05.2012. <http://jungle-world.com/artikel/2012/22/45550.html>.
- Camelot. <http://de.cameloteurope.com>.
- Denk, Felix. „Wie viele Kreative verträgt die Stadt?.“ *zitty Berlin*, 16.12.2010. <http://www.zitty.de/wie-viele-kreative-vertragt-die-stadt.html>.
- Florida, Richard. „The Rise of the Creative Class.“ *The Washington Monthly*, 05.2002. <http://www.washingtonmonthly.com/features/2001/0205.florida.html>.
- Gemeente Amsterdam Bureau Broedplaatsen. „Arbeiten an der Basis der kreativen Stadt Amsterdam und Umgebung.“ http://bureaubroedplaatsen.amsterdam.nl/images/projecten/Programm_Brutstatten_2008-2012_Duits.pdf.
- HausHalten e.V., <http://www.haushalten.org>.
- Koch, Florian. „Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschläge einer Typologie.“ In *Die Zukunft der europäischen Stadt*, Hrsg. Oliver Frey und Florian Koch, 191-207. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- NionHH. „Not In Our Name, Marke Hamburg!“ Blogbeitrag 29.10.2009. <http://nionhh.wordpress.com/2009/10/29/not-in-our-name-marke-hamburg>.
- Nußbaumer, Martina. *Besetzt!: Kampf um Freiräume seit den 70ern*. Wien: Czernin, 2012.
- Rauth, Elke. Filmbesprechung zu Tino Buchholz. „Creativity and the Capitalist City. The Struggle for Affordable Space in Amsterdam.“ NL, 2011, 55 min, engl. OF m. dt. Untertiteln. In *dérive* 46, 01.2012.
- Schwantje, Gunda. „Kraken wird weitergehen.“ *taz*, 22.11.2009. <http://www.taz.de/Niederlandes-Hausbesetzungsverbot/!44288>.
- Schweighöfer, Kerstin. „Schluss mit ‚Kraken‘.“ *Deutschlandfunk*, 15.10.2009. <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1051284>.
- Siebel, Walter. „Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft.“ In *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Elke Becker, Enrico Gualini, Carolin Runkel und Rupert Graf Strachwitz, 25-38. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2010.
- Spiegel Online. „US-Ökonom Florida will Künstler an öffentlichem Eigentum beteiligen.“ *Spiegel Online*, 06.11.2009. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/hamburg-als-modell-us-oeconom-florida-will-kuenstler-an-oeffentlichem-eigentum-beteiligen-a-659833.html>.
- UNESCO. „Historic Centre of Vienna.“ <http://whc.unesco.org/en/list/1033>.

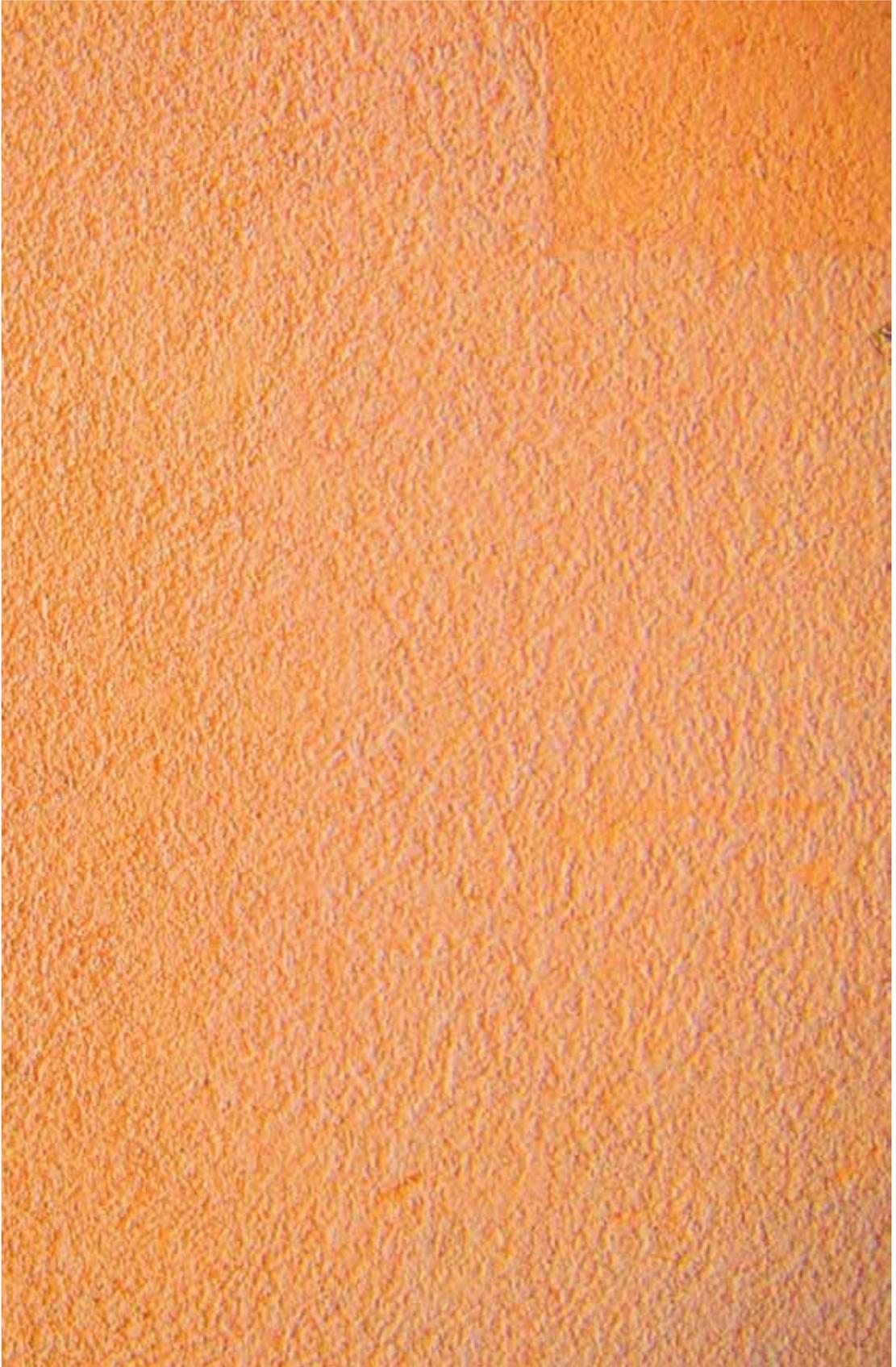
ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

Abb. 1: Besetzung Arena Auslandsschlachthof vom 27. Juni bis 10. Oktober 1976.
http://www.besetzungsarchiv.org/media/siteimages/besetzt_facade.jpg

Abb. 2: Blick in Ausstellung „Besetzt“ im Wien Museum. Foto: eSeL.at.
http://farm6.staticflickr.com/5321/7088481871_976b465dc3_o.jpg

Abb. 3: Blick in Ausstellung „Besetzt“ im Wien Museum. Foto: eSeL.at.
http://farm6.staticflickr.com/5447/7088487131_2524b6a76a_o.jpg

Abb. 4: Besetzung „Epizentrum“ Wien.
http://epizentrum.noblogs.org/files/2011/10/SAM_7634.jpg



SARGFABRIK

SELBSTORGANISIERTES UND GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN

Dieses Orange steht seit mittlerweile 16 Jahren in Wien für gemeinschaftliche, selbstinitiierte Wohn- und Kulturprojekte.

Es ist die Fassadenfarbe der *Sargfabrik*, des österreichweit größten selbstverwalteten Wohn- und Kulturprojekts im 14. Wiener Gemeindebezirk. Gebaut 1996 folgte im Jahr 2000 in direkter Umgebung das Schwesterprojekt *Miss Sargfabrik*. Aktuell wird in Aspern an der dritten Auflage gearbeitet, die lange Zeit unter dem Namen *Orange 3* lief und jetzt als *LiSA - Leben in der Seestadt Aspern* umgesetzt wird.

Im Interview spricht Ute Fragner über ihre Erfahrungen als Mitinitiatorin der Sargfabrik und des WUK – dem Werkstätten- und Kulturhaus – eines der größten Kulturzentren Europas in der Wiener Währingerstraße.

Stefan Groh: Wie kam es zur Sargfabrik? Was waren die Ursachen und Wünsche in der Frühphase vor dem Bau 1996?

Ute Fragner: Die Gründung der Sargfabrik hängt für mich persönlich stark mit der Entstehung des WUK 1981 zusammen. Die Idee in Richtung Baugruppe, die Idee der Selbstverwaltung, war dadurch geprägt, Dinge selbst in die Hand zu nehmen und Freiräume zu schaffen. Räume zu schaffen, die nicht mit horrenden Kosten belegt sind, die Treff-, Versammlungs- und Kulturmöglichkeiten bieten; Räume zu schaffen, die beinhalten, dass sich Nachbarschaften bilden, dass in bestmöglicher Weise selbstbestimmt in einem bestimmten Raum und Rahmen agiert werden kann. Architektur kann ermöglichen, sie kann aber auch verhindern. Und die normalen Mietshäuser in Wien sind von ihrer Anlage her eher kommunikationshinderlich als -förderlich, wenn sie nicht wirklich so alt sind, dass man sich auf der Bassena trifft, was auch eine architektonische Kommunikationsmöglichkeit darstellt.

Wir sind damals alle aus politischen Hintergründen gekommen, die sich für Nachhaltigkeit eingesetzt haben, also aus der frühen ökologischen Bewegung. Wir haben uns eingesetzt für demokratische Grundsätze, selbstverantwortlich und damit auch im Stande Verantwortung für ein Kollektiv oder System zu übernehmen. Wenn man aber für sich und seine Kinder langfristig Verantwortung übernimmt, dann muss man sich um die Umwelt, um ein vernünftiges Wirtschaften und eine vernünftige Kommunikation kümmern, weil man sonst in Konflikten erstickt.

Im konkreten Fall der Sargfabrik geht die Verantwortungsübernahme über die Kernfamilie hinaus in den erweiterten Wohnkontext?

Genau. Es ist eben nötig Verantwortung zu übernehmen für sich selbst und das System in dem man lebt, wenn man langfristig gut leben will. Das hat einerseits das WUK getan, indem es gesagt hat, Kultur ist noch etwas anderes als die Volksoper. Es ist initiativ geworden und hat sich

schwerpunktmäßig für Kultur und sozialpolitische Belange eingesetzt. Es fehlten damals in Wien Plätze, an denen man sich treffen konnte, ohne in einem Lokal zu sitzen und konsumieren zu müssen. Plätze an denen man Veranstaltungen machen oder sich künstlerisch ausdrücken konnte. Das waren die Entstehungsmotive des WUK und es war immer klar, dass dort nicht gewohnt wird, denn das Wohnen als kurzfristiger persönlicher Nutzen hätte alles gesprengt.

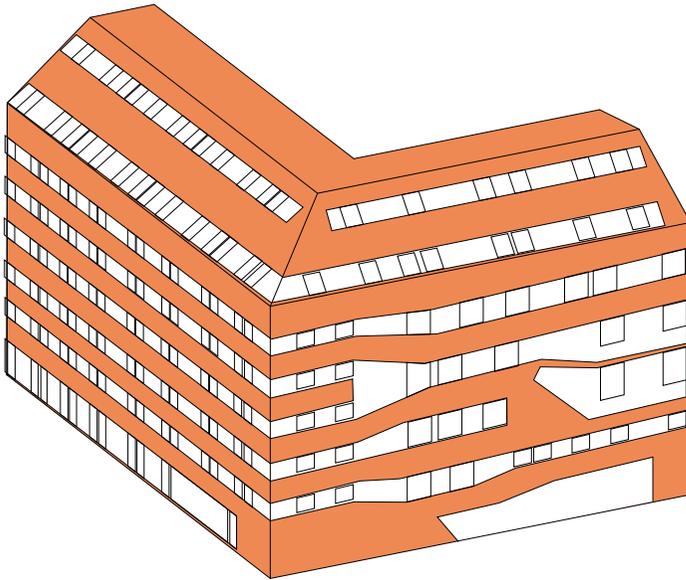
Aus dem heraus – das war meine Motivation - habe ich mir gedacht, da muss ich noch einen Schritt weiter gehen. Beim WUK kann ich von der öffentlichen Hand eine Förderung verlangen. Aber für das Wohnen ist, anders als für die Kultur, eigentlich nicht in erster Linie der Staat als Subventionsgeber zuständig. In der Ermöglichung schon, nicht aber in der Finanzierung. Politik hätte für mich da eher die Aufgabe, regulierend in einen Preiswettbewerb einzugreifen oder Starthilfe zu leisten, dass nicht alles dem freien Markt unterworfen ist, aber nicht die Finanzierung komplett zu übernehmen.

Die Motivation war damals, lebenswerten Wohnraum zu schaffen, der die Entwicklung einer eigenen Kultur eines Gemeinwesens beinhaltet.

Was wir schon damals nicht wollten, war eine kleine Gruppe, die sich irgendetwas richtet, sondern ein kleines System was durchaus ein Gesamtsystem abbildet, aber darin eigene Strukturen und eine eigene Kultur entwickelt.

Also ein offenes System, das sich nicht abkapselt?

Ja, das war die Triebfeder. Auch für Kinder ein lebenswertes Umfeld zu schaffen und für Menschen, die sich sonst eher am Rande bewegen. Wir haben uns damals konzentriert auf Flüchtlinge, Alte und Behinderte. In einem „normal“ gewachsenen Gesellschaftssystem sind diese Leute vorhanden und werden nicht ausgegrenzt.



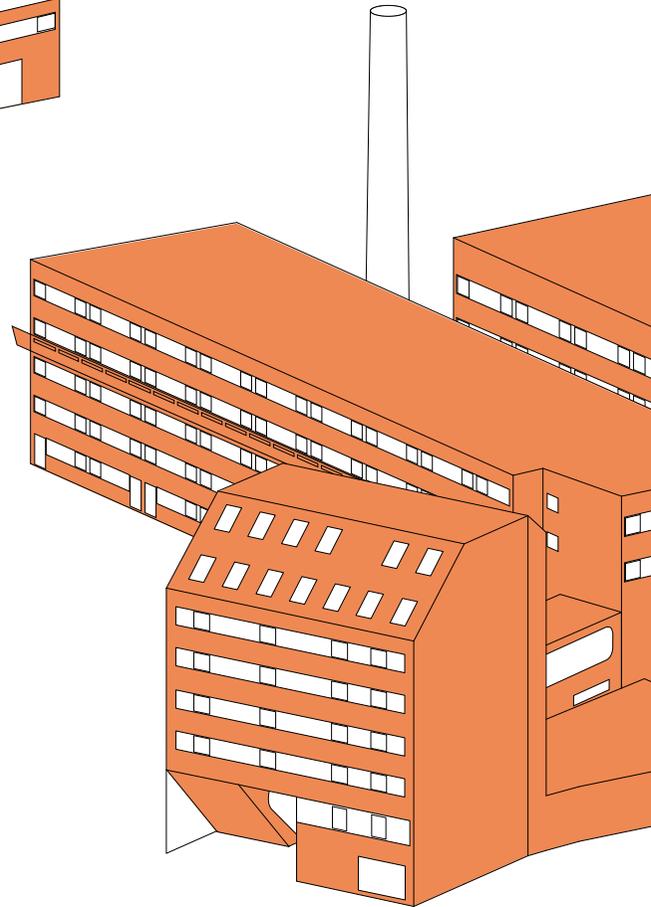
Die Mischung ist dann innerhalb der Gruppe diskutiert worden? Wie kommt man zu dem Punkt, festzulegen wie viele Wohnungen man speziell für Alte oder Behinderte braucht?

Wir haben nicht eine bestimmte Mischung oder ein Mischungsverhältnis elaboriert, das war eher ein Umkehrschluss. Von der Größe trauten wir uns ca. 100 Wohneinheiten zu. Das ist schon ein System, das in sich funktionieren kann und keine Gruppe in enger Beziehung. Einzelpersonen tun sich immer schwer, zwei Personen sind ein Paar, das ist auch noch nicht gut, also haben wir drei Wohneinheiten für Flüchtlinge reserviert, drei Wohneinheiten für Alte und drei Wohneinheiten für Behinderte. Das war für uns die kleinste praktikable Einheit, gleichzeitig auch eine, die wir finanziell gestemmt haben. Damals waren es 73 Wohneinheiten, neun davon für Sonderwohnformen reserviert. Alles aus eigener Kraft und mit eigenem Risiko finanziert. Das war einfach schon die Grenze von dem, was wir uns leisten konnten. Und wir hatten ein gutes Gefühl bei der Zusammensetzung.

Zwischen der Gründung des Vereins für integrative Lebensgestaltung und dem WUK gibt es also einen klaren Zusammenhang?

Für meinen Teil ja. Und mit mir waren es zwei, drei Andere, die einen ähnlichen Weg hatten. Dann gab es Menschen, mit denen wir uns vorher schon politisch getroffen haben. Eine Gruppe kannte sich seit 1979 aus dem Kontext eines Ökodorfes im Prater, einer Parallelkonferenz zur UNO Konferenz für Technik und Wissenschaft¹. Aus dem heraus sind dann auch Ideen entstanden, bezüglich gemeinsam Arbeiten - gemeinsam Wohnen.

¹ UNCSTD - Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung, Wien, 20. - 31.08.1979



Zu der Zeit hat es schon selbstverwaltete Betriebe gegeben, beispielsweise in Frankfurt eine kollektive Bäckerei. In Wien gab es die IGEF, das war, wenn ich mich recht erinnere, eine selbstverwaltete Tischlerei und in einigen größeren Städten auch noch andere selbstverwaltete Betriebe. Es gab schon Wohnprojekte, beispielsweise in Maria-Lanzendorf. In dem Ökodorf haben wir uns mit einer Technologiekritik befasst, die gleichzeitig Wachstumskritik war. Die Forderung nach Nachhaltigkeit ist immer auch Kritik an einem ungebremsten Wachstum. Wachstum ist

stellvertretend für das kapitalistische Prinzip, das nur funktioniert, wenn es permanent ausgebaut wird. Der Gedanke der Nachhaltigkeit beinhaltet den behutsamen Umgang mit Ressourcen, verantwortlich, behutsam, erneuerbar. Das war der inhaltliche Kontext. Und was den kulturellen Teil betrifft, haben sich einige Leute schon gekannt und gemeinsam das Rotstilzchen² betrieben. Das war die eine Gruppierung, die suchend unterwegs war und eine zweite kam aus der Ökologiebewegung, die schon zusammen in einer Wohngemeinschaft gelebt hat, dazu. Diese zwei Gruppen die ähnlich gesucht haben, haben fusioniert und das strahlt dann aus und findet weitere Personen, die sich anschließen.

Aktiv-Etwas-Tun und nicht im Leiden und Sudern verharren.

Mit den öffentlichen Zusatznutzungen bestimmt die Sargfabrik das Milieu des näheren Umfelds stark mit. Die untergebrachten Gemeinschaftseinrichtungen sind - in Tradition des kommunalen Wiener Wohnbaus - zu einem wichtigen Bestandteil für die Umgebung geworden. Mit Kinderhaus, Restaurant, Seminarräumen, Veranstaltungssaal und Bad existieren ca. 2000m² Gemeinschaftsfläche. Wie sehr übernimmt die Sargfabrik städtische Aufgaben? Wird das vergütet?

Die Entstehung dieser Gemeinschaftsräumlichkeiten ist einerseits aus dem erklärbar, was uns gefehlt hat und andererseits aus dem Mangel in der konkreten Umgebung. Wir sind angetreten, um Kulturveranstaltungen zu machen und haben uns die Frage gestellt, in welcher Größenordnung das sinnvoll ist, um es professionell zu betreiben und vernünftig etwas machen zu können. Das Lokal war wichtig für die Kommunikation, beim Badehaus haben wir uns mit verschiedenen Kulturen auseinandergesetzt, wo dies immer auch eine Möglichkeit der Reinigung, der



Abb. 2

Darauf folgte die aktive Suche nach einem Bauplatz, der groß genug ist? Das heißt die Gruppe existierte vor dem Bauplatz?

Ja genau. Triebfeder war die Unzufriedenheit mit den Miet- und Finanzverhältnissen.

Also die Abhängigkeit von dieser Eigentumsstruktur, hohe Mieten mit wenig Möglichkeiten. Dieser gewisse „Leidensdruck“ im Wohnsektor, dass es keinen Platz für eigenständige Kultur gegeben hat, keinen Platz und Möglichkeiten für politische Veranstaltungen, eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten, auch was den öffentlichen Raum betrifft, eine vorhandene Kinderfeindlichkeit und ein Ausgrenzungsdruck von Menschen, die eben nicht im Mainstream unterwegs sind. Also ein Wunschenken aus einem „Leidensdruck“ heraus, gepaart mit einem

Kultur und der Kommunikation darstellt, was uns inhaltlich sehr nahe war.

Das Kinderhaus ist sehr spät aus einem Mangel in der Umgebung entstanden. Eine Mitbewohnerin hatte damals ein einjähriges Kind und hat überlegt es bereits für den Kindergarten anzumelden. Sie hätte erst einen Platz bekommen, wenn das Kind sieben gewesen wäre. Das zeigte uns deutlich, dass hier etwas fehlte. Wir wollten einen Fehler vermeiden, den schon andere Wohngruppen gemacht haben, nämlich solche Einrichtungen so klein zu machen, dass sie nur für die Kinder des Projekts sind. Eine größer angelegte Gruppe macht für den Betrieb Sinn,

² Autonomes Stadtteilzentrum in der Margaretenstraße 99 im 5. Bezirk. Wurde 1990 geräumt.

weil es damit eine gewisse Schwungmasse bekommt, andererseits wissen wir, dass es in der Umgebung fehlte, also nicht nur uns, sondern auch anderen. Wir haben es bewusst so angelegt, dass es in etwa 25% des aktuellen Bedarfs des Wohnprojekts abdeckt. Dies schien uns ein gutes Verhältnis zu sein.

Viele von uns hatten Erfahrungen mit Kindergruppen, die es etwa auch im WUK gab. Sie sind auch aus einer Unzufriedenheit mit den öffentlichen Einrichtungen heraus entstanden. Neben zu vielen Kindern, wurde aus unserer Sicht nicht mit der entsprechenden pädagogischen Qualität gearbeitet. Wir wussten also, wie Kindergruppen auf kleinteiliger Basis bestehen und wollten eine Einrichtung, die auf ähnlichen Grundsätzen funktioniert, aber soweit dauerhaft und professionalisiert ist, dass wir auch jeden mit einbeziehen können. Unabhängig von Status und Bildungsbewusstsein.

Es zieht sich wie ein roter Faden hindurch, dass wir in dieser Stufe der Sargfabrik versucht haben, die Bewegungen, die es damals schon gegeben hat ein Stück weit zu professionalisieren.

So war die Kritik beispielsweise an den Kindergruppen immer die, dass es etwas Elitäres ist. Also dass man das Bewusstsein und das Geld haben muss, auch entsprechend selbstbewusst auftreten muss, um es selbst organisieren zu können. In der Sargfabrik haben wir aber den nächsten Schritt versucht, dass es Eltern in der näheren Umgebung anspricht, ohne dass diese sich mit den pädagogischen Konzepten zwingend auseinandersetzen mussten. Gleichzeitig hatte es für uns den Vorteil, dass wir durch die Einbeziehung oder die Funktionalität für das Umfeld nicht die Outcasts waren. Als wir die Bautafel mit der Aufschrift „Verein für integrative Lebensgestaltung“ aufgestellt haben, wurde mit verschiedenen Vorurteilen in der Umgebung sofort assoziiert, dass die Eigentumswohnung ums Eck weniger wert sein wird. Dass „nackerte Neger am Dach Posaune spielen“, das war der Ausdruck der Befürchtungen, was auf sie zukommen könnte.

So sind die Zusatzeinrichtungen auch irgendwie als trojanische Pferde zu verstehen, um in das Viertel integriert zu werden? Und gleichzeitig sorgen sie für einen Wechsel und Bewegung in der Struktur?

Ja, nützlich zu sein und etwas ins Viertel zu bringen. Und darüber hinaus eine vernünftige Schwungmasse zu haben. Einrichtungen, die man vernünftig ökonomisch betreiben kann und sich nicht abkapselt zu einer Sekte nach dem Motto „Wir lassen niemanden rein“. Für uns ist das ganz wichtig, diese Durchlässigkeit und die Auseinandersetzung damit. Sonst entstehen sofort diese Neidgeschichten. Wir haben mit den selben Fördermitteln gearbeitet wie nebenan andere Bauträger und haben dabei etwas

ganz anderes hingestellt. Da gibt es natürlich sofort Fantasien.

Das heißt, es war von Anfang an klar, dass die Sargfabrik aktiver Teil der Stadt sein will? Wie verhält es sich bei dem zweiten Projekt, der Miss Sargfabrik, denn da sind die Gemeinschaftsflächen mit Bibliothek, Klubraum und Waschküche am Dach durchwegs interner.

Sargfabrik und Miss Sargfabrik ist ein Projekt. Man hat sehr schnell gesehen, dass diese vielen Gemeinschaftsflächen ein größeres System aushalten.

Also ein interner Wachstumsprozess.

Ja, sie vertragen mehr BewohnerInnen. Es gab darüber hinaus sehr viele Anfragen von Leuten, die gerne mitmachen wollten. Und gleichzeitig hat man gesehen was fehlt, beispielsweise kleinteiligere Wohnmöglichkeiten oder eine Gemeinschaftsküche als Zwischenform zwischen Restaurant und Einzelwohneinheiten, um sich zu treffen und selbstorganisiert füreinander zu kochen. Diese kleineren Wohneinheiten brauchen noch mehr an Gemeinschaftsfläche. Größere Wohnungen oder Wohnverbände wie Wohngemeinschaften brauchen diese Gemeinschaftsküche außerhalb nicht. Ich wohne beispielsweise in einer Wohngemeinschaft mit weiteren zehn Personen. Wenn ich koche, dann immer für 15 Leute. Wenn man aber alleine oder in einer Kleinfamilie lebt und Besuch bekommt, dann macht das durchaus Sinn, dass man eine Küche hat in der man für 10, 12 oder auch 20 Leute kochen kann. Das andere ist das private selbstorganisierte Zusammenkommen und gemeinsame Tun, was eine Funktion war, die die Küche sehr schnell übernommen hat, dass es Kochevents gegeben hat, oder dass sich die Mütter mit kleinen Kindern zusammen geschlossen haben, um zumindest zweimal die Woche gemeinsam zu kochen und sich dadurch zu entlasten.

Dies alles durch die Bereitstellung eines Möglichkeitsraums?

Ja und dieser ist wandelbar. Sobald die Kinder in der Schule waren, hat sich das aufgehört. Ein Vorteil der Größe ist auch, dass sich dann andere Dinge entwickeln können. Es kann dann irgendwann mal das Seniorenkochen sein, dass sich die Älteren, die in Pension sind, zusammentun. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, die sich da auftun, auch über die Lebensphasen hinweg.

Gab es konkrete Wünsche seitens der Stadt Wien für den Bereich der Baugruppen in Aspern bezüglich Zusatzangeboten für die nähere Umgebung?

Historisch gesehen gab es in Wien den Wohnbund, der von der Stadtentwicklung beauftragt war, Service- und Supportleistungen für selbstorganisiertes Wohnen und Mitbestimmungsprojekte zu bieten.

Ein ‚Überbleibsel‘ ist heute noch Raimund Gutmann mit wohnbund:consult. Über die Wiener Wohnbauforschung gab es ein kleines Büro, bereits mit dem Anspruch, Wohngruppen zu unterstützen. Nach der Errichtung der Sargfabrik gab es viele Nachfragen, etwa von Gruppen, die Informationen und Unterstützung für ähnliche Projekte angefragt haben. Robert Korab, Rainer Tietel und ich haben daraufhin den Verein Sargfabrik Wohnprojekte gegründet, um einerseits das System Sargfabrik, den Verein für integrative Lebensgestaltung, nicht immer damit zu belästigen und andererseits die Erfahrungen im Communitybuilding und in der Projektentwicklung weiter zu geben. So haben wir unterschiedliche Projekte entwickelt, etwa die Stadt des Kindes gemeinsam mit einer alten bodenständigen und renommierten Genossenschaft, Altmannsdorf und Hetzendorf. Wir haben ein Konzept für die Nachnutzung eingereicht, was für gut befunden wurde. Den Zuschlag hat aber ARWAG/Mischek bekommen, da wir finanziell nicht mithalten konnten. Auch die anderen Gruppen, die sich an uns gewendet haben, hatten entweder kein Objekt, oder die Objekte waren zu teuer.

Gleichzeitig gibt es nach wie vor eine Liste von 400 interessierten Personen für Wohnen in der Sargfabrik. Wie wir gehört haben, dass da ein Baufeld ausgeschrieben ist, haben wir die Interessenten zusammen getrommelt, um eine Einreichung nach dem Prinzip Sargfabrik zu machen. Wir wussten, dass wir nicht die geforderte Anzahl an verbindlichen Zusagen haben, aber das Know-how und diese Interessenslisten. Wir haben eingereicht, auch immer mit dem Anspruch, diese Gruppe in die Selbstständigkeit zu entlassen, sobald sie funktioniert, anstatt die Häuser wie beispielsweise B.R.O.T.³ als eine Art Holding zu halten. Wir wollten nicht den Stempel Sargfabrik auf Allem, sondern Anschubhilfe leisten, weil wir gesehen haben es gibt den Bedarf, es scheitert nur immer an den Rahmenbedingungen. Zudem hat sich ein oder zwei Jahre vorher die *Initiative für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen*⁴ gegründet und da gab es ein Stück weit eine Renaissance dieses Baugruppen-Gedankens. Weiters hatte ich das Gefühl, dass in der Stadtentwicklung eine Erkenntnis gereift ist, die es aus anderen Städten gibt. So hat die MA19 Studien in Auftrag gegeben, mit dem Ergebnis, dass sich der Wert eines Stadtteils hebt, wenn sich dort Kulturinitiativen angesiedelt haben. In Berlin führt dies bisweilen zu einer Gegenbewegung. Künstlerinnen und Künstler kämpfen dagegen an, dass sie sich die Mieten, die durch ihre Aufwertung entstanden sind, nicht mehr leisten können und rausfliegen. Diese Art einer Kapitalisierung

3 Abkürzung für „Beten“, „Reden“, „Offensein“ und „Teilen“. Der Verband B.R.O.T. umfasst aktuell 3 gemeinschaftliche Wohnprojekte und eines in Aspern in Planung. <http://www.brot-verband.at>.

4 Vgl. <http://gemeinsam-bauen-wohnen.org>.

über Kulturinitiativen ist also schon einer Kritik unterworfen. Aber die Erkenntnis ist gereift, dass das einen Mehrwert für die Stadt generiert. Man sieht es in Wien ja etwa am Brunnenmarkt, dieses pulsierende städtische Leben hat eine ganz hohe Attraktivität, wenn Künstler dahin ziehen und wenn über Sozialinitiativen bestimmter Brennstoff auch herausgenommen ist. Die Stadt Wien hat diesen Mehrwert für Aspern erkannt. Dies zeigt sich etwa bei der Frage in der Ausschreibung, wie die Baugruppe über das eigene Projekt und das Baufeld in das Quartier hineinwirken kann. Mit dem *Kabelwerk*⁵ wurden schon sehr gute Erfahrungen mit Partizipationsverfahren und Bürgerbeteiligung gesammelt. Herbert Buchner, der ja auch ein Motor dieser Bürgerbeteiligungsverfahren war, hat in mehreren Gesprächen bestätigt, dass es bei den Bauverhandlungen keine Anrainereinsprüche gab. Das ist dann ein Mehrwert, denn diese Anrainereinsprüche kosten den Bauverfahren oft unendlich viel Zeit und damit Geld. Wenn ich schon nicht ideologisch von Partizipation überzeugt bin, bin ich es zumindest ab dem Zeitpunkt, wo ich mir Einsprüche und damit Verzögerungen erspare.

Die Sargfabrik hat das Gebiet extrem aufgewertet. Es gibt in der Nachbarschaft Bauträger, die mit Sargfabriknähe werben.

Das heißt, wir sind eigentlich auch zu unserem eigenen Feind geworden. Wir haben die Gegend attraktiv gemacht und haben damit die Preise in unserer Umgebung in die Höhe getrieben. Eine Initiative und engagierte Menschen können etwas in Bewegung bringen, das scheint auch ein Gedanke in Aspern zu sein, zu versuchen solche engagierte Menschen dorthin zu locken. Darauf deuten die Zwischennutzungen, die sie draußen machen, hin und die Nachhaltigkeitsprojekte, bei denen auch AMS Kurse angeboten werden oder das Kulturprogramm von Daniel Aschwanden. Bewusst wird ein bestimmtes Publikum angezogen. Für alle Beteiligten entsteht eine Win-Win Situation, durch den Lernprozess und den Versuch auch ein Stück Qualität hineinzubringen. Das war für uns ein Ansporn, weil wir immer günstige Objekte für solche Gruppen von der Stadt gefordert haben. Diese haben nie eine Chance zu einem Objekt zu kommen, wenn sie in Konkurrenz zu großen Bauträgern stehen. Auch die ganzen gemeinnützigen Genossenschaften haben eine Bauverpflichtung, das heißt sie kaufen Grundstücke aus ihrer Unternehmenslogik heraus. Das treibt die Preise dermaßen in die Höhe, dass es Baugruppen in Konsequenz nicht möglich ist, ein Grundstück zu kaufen, das den Kriterien der Wohnbauförderung entspricht, weil die Angemessenheit des Grundpreises ausschlaggebend ist. Das heißt, wenn zuviel für das Grundstück bezahlt wurde, bekommt man keine Förderungen mehr, um eben nicht die Spekulation zu

5 Vgl. <http://www.kabelwerk.at>.

unterstützen.

Das wäre dann die Aufgabe der Politik, entweder Objekte oder Grundstücke aus dem Wettbewerb herauszunehmen und sie zu den Preisen, die sie für die Gewährung einer Förderung als angemessen erhalten, zur Verfügung zu stellen.

Solange ich dies dem Markt überlasse, kommen Baugruppen oder selbstverwaltete, selbstinitiierte Gruppen nicht mehr zum Zug, da man nur noch frei finanziert bauen kann, was für Baugruppen nicht möglich ist.

Das erinnert an die Strategie in Tübingen. Dort wurden die Grundstücke zu marktüblichen Preisen an Gruppen mit dem besten Konzept, nicht nach dem Höchstbieterverfahren vergeben. Aber gab es in Aspern von der Stadt Wien Wünsche bezüglich der Auswahl an Zusatznutzen? Oder vertraut die Stadt Wien da auf die Baugruppen in der Auswahl und in Entwicklung städtischen Lebens?

Es gibt Vorschriften für die Gewerbezone. Gewerbeflächen müssen zu einem bestimmten Preis der Agentur, die diese dann vergibt, zur Verfügung gestellt werden. Das Baufeld für LISA liegt relativ am Rand dieser Zone, daher haben wir nur noch eine geringe Verpflichtung. Die Agentur argumentiert, dass einem Blumengeschäft natürlich nicht so hohe Mieten abverlangt werden können wie einer Apotheke. Durch den gemittelten Preis hat sie die Möglichkeit der Preisgestaltung, um für eine gute Durchmischung zu sorgen, was ich für sehr vernünftig halte. Aber grundsätzlich gab es Anforderungen an Ökologie; man muss Möglichkeiten für Alternativenergie vorsehen, auch die Förderrichtlinien haben diesbezüglich sehr strenge Kriterien. Gewünscht wurde eine Zusammenarbeit beim gemeinsamen Grünraum. In den Konzepten war gefragt, wie die Baugruppen in das Quartier hinein wirken können und wollen. Die Forderung, was zu leisten sei, ist nicht aktiv gekommen, sondern umgekehrt die Frage, was man sich vorstellen kann. Aber dies stellt ja gleichzeitig auch eine Chance dar.

In dem ursprünglichen Bau der Sargfabrik gibt es in den Wohnungen mit den Grundboxen und deren Erweiterungsmöglichkeiten relativ freie Grundrisse und damit Spielraum für individuelle Lösungen. Wie wichtig war es, den BewohnerInnen auch hier Entscheidungen zu überlassen?

Wir haben uns für eine serielle Modularität entschieden und die kleinste funktionierende Einheit und Additionsmöglichkeiten definiert. Wir haben versucht, mit diesem modularen System, auf sich wandelnde Lebensbedürfnisse zu reagieren. So steigt man als Einzelperson ein, verliebt sich, lebt zusammen oder gründet eine Wohngemeinschaft. Bis die Kinder wieder aus dem Haus gehen oder sich die

Wohngemeinschaft wieder auflöst. Gleichzeitig haben wir damit vermieden, dass sich Leute Wohnraum auf den Leib geschneidert haben. Die das wollten, das waren auch die Ersten, die wieder ausgestiegen waren und der Verein wäre mit diesen Speziallösungen dagestanden. Das haben wir auch bei anderen Wohngruppen sehr stark erlebt und genau das wollten wir nicht. So haben wir die Wohnungsvergabe relativ spät gemacht und versucht, uns darum zu kümmern, dass alle Wohneinheiten eine gute Qualität haben.

Wir setzen uns damit auseinander und wissen, dass sich unsere Lebensumstände ändern werden, positiv oder negativ, wie auch immer.

Da steckt also auch die Idee dahinter, dass erst das große System funktionieren muss, bevor die individuellen Wünsche befriedigt werden.

Ja, es gab genug individuellen Spielraum, wir haben versucht, die Hülle möglichst gut zu errichten, dann kann man im Inneren individuell ausgestalten.

Das entspricht auch der ursprünglichen architektonischen Idee, die alte Fabrik mit den Außenmauern zu behalten und die neue Struktur im Innenausbau zu errichten. Denn da wäre man ähnlich eingeschränkt gewesen in den individuellen Lösungen.

Man hatte sich ja schon mit dem Prinzip der hohen Räume und Zwischenebenen auseinander gesetzt und damit auch ein spannendes architektonisches Konzept, bei dem man mit den Traktiefen anders umgehen konnte.

Wir wollten etwas hinstellen, was nicht nur jetzt passt, sondern auch in 10 oder 20 oder 30 Jahren.

Wenn man sich anschaut, was da passieren kann, dann macht das natürlich Sinn.

Ein Zitat: „Urbanität im 21. Jahrhundert bedeutet, dass sich die Bewohner mit ihrer Stadt identifizieren, sich hier wohlfühlen und bereit sind, die weitere Entwicklung der Stadt und des Wohnquartiers verantwortlich mitzugestalten.“⁶ Können sie das unterschreiben?

Mitgestalten halte ich für ein Grundbedürfnis. Das Gegenteil von Mitgestalten ist Über-Sich-Ergehen-Lassen.

Und das ist immer etwas, was ohnmächtig macht. Die Fremdbestimmung durch unbeeinflussbare Bedingungen, führt ganz oft zu Vandalismus. Wenn man in all diese Siedlungen geht, sieht man, was sich da alles in einem Bereich, der

⁶ Franziska Eidner und Kristien Ring, „auf.einander.bauen – Baugruppen als Zukunftsmodell für den Lebens(t)raum Stadt,“ http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pndonliner_2008_eidner_ring.pdf

noch beeinflussbar ist, ausdrückt. Ob das jetzt das Bemalen oder Markieren von Wänden oder Graffiti sind. Es ist ein Grundbedürfnis von jedem Menschen, sich irgendwo zu betätigen, irgendwo sich selbst wiederzufinden. Und es ist auch etwas Urpölitisches. Sobald ich in der Ohnmacht bin, bin ich gefährdet für rassistisches Gedankengut oder für Gewalt. Aus der Ohnmacht heraus kann ich nicht gut agieren. Sobald ich aber mitgestalten kann, bin ich in einem demokratischen Prinzip. Darum ist auch die Politik gut beraten, den mündigen Bürger zu ermöglichen. Man kann ihn nicht machen, sondern nur Rahmenbedingungen geben, in denen er beziehungsweise sie sich entwickeln kann. Mitgestalten heißt Mitverantwortung übernehmen. Nicht nur irgendwann das Händchen zu heben, sondern auch wirklich etwas zu tun. Und damit schaffe ich Lebensqualität. Bei uns sind die Genossenschaften angestanden und wollten wissen, wie wir das schaffen, dass es so wenig Vandalismus gibt, dass die Leute so sorgsam mit den Sachen umgehen. Das ist auch etwas Ökonomisches, ich muss die Sachen nicht so häufig erneuern. Eine andere Frage einer Genossenschaftlerin war einmal: „Wie geht ihr mit dem wachsenden Sicherheitsbedürfnis um? Was habt ihr für Sicherheitsvorkehrungen?“. Meine Antwort war: „Das ist ganz einfach, wir machen auf.“ Wir bauen keine Mauern, um uns zu schützen. Ich sehe wer kommt, dann fragt man auch einmal, ob man helfen kann. Wer hereinkommt fühlt sich wahrgenommen. Und das ist die größte Sicherheit, die wir in einer Stadt haben können. Dieses Wegschauen birgt Gefahr und von daher verhält sich das mit dem Mitgestalten wie mit Henne und Ei. Natürlich unterschreibe ich, dass das Urbanität ist. Denn die Urbanität, die Anonymität heißt, ist kalt, leblos und fördert Gewalt.

Das zweite, etwas provokante Zitat stammt von Christian Schöningh und bezieht sich auf Berlin: „Der neue soziale Wohnungsbau sind Baugruppen. In Sozialwohnungsbauten entsteht kein Zusammengehörigkeitsgefühl.“⁷

Ich will das nicht so hochstilisieren. Baugruppen sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Es ist eine Möglichkeit, aber ich kann mir genau so gut vorstellen, dass sich einem Genossenschaftsbau Strukturen eines gemeinschaftlichen Miteinanders entwickeln. Eine Baugruppe hat natürlich den Vorteil, dass ich mich mit der Zukunft, mit meinen Bedürfnissen oder denen meiner Kinder in 10 Jahren auseinandersetzen kann und dass ich Entscheidungen treffe, was ich für diese Zukunft investiere. Ein Bauträger schaut, dass er relativ geringe Errichtungskosten hat, die laufenden Kosten interessieren ihn nur noch im

Verwertungszusammenhang. Als Bauherr aber kann ich anfangs etwas drauflegen und habe dafür niedrige laufende Kosten und spare über die nächsten 20 Jahre so und soviel Geld. Das kann ich beeinflussen. Ich muss dazu nicht Baugruppe sagen, aber es ist gut, wenn ich als späterer Nutzer zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in Entscheidungen eingebunden bin. Das kann jede Genossenschaft machen. Es ist lediglich eine Frage der rechtlichen Grundlagen, da nach dem Bauträgervertragsgesetz erst ab einem bestimmten Zeitpunkt von den zukünftigen Mietern Geld verlangt werden darf. Von daher muss man vielleicht noch an finanzrechtlichen Schrauben drehen, dass es eher möglich wird, spätere potentielle Nutzer in einen Entscheidungsprozess miteinzubeziehen. Auch kann es manchen schlichtweg zu blöd sein, über jedes Detail zu diskutieren und ich kann mir vorstellen, dass man in ein gut durchdachtes Gebäude auch einziehen kann, wenn man nicht in einer Baugruppe war. Aber es kommen halt einfach viel mehr an Ideen, es werden individuelle Spinnereien relativ schnell in Frage gestellt, es entsteht ein soziales Gefüge über die Auseinandersetzung mit diesen Themen, das ist schon richtig, aber das kann ich auch in anderen Kontexten herstellen. Baugruppen ersetzen nicht den Standardwohnungsbau, sie können Wegweiser sein, Impulse setzen, es kann für bestimmte Menschen gut sein, andere haben überhaupt kein Interesse sich damit auseinander zu setzen. Es ist eine Art des Vordenkens, vielleicht auch eine Avantgarde oder ein Impuls.

Bei vielen anderen Baugruppen gibt es ein gemeinsames Thema. Etwa religiöse Wohngemeinschaften wie B.R.O.T, oder reine Frauenwohnprojekte wie [ro*sa]⁸. Oder aber es gibt bewusst kein Thema, also reine Zweckgemeinschaften zum Erlangen von Wohneigentum. Ist die „soziale Durchmischung“ bzw. die „integrative Lebensgestaltung“ das gemeinsame Thema der Sargfabrik?

Sargfabrik hat ein Thema. So lauten auch die drei Schlagworte: Wohnen, Kultur, Integration. Robert Temel hat in seiner Arbeit über Baugruppen-Charaktere gesprochen. So gibt es die Variante, sich an einem Ort festzumachen, um den sich eine Gruppe bildet, oder eben das Thema. Da kann es ganz unterschiedliche Impulse geben. Und jeder dieser Ansätze hat eine bestimmte Dynamik. Als Negativbeispiel sehe ich jetzt in Aspern, dass der Ort auch abschreckend sein kann. Ein ähnliches Projekt mit den gleichen Inhalten in Penzing oder in Margareten oder sonst wo, wäre sicher schnell gefüllt. In Aspern aber gibt es eine Negativauslese aufgrund der Entfernung zum Stadtkern und der Ungewissheit in der Entwicklung. Man kann sich

7 Vgl. Jonas Viering, „Die Schweine-Investoren sind wir“, *die Zeit*, 27.12.2007, <http://www.zeit.de/2008/01/Baugruppen>.

8 Das Wohnprojekt [ro*sa] ist ein von Frauen autonom initiiertes und durchgeführtes Wohnprojekt in Wien, Donaustadt.

nichts vorstellen, man ist abhängig von sehr vielen Faktoren, die man weder spüren, noch absehen kann. Aber es ist sicher wichtig, bestimmte Parameter einmal festzumachen, um von der Beliebigkeit wegzukommen. Diese Parameter können Themen sein, können aber auch Prozesse oder Rahmenbedingungen sein, wie etwa günstigen Wohnraum herzustellen oder unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten zuzulassen. Baugruppen funktionieren nicht nach dem Motto „Ich brauch ein Dach über dem Kopf zum Wohnen“ wie bei einer Genossenschaft. Da wird Wohnraum errichtet und befüllt, je nachdem wer halt kommt. Da brauch ich dann neben dem Wohnen kein Thema. Vielleicht kann man dann noch schauen, ob die Wohnung gut liegt, ob die öffentliche Anbindung passt, das sind dann meine eigenen Kriterien, aber nicht die der Gemeinschaft der dort Wohnenden, die noch zusätzliche Ansprüche hat. Für Baugruppen hingegen sind die Themen wichtig und schaffen Identität.

Aus verschiedenen ähnlich gelagerten Projekten (so etwa ExRotaprint, Stichwort Erbbaurecht) ist eine Abkehr vom persönlichen Raum-Eigentum hin zu Gemeinschaftseigentum/Vereinseigentum zu sehen. Auch die Wohnungen der Sargfabrik gehören dem Verein, nicht den BewohnerInnen. Ist das ein essentieller Punkt, um nicht nach ein paar Jahren Aussteiger zu haben, die das Projekt kippen lassen können?

Ich halte das für einen sehr wesentlichen Faktor für ein solches Projekt. Wenn ich mich aus irgend einem Grund verabschiede, dann schaue ich hinaus und nicht, dass es den Zurückbleibenden möglichst gut geht. Egal ob ich im Positiven oder Negativen aussteige, ist mir das nicht wichtig, dass mein Nachfolger in die Gruppe passt. Da muss sich das System darum kümmern und es ist gut, wenn das zu vereinbarten Bedingungen passiert. Ich glaube, dass es jedem System gut tut, auch leicht aussteigen zu können. Weil dann nur die drinnen bleiben, die wirklich gern dort sind. Wenn ich irgendwo bleibe, nur weil ich Geld reingesteckt habe und ich mir nach dem Ausstieg nichts Vergleichbares mehr leisten kann, dann bleibe ich drin. Das ist nicht förderlich für das Gemeinwohl dieses Gefüges. Kollektives Eigentum heißt, dass ich die Identifikation habe, da ich ein Teil des Ganzen bin, jedoch nicht die Dynamik, dass ich alles was sich ringsherum abspielt implizit mit den Augen beobachte, was das für Auswirkungen für den Wert meines individuellen Besitzes hat. So waren die Haupteinsprüche bei der Bauverhandlung, von Besitzern von Eigentumswohnungen aus der Nachbarschaft, dass der neue Bau den Wert ihrer Wohnungen möglicherweise mindern könnte. Sie beobachten das Umfeld unter der möglichen Wertbeeinträchtigung des eigenen Eigentums. Und philosophisch betrachtet, heißt Eigentum ja uneingeschränkte Verfügbarkeit.

Das ist dann die Balance beim kollektiven Eigentum, dass ich ein bisschen eingeschränkt bin in der uneingeschränkten Verfügbarkeit, aber Teil des Eigentümers und damit mit in der Entscheidung eingebunden bin.

Und ich halte diese Balance für eine gute.

So hat man also die Sicherheit einer Eigentumswohnung, man kann gestalten wie in einer Eigentumswohnung, ohne aber dem psychischen Druck, ständig an den Wert und einen möglichen Verkauf zu denken.

Mehr oder weniger, ja. Bei der Mietnutzung lebt man an dem Ort für eine bestimmte Zeit, aber wohnt das einfach ab, weil es ja jemand anderem gehört. Wenn es mir aber ein Stück weit zumindest gehört, dann trage ich dafür auch Verantwortung. Ich kann auch in der Sargfabrik nicht alles machen, was ich will. Wenn ich an der Fassade oder etwas Grundsätzliches verändere muss ich den Verein fragen. Alles was wieder entfernbare ist, kann man natürlich machen.

Abschließend noch eine Frage zur aktuellen Situation von Baugruppen in Österreich: Baugruppen werden heute fast nur noch zusammen mit Bauträgern durchgeführt, so etwa in Aspern und im Sonnwendviertel am neuen Hauptbahnhof. Werden da Möglichkeiten der Kostenreduktion und des Experimentierens wieder essentiell verringert?

Die einzige Gruppe, die ohne Bauträger arbeitet, ist LiSA. Es wird sich zeigen, ob das in Aspern möglich ist. Bezüglich der Kosten und Experimentiermöglichkeiten gibt es natürlich eine Bandbreite. Wenn man alles selber macht, hat man maximalen Entscheidungsspielraum mit maximalem Risiko. Je mehr ich Bauträger mit einschalte, vermindert sich beides. Das Risiko und damit auch die Gestaltungsmöglichkeit. Das wird auch immer in den Baugruppen diskutiert. Es gibt auch einzelne Leute, die aus LiSA aufgrund des relativ hohen Risikos ausgestiegen sind und jetzt in einer anderen Baugruppe mitmachen. Da gibt es einen Bauträger der dahinter steht, eventuell nicht soviel Mitbestimmungsmöglichkeit, obwohl die sich bestimmt auch gute Konditionen ausgehandelt haben. Gleichzeitig ist es auch eine finanzielle Geschichte. Ein Bauträger macht das nicht umsonst. Vielleicht macht er Dinge ein Stück weit effizienter als eine Baugruppe, oder die Baugruppe muss es intern auch irgendwie organisieren, dass sie diese Leistungen einbringt. Dann wird es in Summe nicht recht viel billiger. Das sind alles Dinge, die man diskutieren kann. Aber vom Grundprinzip her gilt, je mehr Selbstbestimmung, desto mehr eigenes Risiko. Beides, also maximale Sicherheit und maximale Mitbestimmung kann ich nicht haben. Aber man kann sich gut absichern, etwa durch eine gute Beratung oder durch eine gute interne

Zusammensetzung. Es gibt ja durchaus genug Know-how in diesem Bereich. Auch ein Einfamilienhaus zu bauen, birgt ein gewisses Risiko.

Was ich auch immer gerne den Baugruppen sage, ist, dass man während der Bauphase so auf diese fixiert ist. Die Fertigstellung ist aber erst der Anfang. Man antizipiert sehr viel, was nachher passieren soll, das Leben dort beginnt aber erst mit dem fertigen Bau. Und alle Möglichkeitsräume, die man geschaffen hat, gilt es nachher zu füllen. Und das ist das Spannende.

Der Bau ist immer nur Mittel zum Zweck und dann geht es los.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Eiblmayr, Judith. „Miss Sargfabrik.“ *Bauwelt* 25 (2001): 32-35.
- Elser, Oliver und Michael Rieper, Hrsg. Künstlerhaus Wien. *Wohnmodelle. Experiment und Alltag*. Berlin: Revolver, 2010.
- Falter Special. „10 Jahre Sargfabrik.“ *falter* 39 (2006). http://www.sargfabrik.at/pics/Presseinfos/2006_10_Falter-Beilage.pdf.
- Fragner, Ute. Interview von Stefan Groh, 06.09.2012.
- Lootsma, Bart, Andreas Ruby und Ilka Ruby: *BKK-3*. 2G 36. Barcelona: Gustavo Gili, 2006.
- Redaktion werk, bauen + wohnen. „Kommunitarismus als Wohnlandschaft.“ *werk, bauen + wohnen* 10 (2001): 27-33.
- Sargfabrik – Verein für Integrative Lebensgestaltung. „Österreichs größtes selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt.“ <http://www.sargfabrik.at/pics/Presseinfos/Praesentationsfolder.pdf>.
- Santifaller, Enrico. „Wiener Orange.“ *DBZ* 1 (2003): 56-63.
- Viering, Jonas. „Die Schweine-Investoren sind wir.“ *die Zeit*, 27.12.2007. <http://www.zeit.de/2008/01/Baugruppen>.
- Waechter-Böhm, Liesbeth. „BKK-2 Die nicht-alltägliche Qualität des Wohnens.“ *ARCHITEKTUR aktuell* 195 (1996): 44-61.
- Winter, Johnny. „Mitbestimmung und Design – Kollektive Ansprüche und architektonische Angebote in der Wiener ‚Sargfabrik‘.“ In *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, Hrsg. Jesko Fezer und Matthias Heyden, 187-194. Berlin: b_books, 2004.
- Wurmdobler, Christopher. „30 Jahre soziales Experiment: Das Wiener Werkstätten- und Kulturhaus feiert Jubiläum.“ *falter* 39 (2011). <http://www.falter.at/falter/2011/09/27/wuk-fuer-immer>.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

Abb. 1: Fassade Sargfabrik.
Foto: Stefan Groh

Abb. 2: Axometrie Sargfabrik.
Grafik: Stefan Groh



Abb. 1

AMATEURE, LAIEN, DILETTANTEN

Die Zukunft des Architekten



Stadtplanung wurde traditionell als planvolle Intervention in die räumliche Entwicklung der Stadt verstanden und gelehrt. Staatliche und kommunale Institutionen waren damit betraut, die zugrunde liegenden Planungskonzepte zu erstellen und die Durchführung zu steuern; somit bildeten sie „das Zentrum dieses ‚Weltbildes‘ – alle anderen Akteure waren lediglich ‚Adressaten‘ staatlichen Handelns.“¹ Betrachtet man das vorherrschende Berufsbild und die Vorstellungen über das Tätigkeitsfeld der ArchitektInnen, so werden diese oft auf Gestaltung und Konstruktion reduziert. Gerade StararchitektInnen werden in der medialen und öffentlichen Auffassung diesbezüglich charakterisiert, eine visionäre Idee und ein einzigartiges Werk umzusetzen, ein Gebäude bzw. einen Stadtteil am Zeichentisch funktional und ästhetisch zu entwerfen und die künstlerische Umsetzung zu überwachen. Je nach Ansicht erscheint Architektur als

rein technologische Meisterleistung oder fantastische Formproduktion eines einzelnen Schöpfers.

Diese heroischen Gesten der PlanerInnen werden jedoch nach und nach seltener, da sich gerade die Art und Weise, wie Stadt zu planen ist verändert und viel dialogischer wird. Die aktuelle Generation an ArchitektInnen ist entsprechend der Gesellschaft sehr pluralistisch in ihrer Ausdrucksform und Architektursprache, jedoch lässt sich langsam eine Abkehr von einer formalistischen und repräsentativen Stararchitektur – eines oftmals rein marken- und medienbasierten Produkts – und ein erstarktes Interesse am politischen, sozialen und urbanen Kontext erkennen.² Markus Miessen führt diese Abkehr vom traditionellen Bild des Architekten in seinem Essay *Spatial Practices In The Margin Of Opportunity* einerseits auf eine Enttäuschung hinsichtlich der vorangegangenen Avantgarde zurück, die im Establishment angekommen, rein formale und selbstreferentielle Markenarchitekturen schaffen³, andererseits auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Realitäten, auf die diese Generation eine Antwort abseits formaler Konzepte und einer reinen Bildproduktion sucht.⁴ Denn trotz einer selten so breiten medialen Präsenz von Architektur, breiten sich gleichzeitig Sorgen über die realen Einflussmöglichkeiten aus.

einmischen

Underconstructions – Observatory of innovative architectural practice in Europe, ein

¹ Klaus Selle, „Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung,“ <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/81/46>.

² Vgl. Markus Miessen, „Spatial Practices In The Margin Of Opportunity,“ in *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar (Cambridge: The MIT Press, 2006), 274.

³ „... this also implies that many architects still linger in a self-contained bubble, which consciously secludes itself from the real world“ aus: Markus Miessen, „Spatial Practices In The Margin Of Opportunity,“ in *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar (Cambridge: The MIT Press, 2006), 286.

⁴ siehe Fußnote 2.

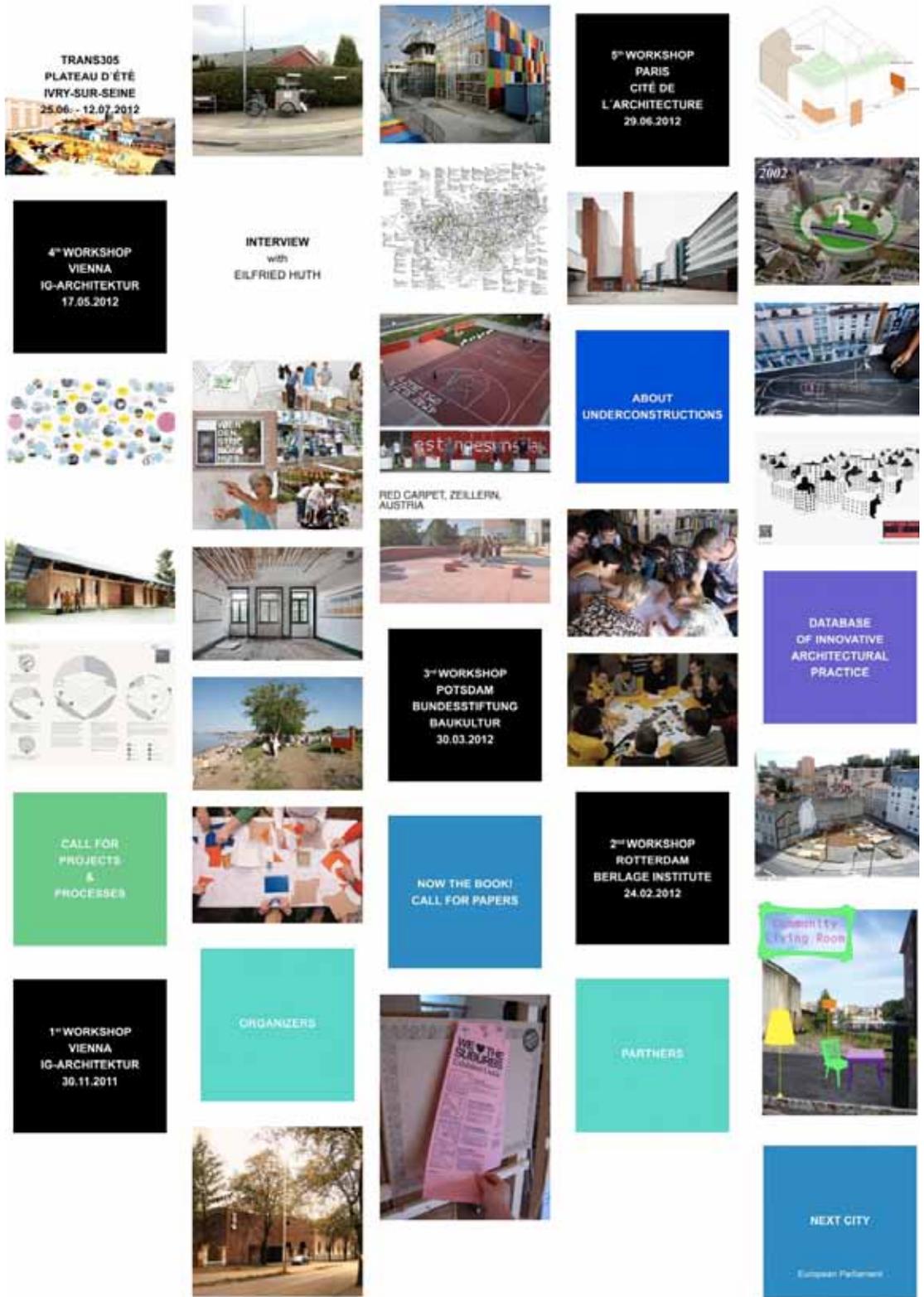


Abb. 2

Zusammenschluss des *European Forum for Architectural Policies*, der *Cité de l'architecture Paris* und *Wonderland*, hat es sich zur Aufgabe gemacht, innovative Praktiken in Architektur und Stadtentwicklung zu orten.⁵ Frappierend bei den ausgewählten Projekten und Gruppierungen ist der Fokus auf den öffentlichen Raum, die Häufung von selbstinitiierten Projekten und niederschweligen Partizipationsangeboten. Die Projekte sind oft *nur* kleinmaßstäbliche und temporäre informelle Interventionen, greifen jedoch direkt in die lokale und politische Umwelt ein. Sie arbeiten mit der Umgebung und den BewohnerInnen und „propagieren eine weitaus direktere Beziehung zur Stadt“⁶. Alltag und der alltäglichen Nutzung von Architektur bzw. der Tatsache, dass der Gebrauch selbst ein Teil der Raumproduktion ist, wird in dieser aktuellen Debatte ein höherer Stellenwert zugesprochen.

Darüber hinaus lässt sich insgesamt ein sehr breit aufgefasstes Berufsbild erkennen, wobei sich die Gruppierungen in nahezu allen raumbezogenen Themen einbringen und so politische, soziale oder etwa pädagogische Bereiche als *Amateure* streifen.

Dieses breite Wissen und Involviertsein ist wichtig und nötig, um etwa bei der Umnutzung von Industriebrachen, bei (temporären) Nutzungen des öffentlichen Raums oder beispielsweise bei dynamischen Veränderungen von Stadt einen Hebel zu entwickeln, der wirklich Veränderung produzieren kann.

Architektur ist hierbei oft nur Mittel zum Zweck, ein Vehikel und eine Denkweise, stellt also eher eine Arbeitsweise, als ein Produkt dar, erlangt aber genau dadurch mehr Einflussmöglichkeiten. Architektur stellt sich nicht als die einzig mögliche Lösung eines Problems dar, sondern als Stil oder Taktik, wie mit der Aufgabe oder Stadt gearbeitet werden kann, da es sich um Eingriffe in eine lebendige Struktur handelt, es also keine endgültige Lösung

im herkömmlichen Sinn geben kann. Hierbei stehen dann weniger *heldenhafte* ArchitektInnen im Vordergrund, als vielmehr der Prozess der Produktion und Nutzung.

Jesko Fezer erkennt bereits Ende der 1960er in politisch-soziologischen Ansätzen das Ziel der „De-Professionalisierung der Disziplin“⁷ und zeigt deutliche Parallelen zur heutigen Diskussion auf. Er spricht von einer verstärkten Interdisziplinarität mit „Psychologen, Künstler[n], Aktivisten, Soziologen, Wissenschaftlern oder Politikern (...) als Entwurfs- und PlanungspartnerInnen“⁸, als auch vom *Amateurismus* mit einer Übertragung von Aufgaben auf die BewohnerInnen. Er zitiert dabei unter anderem Christopher Alexander:

„not only that they [die NutzerInnen] should be involved in the buildings that are for them but that they should actively help design them“⁹.

Auch Giancarlo De Carlo geht in seinem Essay *Architectures public* mit der These, dass Architektur zu wichtig sei, um sie den ArchitektInnen zu überlassen, in eine ähnliche Richtung und fordert folgend, dass Bauen und Nutzen zwei Teile von ein und dem selben Prozess werden.¹⁰

Diese prozessuale Methode öffnet sich für mehr Variablen und Akteure in der Planung, die Möglichkeit eines offenen Ausgangs und erfordert einen sehr spezifischen Orts- und Kontextansatz.¹¹ So kann *die* Partizipation per se nicht als Patentlösung für unterschiedliche NutzerInnen und verschiedene Projekte gelten, da genau diese

7 Vgl. Jesko Fezer, „Deprofessionalisierungstendenzen,“ *Disko* 24 (2011): 5.

8 *ibid.*, 7.

9 Christopher Alexander, Interview mit M. Jacobson, „The State of the Art in Design Methodology,“ in *DMG-Newsletter*, Nr. 3, Vol. 5, 1971, S.4, zitiert nach Jesko Fezer, „Deprofessionalisierungstendenzen,“ *Disko* 24 (2011): 5.

10 Vgl. Giancarlo De Carlo, „Architecture's public,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), 13.

11 Vgl. John Sotter in *Cultural Politics*, S.47: „Joint action... gives rise to unintended consequences, that is outcomes which are not intended either by you or me, but which in fact are our outcomes.“ zitiert in Jeremy Till, „The negotiation of hope,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), 40.

5 Vgl. <http://www.underconstructions.eu>.

6 siehe Fußnote 2, 286. (eigene Übersetzung)

Spezifikationen Sonderlösungen erfordern, also diverse Ansätze von Partizipation.¹² Partizipation ist dabei Ziel und nicht Methode. Es wird kein abgeschlossenes Werk erstellt, sondern eine bewusst offene Aktion, die Anschlussmöglichkeiten mitproduziert. Diese Öffnung für mehr Akteure beinhaltet die Einbindung der *Betreffenden*¹³, die sehr häufig gleichwertige Teile in Planung und Umsetzung werden.

„Wir wollen den Raum nicht planen, sondern Möglichkeiten dafür schaffen, dass die Nutzer ihn selbst gestalten können.“¹⁴ (Friedrich von Borries)

einmischen lassen

Planung wird deutlich dialog- und beteiligungsabhängiger. ExpertInnen haben besonders in der Produktion von Stadt und oftmals auch von Architektur lange Zeit eine vormundschaftliche Rolle gegenüber der Öffentlichkeit eingenommen. Die Folge dieser Institutionalisierung und Bürokratisierung war oder vielmehr ist eine Entfremdung zwischen BürgerInnen und der gebauten Umwelt.¹⁵ Bei jeder Entscheidung werden durch frühzeitige „Festlegungen, Verbindlichkeiten und Verpflichtungen“¹⁶ von Seiten der Fachleute spätere Möglichkeiten der Nutzer eingengt.

Die aktuellen Tendenzen der Verteilung von Verantwortung, der Aufruf zur Einmischung bringt demnach eine große Anzahl an TeilnehmerInnen, an Amateuren, in die Entwicklung von Projekten. *Bühne* und *Zuschauerraum* gehen ineinander über und schaffen Raum für Verhandlungsprozesse und Kompromisse. Statt für jemanden zu

planen wird mit jemandem gemeinsam geplant.¹⁷

„Ein Amateur (französisch, von lateinisch *amator* ‚Liebhaber‘) ist eine Person, die – im Gegensatz zum Profi – eine Tätigkeit aus Liebhaberei ausübt, ohne einen Beruf daraus zu machen bzw. Geld für seine Leistung zu erhalten. Ein Amateur ist ein Laie (griech. *λαός* *laós* ‚Volk‘ über *λαϊκός* *laikós* ‚zum Volk gehörig‘ und kirchenlateinisch *laicus* der, (kirchliche Laie) und für seine Tätigkeit nicht formal ausgebildet, im Unterschied zum Fachmann („dem im Fachgebiet ausgebildeten“).“¹⁸

Die alltägliche Architektur und Lebensumwelt der Menschen spielt in der aktuellen Diskussion wieder eine größere Rolle. JedeR ist von räumlichen Gegebenheiten beeinflusst und hat wiederum in seiner oder ihrer Lebensführung Auswirkungen auf den Raum. So benennt etwa Henri Lefebvre den Raum unter anderem in seiner Untersuchung *The Production of Space* als ein gesellschaftlich geschaffenes soziales Produkt oder besser gesagt einen Prozess und umgekehrt auch als ein Medium, das die Gesellschaft, als im Raum existent, in ihrer Struktur beeinflusst. Folgt man dieser Überlegung so ist Raum nicht etwas fertig Produziertes und kein bloßer Behälter für einen beliebigen Inhalt, sondern entwickelt sich erst im Gebrauch und durch seine kollaborative Veränderung. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, sich mit dem Handeln an sich und den Handelnden auseinanderzusetzen.

Die direktere und frühe Beteiligung der NutzerInnen in der Architekturproduktion bietet für diese mehr Potential der Aneignung¹⁹ (*place making*) und somit eine Stärkung des Projekts, da die gemeinsame Erarbeitung besonders auf längerfristige

12 Vgl. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till, „Introduction,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), xvi.

13 Vgl. Philippe Cabane, „Soziologie als Entwurfsdisziplin“ (Vortrag, TU Wien, 06.03.2012). Hier wurde der Unterschied zwischen *Betreffenden* und *Betroffenen* in seinem Vortrag herausgearbeitet.

14 Anne Kunze, „Wildes Grün.“ *Die Zeit*, 28.10.2010, <http://www.zeit.de/2010/44/GL-Stadtentwicklung>.

15 Vgl. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till, „Introduction,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), xiv.

16 Jesko Fezer, „Deprofessionalisierungstendenzen,“ *Disko* 24 (2011): 7.

17 Vgl. Giancarlo De Carlo, „Architecture’s public,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), 15-17.

18 Wikipedia.de „Amateur,“ <http://de.wikipedia.org/wiki/Amateur>.

19 siehe Fußnote 15.

Sicht die Flexibilität erhöht. Im Falle von Veränderungen wird das fertige Produkt tendenziell nicht abgelehnt, sondern in einem weiterführenden Prozess adaptiert, da zwischen Planung und Benutzung, sowie zwischen PlanerIn und BenutzerIn eine bei weitem geringere Abgrenzung stattfindet. So ist jeder Bürger, weiblich und männlich, Experte – im Sinne eines Sachkundigen – seiner Lebensumwelt, mit einem hohen Grad an Erfahrungswissen. Sie agieren in ihrer gewohnten Umgebung geschickt, improvisieren und wissen um Codes und Feinheiten.²⁰ Aktuell kommt hinzu, dass gerade durch das große Angebot an und den erleichterten Zugang zu Wissen und Informationen durch die Medien, insbesondere des Internets, die Etablierung einer kritischen Diskursöffentlichkeit und

²⁰ Vgl. Markus Miessen und Shumon Basar, „Introduction: Did we mean participate or did we mean something else?“, in *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar (Cambridge: The MIT Press, 2006), 28.

die Vernetzung leichter wird.²¹

Wissen ist Macht²² und die Dezentralisierung von Wissen hat die Verflachung von Hierarchien und eine zunehmende Auflösung des Wissensmonopols von ExpertInnen zur Folge. Wikipedia, Blogs oder Open Source Software zeigen das Potential der Kollaboration.

Charles Leadbeater, der britische Trendforscher im Bereich Innovation und Kreativität zeigt mit dem Beispiel der Erfindung oder besser gesagt der gemeinsamen Entwicklung des

²¹ Vgl. Stefan Collet, Christina Tillmann, Dominic Schwickert, „Politik braucht Gesellschaft - der Bürger als politischer Berater,“ in *Wie Politik von Bürgern lernen kann*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung (Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2011), 14-15.

²² Der Ausspruch geht ursprünglich auf Francis Bacon zurück und auch bei Michel Foucault ist Wissen und Macht eng miteinander verflochten. Wissen schafft ihmzufolge neue Möglichkeiten der Kontrolle, diese stellt wiederum einen Weg zu weiterem Nachfragen und neuen Informationen, und damit weiteres Wissen dar.



Abb. 3

Mountainbikes viel über das kreative Potential von NutzerInnen. Die Räder wurden ca. 1973 (anfangs *Klunkers* genannt), eben nicht von ExpertInnen, sondern von den FahrerInnen selbst aus dem Bedürfnis heraus, Schotterpisten am Mount Tamalpais (Kalifornien) zu fahren, entwickelt und aus verschiedensten Fahrradteilen zusammengeschrubt. In ihrem Erfindergeist und in ihrem Wissen über Bedürfnisse waren sie den professionellen Firmen weit überlegen, da diese in ihrer Produktlogik sehr konservativ arbeiten.²³

So wird also durch Partizipation und Kollaboration nicht nur die Rolle der NutzerInnen, der *Betreffenden*, verändert, sondern eben auch die Rolle und das Tätigkeitsfeld der Professionellen, indem sie sich eingestehen, dass es die einzig wahre Lösung nicht gibt, dass mehrere im Prozess beteiligt sind und dass Architektur auch von Faktoren bestimmt wird, auf die ArchitektInnen keinen Einfluss haben.²⁴

Die Professionalisierung des Amateurs birgt die Möglichkeit, zwischen den beiden Polen des Partikularismus, der Spezialisierung und einem universellen aktionistischen Ansatz des Antiprofessionalismus und der Improvisation zu arbeiten, zwischen den Maßstäben zu springen, und so zu ungewöhnlichen Lösungen in einer hochkomplexen Umwelt zu gelangen und dabei lernfähig und agil zu bleiben.

So titelt das Magazin der Süddeutschen Zeitung „Dem Amateur ist nichts zu schwör“²⁵ und konstatiert mit dem „Siegeszug der Amateure“ nach Musikindustrie und Journalismus eine Veränderung in der „Welt der Politik, Naturwissenschaft und Ökonomie“²⁶. Die

Autoren führen dies unter anderem auf eine „Ästhetik der Echtheit und Aufrichtigkeit“ zurück.

Diese Zwischenrolle erlaubt es nicht nur, nach dem, auf schnelle Problemlösung ausgerichtete, *Wie* des Spezialisten zu fragen, sondern auch das *Warum* zu hinterfragen.²⁷ Sie bietet mit der Kollaboration die Möglichkeit, durch „den Zugriff auf dezentrale Informations- und Wissensquellen, die unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungshintergründe reflektieren und wertvolles politisches Problemlösungswissen bereithalten“²⁸, Antworten auf sehr vielschichtige gesellschaftspolitische Herausforderungen zu finden. Dieses Wissen unterscheidet sich von dem *Wie* der ExpertInnen, indem es aus dem räumlichen, physischen und sozialen Kontext der Gruppe generiert wird. Der Architekt/die Architektin wird selbst aktiver Teil dieser Gruppe, wobei beide Seiten sich mit ihren Wissensressourcen und ihrem Erfahrungsschatz unterstützen und dies gegenseitig wertschätzen.²⁹ bzw. das Endprodukt aushandeln.

Gleichberechtigt aber nicht gleich wird in der Gruppe voneinander gelernt und neues Wissen generiert. Die Rolle der ArchitektInnen liegt also nicht mehr in der autoritären oder paternalistischen Funktion, sondern in einer demokratischen, interaktiven und kommunikativen. Es geht hierbei meiner Meinung nach nicht um die Abschaffung der ArchitektInnen, wie es Reyner Banham mit einem Plädoyer für eine *do it yourself*-Kultur, „ohne den störenden und von Selbsterhaltungstrieben bestimmten Einfluss der Fachleute“³⁰ in den 1970ern forderte. Nicht darum, dass die NutzerInnen

23 Vgl. Charles Leadbeater, „The rise of the professional amateur,“ (TED Vortrag, Oxford, Juli 2005), http://www.ted.com/talks/charles_leadbeater_on_innovation.html.

24 Vgl. Jeremy Till, „The negotiation of hope,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), 40.

25 Andreas Bernard und Till Krause, „Dem Amateur ist nichts zu schwör,“ *Süddeutsche Zeitung Magazin* 24 (2012), <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/37685>

26 ibid.

27 Vgl. Giancarlo De Carlo, „Architecture’s public,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), 5-9.

28 Christina Tillmann, Dominic Schwickert, Stefan Collet, „Vorwort,“ in *Wie Politik von Bürgern lernen kann*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung (Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2011), 7.

29 Vgl. Jeremy Till, „The negotiation of hope,“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Abingdon: Taylor & Francis, 2005), 32-33.

30 Vgl. Jesko Fezer, „Deprofessionalisierungstendenzen,“ *Disko* 24 (2011): 10.

ArchitektInnen, die ArchitektInnen
SoziologInnen, PolitikerInnen oder
GärtnerInnen werden.

Es geht eher darum, die Grenzen der
Fachbereiche aufzuweichen und in
Verhandlung zu treten. Der Einfluss von
Außen, der Blick für neue Ansätze und
Potentiale und die Möglichkeit andere
Fragen zu stellen und festgefahrene Logiken
zu durchbrechen, sind von hoher räumlicher
Relevanz. Ausnahmen von der Regel zu
forcieren und Regeln und Praktiken zu
hinterfragen.

ArchitektInnen fungieren als Außenstehende
in einer Rolle, die sich zwischen
HomöopathInnen, AkupunkteurInnen,
Hebammen, VerknüpferInnen oder auch
ImpulsgeberInnen für Projekte und Ideen
bewegt. Es ist die Unvoreingenommenheit
des Außenstehenden und genau diese
Unspezialisiertheit des professionellen
Amateurs, um heute in der Planung
gemeinsam auf Problemstellungen kreativ
mit einer hohen Bandbreite an Ideen
zu reagieren und situativ zu handeln,
die Lösung, nicht den Menschen zu
spezialisieren. Der professionalisierte
Amateur bietet eine Strategie, um der
Komplexität und Diskontinuität zu
entgegenen und konstruktiv mit der
Unwägbarkeit zu arbeiten.

„Spatial practise should be viewed
more openly; it should include a
spectrum of backgrouds and disciplines
producing unpredictable results that
are more diverse than the skill of
building as an isolated art form. Today,
more than ever, there is a serious
need for a holistic reading of the city
that values friction and processes of
uncertainty.“³¹

31 Markus Miessen, „Spatial Practices In The Margin Of
Opportunity,“ in *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus
Miessen und Shumon Basar (Cambridge: The MIT Press,
2006), 288-289.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Bernard, Andreas und Till Krause. „Dem Amateur ist nichts zu schwör.“ *Süddeutsche Zeitung Magazin* 24 (2012). <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/37685>
- Blundell Jones, Peter, Doina Petrescu, Jeremy Till. „Introduction.“ In *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till, xiii-xvii. Abingdon: Taylor & Francis, 2005.
- Cabane, Philippe. Vortrag, TU Wien, 06.03.2012. Im Rahmen der *zukunft stadt* Serie.
- Carlo, Giancarlo De. „Architecture’s public.“ in *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till, 3-22. Abingdon: Taylor & Francis, 2005.
- Collet, Stefan, Christina Tillmann und Dominic Schwickert. „Politik braucht Gesellschaft - der Bürger als politischer Berater.“ In *Wie Politik von Bürgern lernen kann*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, 11-31. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2011.
- Fezer, Jesko. „Deprofessionalisierungstendenzen.“ *Disko* 24 (2011).
- Kunze, Anne. „Wildes Grün.“ *Die Zeit*, 28.10.2010. <http://www.zeit.de/2010/44/GL-Stadtentwicklung>.
- Leadbeater, Charles. „The rise of the professional amateur.“ TED Vortrag, Oxford, Juli 2005. http://www.ted.com/talks/charles_leadbeater_on_innovation.html.
- Miessen, Markus. „Spatial Practices In The Margin Of Opportunity.“ in *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar, 273-289. Cambridge: The MIT Press, 2006.
- Miessen, Markus und Shumon Basar. „Introduction: Did we mean participate or did we mean something else?.“ In *Did Someone Say Participate*, Hrsg. Markus Miessen und Shumon Basar, 22-29. Cambridge: The MIT Press, 2006.
- Selle, Klaus. „Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung.“ <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/81/46>.
- Till, Jeremy. „The negotiation of hope.“ In *Architecture & Participation*, Hrsg. Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till, 23-41. Abingdon: Taylor & Francis, 2005.
- Tillmann, Christina Dominic Schwickert, Stefan Collet. „Vorwort.“ In *Wie Politik von Bürgern lernen kann*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, 7-9. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2011.
- Underconstructions - Observatory of innovative architectural practice in Europe. <http://www.underconstructions.eu>.
- Wikipedia.de. „Amateur.“ <http://de.wikipedia.org/wiki/Amateur>.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

- Abb. 1: Corbusiers Hand mit dem Modell der Ville Radieuse.
http://strangeharvest.com/wp12/wordpress-content/uploads/2010/12/villa-radieuse_hand.jpg
- Abb. 2: Screenshot Underconstructions.
<http://www.underconstructions.eu>
- Abb. 3: „Klunkers“. Vorbereitungen für ein Rennen 1977. Foto: Larry Cragg.
http://www.sonic.net/~ckelly/Seekay/repack_results2.htm

SCHLAGWORT PROTEST

Uninstitutionalisierte Beteiligung

Politische Partizipation in all ihren Facetten gilt als Voraussetzung und wesentliches Merkmal einer Demokratie. Neben den institutionalisierten Formen der Beteiligung, wie der Teilnahme an Wahlen, existieren auch andere Formen politischer Einflussnahme. Darunter fallen Bürgerinitiativen, aber auch Formen des Protests, bis hin zum zivilen Ungehorsam. Diese Formen der öffentlichen Kritik und des Widerspruchs sind gängige Mittel der Einwirkung auf die Öffentlichkeit und Politik und wichtige Formen politischer Interessensvertretung. Neben der Anzahl der Protestereignisse nimmt langfristig auch die Anzahl der ProtestteilnehmerInnen zu.¹ Hierbei bleibt zwischen alten Strukturen, organisiert in Gewerkschaften oder Parteien und neuen sozialen Bewegungen zu unterscheiden. Diese sind dezentral, informell und oft nur temporär in Gruppierungen, Bündnissen oder Initiativen organisiert.

Proteste gegen Bauprojekte haben eine lange Tradition, so ging etwa die (gescheiterte) Auseinandersetzung gegen den Bau einer Burg auf der Spreeinsel im Jahre 1440, bei der unter anderem die Baugrube unter Wasser gesetzt wurde, als *Berliner Unwille* in die Geschichte ein.

Aktuell spüren wir erneut großes öffentliches Interesse an Stadt, der Wunsch nach Einmischung in die Stadtentwicklung hat wieder Hochkonjunktur. Unzählige Initiativen, Gruppierungen und Einzelpersonen versuchen ihre eigenen Interessen zu positionieren. Im Folgenden werden einige Beispiele und Aspekte des Protests und des Einmischens erläutert.

¹ Vgl. Steffen Schmidt und Anne Wilhelm, „Nicht-institutionalisierte politische Beteiligung und Protestverhalten,“ *Bundeszentrale für politische Bildung*, <http://www.bpb.de/system/files/pdf/RFKtGo.pdf>.

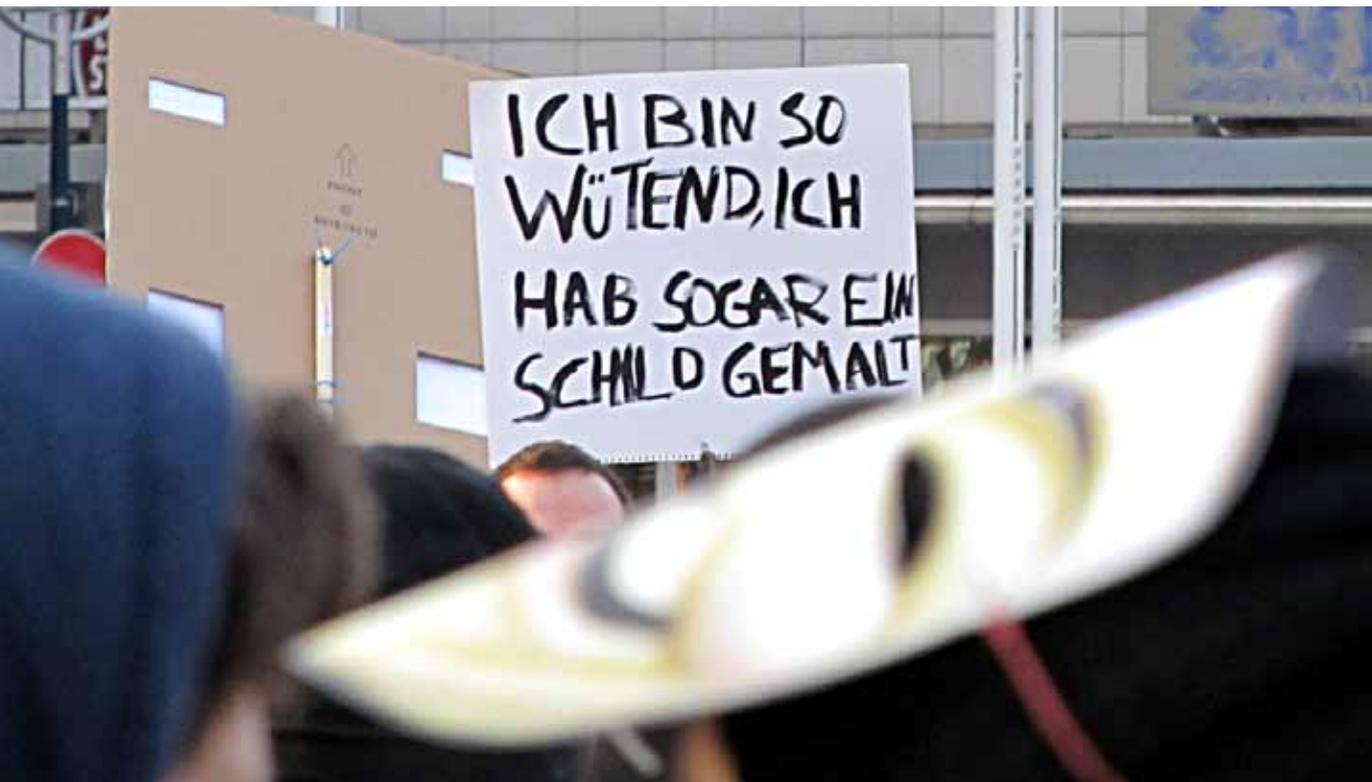


Abb. 1

a

ANKETTEN



Das öffentliche Anketten an Orten des Protests dient hauptsächlich der Zeitverzögerung. Diese Art des Protests ist besonders durch die Demonstrationen gegen die Castor-Transporte in Deutschland populär geworden, bei denen sich regelmäßig DemonstrantInnen an die Schienen ketten, oder – leicht abgewandelt – im Gleisbett festbetonieren. Aber auch im Protest gegen Stuttgart21 wurde diese Taktik übernommen und hauptsächlich MitgliederInnen der Protestinitiative „Parkschützer“ haben sich an die zu fällenden Bäume gekettet. Es stellt eine erweiterte Form der ->**Sitzblockade** dar.

b

BÜRGERINITIATIVE



Eine Bürgerinitiative ist eine – zeitlich meist begrenzte – zivilgesellschaftliche und parteiunabhängige Interessensvereinigung, oft aus einem sehr konkreten Anlass heraus gegründet. Meist sind es unmittelbar Betroffene, die selbst oder über den Weg der öffentlichen Meinungsbildung versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu erlangen. Medium ist häufig die Unterschriftenliste oder Petition. Bürgerinitiativen werden

oft gegen größere Bauprojekte ins Leben gerufen.

d

DEMONSTRATION



Demonstrationen sind Versammlungen im öffentlichen Raum, mit dem Ziel der Meinungsäußerung. Sie werden sowohl als stehende Kundgebung oder als Protestmarsch durchgeführt. Sowohl in Österreich wie auch in Deutschland gehört die Versammlungsfreiheit bzw. das Demonstrationsrecht zu den Grundrechten. Diese Versammlungen müssen angemeldet werden, sind aber nicht genehmigungspflichtig und können nur unter sehr strengen Auflagen (unmittelbare Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“) mit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung richterlich verboten werden. Sonderformen sind Traktordemonstrationen oder Fahrraddemonstrationen wie die der *Critical Mass*-Bewegung.

f

FLASCHMOB

siehe ->**Smart Mob**.

FLUGBLATT



Ein Flugblatt, Handzettel, Flyer oder Flugzettel ist ein einseitig beschriebenes oder bedrucktes Blatt Papier, oft in Kombination

von Bildern und Text. Es wird zu aktuellen Themen kostenlos verteilt oder liegt zur Mitnahme aus. Die subversive Kraft von Flugblättern liegt in der Bekanntmachung und der schnellen Verbreitung von Meinungen und Veranstaltungshinweisen, die in klassischen Medien keinen Raum erhalten oder nur eine kleine Gruppe an Personen ansprechen. Mehrseitige Versionen werden als Flugschriften bezeichnet. Die Informationswege über das Internet verdrängen nach und nach das gedruckte Flugblatt.

g

GUERILLA GARDENING



Als Guerillagärtnern wird das nicht ausdrücklich autorisierte – oftmals heimliche – Bepflanzen von öffentlichen und nicht anderweitig genutzten Flächen oft im städtischen Umfeld bezeichnet. Zur Aussaat werden beispielsweise *Samenbomben* benutzt, eine Kugel aus einem Gemisch aus Erde, Ton und Samen, die leicht und unauffällig ausgebracht werden können. Guerillagärtnern hat eine subversive Aneignung und Rückeroberung öffentlicher Räume zum Ziel. Große Medienaufmerksamkeit erlangte Guerrilla Gardening als Protestform während der *MayDay*-Demonstrationen in London 2000. Von DemonstrantInnen wurde eine Rasenfläche vor dem Parliament Square umgegraben und unter dem Motto „Resistance is fertile“ mit Gemüse, Kräutern und Blumen bepflanzt.

h

HAUSBESETZUNG



Unter einer Hausbesetzung versteht man die unbefugte Inbesitznahme eines leerstehenden Gebäudes und seiner Verwendung als Wohnung oder Veranstaltungsraum. Oftmals ist damit der Protest gegen Immobilienspekulation und mangelnden bezahlbaren Wohnraum und fehlenden Räumen für soziale und kulturelle Veranstaltungen verbunden. Eine „Instandbesetzung“ verfolgt das Ziel, verfallende Altbaustrukturen vor dem Abriss zu retten und wieder bewohnbar zu machen. So führte beispielsweise eine Welle von Hausbesetzungen zwischen 1980-1983 in Berlin zur Abkehr von der Flächensanierung, hin zur behutsamen Stadterneuerung. Als aktuelles Beispiel dafür ist das „Gängeviertel“ in Hamburg zu nennen. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen sogenannten „stillen Besetzungen“, die solange wie möglich unbemerkt bleiben sollen und „offen besetzten Häusern“, die mit Transparenten an der Fassade die Besetzung deutlich machen.

HUNGERSTREIK



Hungerstreik ist eine extreme Form des persönlichen Protests. Dabei wird die Nahrungsaufnahme verweigert, bis eine bestimmte Forderung erfüllt wird. Es stellt

oftmals eine letzte Möglichkeit dar, sich für eine bestimmte Sache – auch medial – öffentlich Gehör zu verschaffen. Im erweiterten Kontext von Stadtentwicklungsprozessen in der Hamburger Großen Bergstraße trat 2011 der Kioskbesitzer Müslin Sahin aufgrund einer Kündigung und einer verlorenen gerichtlichen Klage in den Hungerstreik.

m

MUTBÜRGER

siehe -> **Wutbürger**.

n

NIMBY



NIMBY - *Not In My BackYard* – bezeichnet eine Geisteshaltung, Probleme, Störendes und unerwünschte Nutzungen aus dem unmittelbaren Umfeld zu verbannen und auf andere Teile der Gesellschaft abzuwälzen. Das Wort *Nimby* wird auch personalisiert verwendet. Es ist in Deutschland auch unter dem Begriff des *Sankt-Florian-Prinzips*, in Österreich als *Floriani-Prinzip* bekannt. Der Begriff geht auf den Spruch „Heiliger Sankt Florian – Verschon’ mein Haus – Zünd’ andre an!“ zurück. Problemstellungen werden nicht zu lösen versucht, sondern auf andere abgeschoben. Der Ansatz ist im Städtebau und in der Raumplanung besonders bei Ansiedlung von marginalisierten Gruppen (Obdachlosenheime, Flüchtlingsheime, Gefängnisse) aber auch bei Industriestandorten, Mobilfunkmasten und Windrädern oder Lärmbelästigung an Lokalstandorten zu beobachten. Geht bisweilen soweit, dass auch

die Ansiedlung einer KITA in einem Berliner Wohngebiet von NachbarInnen blockiert wurde.

o

OCCUPY



Occupy geht zurück auf die Protestaktion *Occupy Wall Street*, bei der im September 2011 der Zuccotti Park in New York City von DemonstrantInnen mit einer Zeltstadt besetzt wurde. Es folgten zahlreiche, internationale ähnliche Aktionen und eine weltweite Verbreitung der Occupy-Bewegung. Unter dem Motto „We are the 99%“ wurde gegen den massiven Einfluss der Wirtschaft auf die Politik, soziale Ungleichheiten und Spekulationsgeschäfte von Banken protestiert. Bevor sich Occupy zu einer globalen Bewegung entwickelte, wurde der Protest von der kanadischen *Adbusters Media Foundation*, einer konsumkritischen Stiftung, angeregt und die ersten Aktionen initiiert.

ONLINE PROTEST

Digitaler Protest ist häufig eine zeit- und technikgemäße Weiterentwicklung von bestehenden Protestformen. Darunter sind nicht nur Online-Petitionen zu verstehen. Forderungen können über Email oder auf öffentlich zugänglichen Webseiten publiziert werden und so die Weiterentwicklung des -> **Flugblatts** darstellen. Auch der *Hacktivismus* (zusammengesetztes Wort aus Hack und Aktivismus), etwa von der unhierarchisch aufgebauten, losen und globalen Gruppe *Anonymous* fallen unter diesen Bereich. Häufig handelt es sich dabei um virtuelle Sitzblockaden gegen Webseiten oder direkte Angriffe auf die Sicherheitsstruk-

turen kritisiert. Firmen. Auch bei klassischem Protest, etwa Spontan-Protesten ist das Internet als Kommunikations-, Mobilisierungs- und Verbreitungsmedium nahezu unersetzbar geworden. Eine der wichtigsten Eigenschaften dabei ist, dass sich die klassische Kommunikationsform des *one to many* in ein *many to many* verändert.

S

SITZBLOCKADE



Bei einer Sitzblockade (auch Sit-In) setzen sich die Demonstrierenden auf den Boden, und verzögern damit den regulären Betrieb. Durch den gewaltlosen Einsatz des eigenen Körpers wird die Straße versperrt und damit das Durchkommen beispielsweise einer anderen Demonstration, von Castortransporten oder auch Baumaschinen verhindert. Aufgelöst wird eine Sitzblockade durch die Polizei durch das Wegtragen einzelner Protestierender oder den Einsatz von Wasserwerfern. Eine Sitzblockade gilt als Akt zivilen Ungehorsams. 2011 entschied das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dass solche Blockaden vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gedeckt sind und solange keine strafbare Nötigung darstellen, bis die, von „den Demonstranten ausgehende Gewalt die politischen Ziele überwiegt“.

SMART MOB

Smart Mobs sind die politische und kritische Variante des unpolitischen Flashmobs. Es handelt sich bei beiden Varianten um kurze, scheinbar spontane Menschaufmärsche, die ihre Stärke aus dem Überraschungseffekt, ihrer Flexibilität und Flüchtigkeit

beziehen. Ihre Organisation baut wesentlich auf Technologien wie Mobiltelefonie oder Internet auf.

STREET ART



Street Art bzw. Graffiti steht als Protestform als Sammelbegriff für verschiedene Techniken des permanenten und illegalen Aufbringens von Bildern, Schriftzügen oder sonstigen Zeichen auf unterschiedliche Oberflächen im öffentlichen Raum. Darunter fällt das Besprühen von Wänden, aber auch das Einätzen oder Einkratzen. Andere Formen der Markierung sind Aufkleber, wildes Plakatieren, Stencils oder Adbusting, bei dem Werbung verfremdet und umgestaltet wird, um deren Sinn zu verändern, aber auch Reverse-Graffiti, also das teilweise Entfernen von Schmutz. Von vielen als Vandalismus gewertet, wird Streetart mehr und mehr als Kunstform akzeptiert und bisweilen auch schon als Vorbote der Gentrifizierung, als Indiz für kulturelles Potential der Stadt gelesen. In Folge dieser Entwicklung ist die Bewegung der *Splasher* entstanden, die Streetart Werke bekannter Künstler mit Farbe bespritzen oder übermalen.

W

WUTBÜRGER



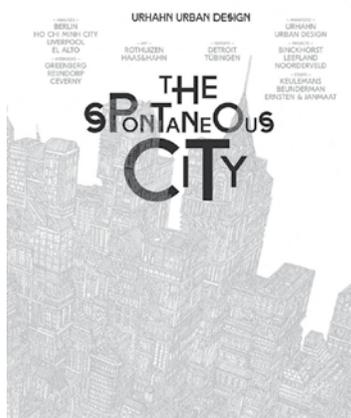
Der Begriff des Wutbürgers wur-

de 2010 durch den Essay *Der Wutbürger* des Journalisten Dirk Kurbjuweit im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* geprägt. Er beschreibt vorrangig ältere Personen aus bürgerlichen Milieus, die empört und wütend gegen willkürlich empfundene Entscheidungen der Politik auf die Straße gehen (damals mit konkretem Bezug auf Stuttgart21). Der Wutbürger wird oft negativ als „renitent“, „egoistisch“ und „spießbürgerlich“ konnotiert und in die inhaltliche Nähe von ->**Nimbys** gebracht. Der Begriff wurde zum Wort des Jahres 2010 gewählt und in den Duden aufgenommen, worin er als „Zeitungsjargon“ für einen „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierende[n] und demonstrierende[n] Bürger“ definiert wird. Ebenfalls im *Spiegel* erwiderte Barbara Supp mit dem Artikel *Die Wutbürger* und protestiert gegen die Diffamierung der Proteste und arbeitet das Engagement und das berechnete Misstrauen gegen die Politik als einen „Segen für die Demokratie“ heraus.

Z

ZIVILER UNGEHORSAM

Ziviler Ungehorsam steht als Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlicher Aktionsformen des (gewaltfreien) Widerstands. Sie reichen von Boykott und Verweigerung bis hin zu gewaltfreien Aktionsformen. Er ist eine offene und vorsätzliche Missachtung von Gesetzen, Pflichten oder Befehlen, als absichtlicher Regelbruch und damit auch eine Infragestellung der Regeln an sich zu verstehen. Dabei wird bewusst in Kauf genommen, für den Verstoß auf Basis der geltenden Gesetze, bestraft zu werden. Ein häufiges Beispiel für zivilen Ungehorsam ist die ->**Sitzblockade**.



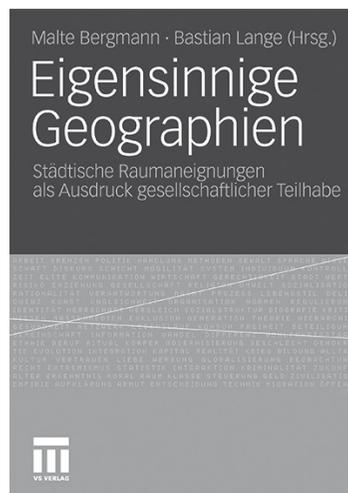
Urhahn Urban Design:
The Spontaneous City
 Taschenbuch: 170 Seiten
 Bis Publishers Bv (2011);
 Sprache: Englisch
 ISBN: 906369265X

„The era of large-scale urban planning is over.“ So postuliert die Publikation statt einer Top-Down geplanten Stadt die „Spontaneous City“, als eine Stadt, die von ihren EinwohnerInnen (gemeinsam mit ArchitektInnen/ StadtentwicklerInnen) gestaltet wird. Als eine offenere, überraschendere und flexiblere Methodik der Stadtentwicklung wird eine Art Marktplatz präsentiert, welcher durch Angebot und Nachfrage Stadt formt; eine wachsende Stadt, die sich ständig verändert und adaptiert wird, demnach ohne ein festes Ziel und Endpunkt der Entwicklung. Urhahn Urban Design präsentieren eine Vielzahl von kleinmaßstäblichen Initiativen, von Machern und Entrepreneuren als treibende Kraft zur Regeneration von verletzten Stadtteilen und als Hebel für große Veränderungen. Den Autoren zufolge wird eine Hauptaufgabe darin bestehen, zwischen gemeinschaftlichen Belangen und persönlicher Freiheit zu vermitteln. Neben einem Manifest umfasst das Buch Essays, Interviews, Diagramme und Beispiele von „spontaneous cities“.



Jesko Fezer/Mathias Heyden:
Hier entsteht
 Broschiert: 256 Seiten
 B-Books (2004);
 Sprache: Deutsch
 ISBN: 3933557534

Der Titel „Hier entsteht“ verweist auf eine temporäre Gerüstinstallation, eine experimentelle Baustelle, Ausstellung und einen Veranstaltungsraum am Rosa-Luxemburg Platz 2003. Das Buch selbst geht aber weit über eine Dokumentation der Aktion hinaus und behandelt in Gesprächen, Essays und Analysen herausragende urbane Projekte und Architektur mit partizipativem und prozessorientiertem Anspruch bis hin zu Selbstbauexperimenten. Exkurse führen beispielsweise nach Mexiko City, einer Stadt in der Quartiere mit mehreren Millionen EinwohnerInnen informell und im Selbstbau entstehen und die Planbarkeit des städtischen Wachstums längst nicht mehr gegeben ist. Im Mittelpunkt der gesamten Publikation stehen die NutzerInnen dieser Räume als selbstbestimmte Akteure. Der ausführliche Fußnotenteil mit vielen Skizzen und Bildern steht auch grafisch über dem eigentlichen Text und setzt so beinahe lexikalisch viele (Quer-)Verweise. Zusätzlich enthält das Buch noch einen thematischen Architekturführer, der 44 Bauten vorstellt.



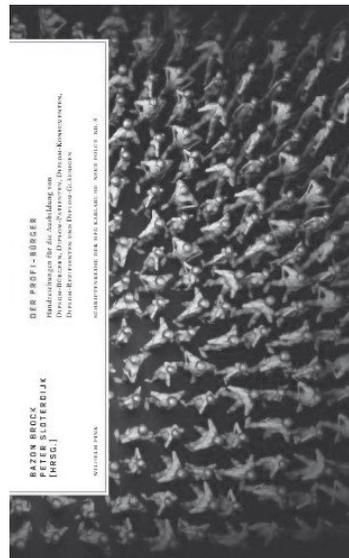
Malte Bergmann/Bastian Lange:
Eigensinnige Geographien
 Taschenbuch: 306 Seiten
 VS Verlag für Sozialwissenschaften
 (2011);
 Sprache: Deutsch
 ISBN: 3531178601

Mittels Milieustudien untersuchen die Autoren Raumeignungspraxen und Alltagsstrategien verschiedener lokaler Akteure in Berlin, die den urbanen Raum in *eigensinnigen Geographien* mitbestimmen. Mit den vorgestellten Akteuren und deren alltäglicher Lebenswelt versuchen die Autoren auf immer komplexere und diversifiziertere Stadtstrukturen einzugehen und deren kleine aber zahlreiche und vielfältige Einflüsse und Eingriffe zu analysieren. Die Bandbreite der Akteure reicht von Kindern über die Raumeignung älterer Menschen, migrantischer UnternehmerInnen, oder auch die der Kreativwirtschaft. Jede dieser Gruppen prägt und verändert ihr Umfeld und somit auch die Stadt selbst. Die Autoren stellen die Frage nach zeitgemäßen politischen Beteiligungsverfahren und -formaten, die diese *eigensinnigen* Raumeignungen der verschiedensten Gruppen berücksichtigt. Dabei versuchen sie innerhalb der bislang gängigen Beteiligungspraktiken Spielräume zu finden und „ein paar Stellschrauben anders zu justieren.“



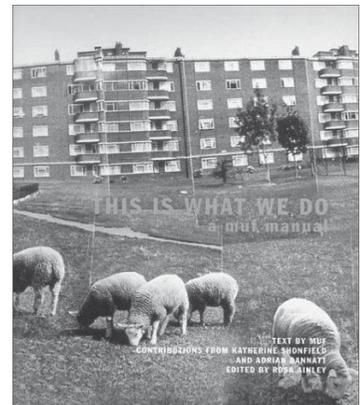
Rupert Graf Strachwitz:
**Zivilgesellschaft und
 Stadtentwicklung**
 Broschiert: 308 Seiten
 Lucius & Lucius (2010);
 Sprache: Deutsch
 ISBN: 382820502X

Der Publikation liegt das einjährige Forschungsprojekt *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, durchgeführt vom Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, zugrunde. Hier wurde der Frage nachgegangen, was unter einer verstärkten Einbindung der Zivilgesellschaft in die Stadtentwicklung, wie sie von vielen Seiten gefordert wird, konkret zu verstehen ist. Weitere Fragen betreffen die Art und Weise wie Engagement gefördert werden kann und wo die Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns liegen. Diese konkreten Forschungsergebnisse machen knapp ein Drittel der Veröffentlichung aus. Neben der Studie sind auch eine Reihe von multidisziplinären Aufsätzen in den Kapiteln „Theoretische Reflexionen“, „Kontexte in Beispielen“, „Handlungsansätze“ oder „Handlungskontexte“ versammelt. Gerade diese Beiträge sind es, die einen Bezug zur Planungsrealität herstellen und die Publikation mit den sehr theoretischen Teilen in Einführung und Fazit abrunden.



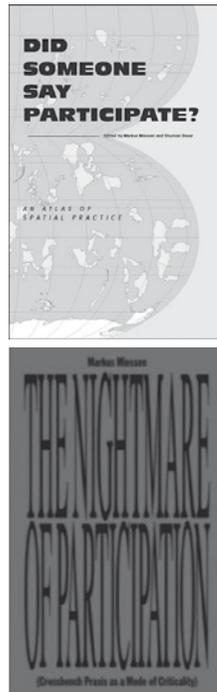
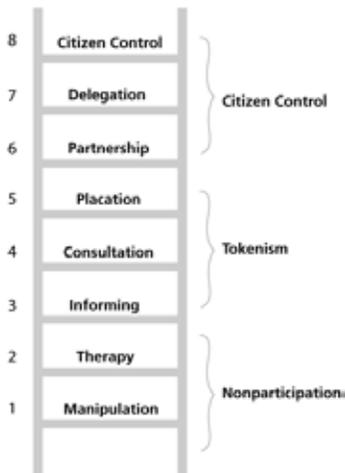
Bazon Brock/Peter Sloterdijk:
Der Profi-Bürger
 Broschiert: 109 Seiten
 Wilhelm Fink Verlag (2011);
 Sprache: Deutsch
 ISBN: 377051605

„Der professionalisierte Bürger“ ist ein Studium Generale an der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, an der die beiden Herausgeber unterrichten. Ziel des offenen Studienfachs ist die Weiterentwicklung von Allgemeinbildung und Eigenverantwortung, die Professionalisierung im Alltag. So verweisen die Buchkapitel auf die fünf Studiengänge und „Hauptfächer des Lebens“: Diplom-Bürger, Diplom-Gläubige, Diplom-Konsumenten, Diplom-Patienten und Diplom-Rezipienten. Das Buch bildet somit eine publizierte Einführungsveranstaltung. BürgerInnen sollen durch Bildung befähigt werden, aus ihrer Statistenrolle auszubrechen: „Lust und Einübung in ein radikales Nachdenken, um besser vorausdenken zu können.“ In dem herausstechendsten Essay des Buches liefert Peter Sloterdijk Zeitdiagnosen „Über die Entstehung der res publica aus dem Geist der Empörung“, in dem er die aktuelle Entpolitisierung, die er Bürgerausschaltung nennt, analysiert.



muf:
**This Is What We Do: a muf
 manual**
 Taschenbuch: 237 Seiten
 Batsford Ltd (2002);
 Sprache: Englisch
 ISBN: 1841660582

muf legen mit dem 2002, 7 Jahre nach ihrer Gründung erschienenen Buch, eine Monographie über ihr Kollektiv und die entstandenen Projekte vor. Mit ihrer Arbeit ist das interdisziplinäre Team (zwei Architektinnen Liza Fior und Juliet Bidgood, die Autorin Katherine Shonfield und die Künstlerin Katherine Clarke) und das umfassende Netzwerk, Vorreiter einer Architekturauffassung, die sich irgendwo zwischen Stadtplanung, Politik, Kunst und Sozialarbeit bewegt und Architektur beinahe als Mittel zum Zweck benutzt. Sie selbst bezeichnen sich als „a collaborative practice of art and architecture committed to public realm projects.“ muf beschäftigen sich geradezu obsessiv bei all ihren Projekten mit dem öffentlichen Raum, den sie in ökonomische und soziale Zusammenhänge setzen. Hierzu führen sie in Feldstudien Gespräche mit einer Vielzahl von Betroffenen, kartieren Vorhandenes, Wünsche und Meinungen, beraten und moderieren in partizipativen Prozessen.



Markus Miessen:

Participation Quadrologie

- (1) *Did Someone Say Participate?*, Gebundene Ausgabe: 332 Seiten, Revolver (2006); ISBN: 0262134713
- (2) *The Violence of Participation*, Taschenbuch: 272 Seiten, Sternberg Press (2007); ISBN: 1933128348
- (3) *The Nightmare of Participation*, Gebundene Ausgabe: 304 Seiten, Sternberg Press (2010); ISBN: 1934105074
- (4) *Waking Up From The Nightmare Of Participation*, Taschenbuch: 302 Seiten, Expodium (2012); ISBN: 9490474002 Sprache: Englisch

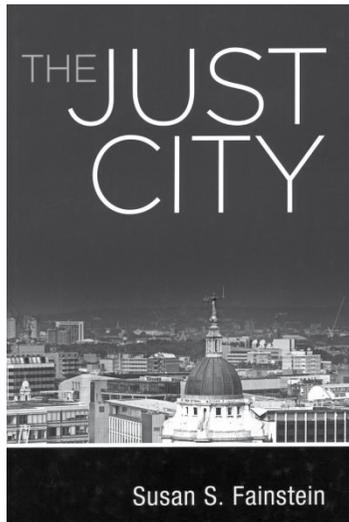
Mittlerweile umspannt die mit *Did Someone Say Participate?* (1) gestartete Participation-Serie von Markus Miessen vier Bücher. Lag im ersten Buch der Reihe der Focus noch auf „Raum-Praktikern“, die sich in angrenzenden oder gänzlich fremden Wissensgebieten einmischen, versucht er mit *Nightmare of Participation* und *Waking Up From...* den Begriff der Partizipation zu demaskieren. Er kritisiert den übermäßigen Gebrauch dieses Schlagworts als unkritisch, naiv oder romantisch und streckenweise als beängstigend, schlichtweg als überstrapaziert. Er verbindet das Wort mit Mittelmäßigkeit, verwässerten Lösungen, Passivität und einer Reproduktion des Status quo, ohne der Möglichkeit zu wesentlichen Änderungen oder Neuerungen. Er sieht Partizipation als Standardausrede, wenn es darum

geht, sich aus der Verantwortung zu ziehen und fordert bisweilen, dass: „all inclusive-democracy has to be avoided at all cost“ (vgl. *Nightmare of Participation*). In einem gleichgeschalteten Raum – er nennt diesen Harmonistan, also die Verpflichtung zum Konsens – drängt er auf „ungeladene AußenseiterInnen“, die sich in einer „konfliktreichen Partizipation“ wirklich einmischt, proaktiv engagiert und individuell handelt. Markus Miessen tritt bei allen der vier Bücher als (Co-)Herausgeber auf und versammelt darin verschiedenste Aufsätze und Ansichten mit unterschiedlichsten Standpunkten. Er fördert mit dieser Bücherreihe eine Art der Partizipation, in der verschiedenste Personen eingeladen sind, unterschiedliche Positionen, Meinungsverschiedenheiten und Einvernehmen zu diskutieren in Form einer schriftlichen Konversation.

Nach einer Vielzahl von Artikeln, die häufig auch dem Standpunkt von Markus Miessen widersprechen, ist die Kritik an Partizipation auch in der Art zu lesen, dass eine kritische Diskussion eines „reparaturbedürftigen Konzepts“ gefordert wird, das Wort Partizipation sich zu keiner reinen Worthülse entwickeln darf. Ist es am Schluss kein Aufruf zu weniger Partizipation, sondern eine provokante Forderung zu ernstgenommener Demokratie?

**Sherry Arnstein:
The ladder of citizen participation**

Sherry Arnstein analysiert in ihrem oft zitierten Essay, der erstmals 1969 im *Journal of the Institute of American Planners* (34) erschienen ist, den Begriff Partizipation und verschiedene Abstufungen davon. In ihren Ausführungen reicht die Skala oder wie sie sagt Leiter der Partizipation von Manipulation der BürgerInnen mit Mitbestimmung als Placebo der Machthabenden, bis zur vollen Kontrolle durch die BürgerInnen. Gerade heute, in einer Zeit, in der von beinahe jeder politischen Seite Partizipation als Allheilmittel versprochen wird, gilt es genau nachzufragen und die wirklichen Einflussmöglichkeiten zu hinterfragen. Daher ist der Aufsatz und dieses Diagramm auch heute noch sehr aufschlussreich, wenn Beteiligung die NutzerInnen zum richtigen Ergebnis erziehen soll oder deren Akzeptanz für ein vorgefertigtes Produkt oder bereits gefällte Entscheidungen erhöhen soll und ihnen nur das *gute* Gefühl vermittelt wird, mitentschieden zu haben.



Susan S. Fainstein:

The Just City

Taschenbuch: 224 Seiten

Cornell University Press (2011);

Sprache: Englisch

ISBN: 0801476909

In ihrem Buch analysiert Susan Fainstein die Stadtplanung und -politik westlicher Industriegesellschaften der letzten Jahrzehnte und diagnostiziert eine Veränderung in deren Ausrichtung hin zu dem primären neoliberalen Ziel des ökonomischen Wachstums („pro-growth regimes“) und als eine Folge die soziale Exklusion und eine verstärkte Ungerechtigkeit. Anhand verschiedener philosophischer Ansätze erarbeitet sie ihre Theorie entlang der Begriffe Fairness, Demokratie und Vielfalt, die sie in Folge auf die Städte London, New York und Amsterdam anwendet. Sie fordert eine neue moralische Grundlage der Stadtplanung, ein Leitbild der „gerechten Stadt“ für gesellschaftliches Zusammenleben. Darin pocht sie auf die Beteiligung aller an ökonomischen Erfolgen, sie beharrt auf der Möglichkeit zur demokratischen Mitentscheidung bei städtebaulichen und politischen Vorhaben oder etwa auf den respektvollen Umgang miteinander und nicht zuletzt auf der Schaffung einer gerechten Stadt als erste Priorität in der Stadtentwicklung.



Peter Blundell Jones/Doina

Petrescu/Jeremy Till:

Architecture & Participation

Taschenbuch: 304 Seiten

Taylor & Francis (2005);

Sprache: Englisch

ISBN: 0415317460

Das Buch hat seine ursprünglichen Wurzeln in einer Vortragsserie an der Universität Sheffield. Ziel der drei Herausgeber war es dort, mit verschiedensten Vortragenden das Wort Partizipation zu hinterfragen und seine Bedeutung erneut zu evaluieren, da es mit seiner übermäßigen Benutzung an Klarheit eingebüßt hat. Was bedeutet Partizipation heute? „Architectural participation can be defined as the involvement of the user at some stage in the design process“, so ließt sich der kleinste gemeinsame Nenner. Partizipation kann Vieles sein, dementsprechend vielfältig ist dann auch das Buch und die Einzelessays ausgefallen. Versammelt werden darin theoretische Artikel, Rückblicke auf historische Beispiele und aktuelle Berichte über diverse Beteiligungsverfahren. Einige sind sich die AutorInnen, dass Partizipation an sich vielseitig ist und veränderten Situationen angepasst werden muss. Dass Architektur erneut mehr Zusammenspiel mit den NutzerInnen braucht. Und so schrieb Giancarlo de Carlo bereits 1969: „In reality, architecture has become too important to be left to architects.“

Jane Jacobs:

The Death and Life of Great

American Cities

Taschenbuch: 480 Seiten

Vintage Books (1992);

Sprache: Englisch

ISBN: 067974195X

In dem ursprünglich 1961 erschienenen Buch taucht Jane Jacobs mit ihrer Leserschaft in die Vielfalt amerikanischer Städte ein und versucht zu verstehen, wie Großstädte und urbane Nachbarschaften „im wirklichen Leben“ funktionieren und was eine lebendige Stadt ausmacht. Das Buch ist eine höchst genau beobachtete Analyse vielfältiger städtischer Räume, eine Hommage an städtisches Leben. Gleichzeitig ist es eine Kritik an der „konventionellen“ Stadtplanung der Moderne, „an attack on current city planning and rebuilding“, die die Stadt nach abstrakten Prinzipien zu ordnen versucht, statt von Praktiken der Selbstorganisation zu lernen. Hier ist es besonders die Stadterneuerung die „Urban Renewal“ und deren Folge, die Zerstörung gewachsener Nachbarschaften, die Jane Jacobs mit ihrer Kritik an den Methoden und Zielen öffentlicher Planung anprangert. Ein Plädoyer für eine heterogene Urbanität und Kleinteiligkeit. „Cities have the capability of providing something for everybody, only because, and only when, they are created by everybody.“ Ein höchst aktuelles Buch.



Making City - 5th IABR 2012

Taschenbuch: 225 Seiten
IABR(2012);
Sprache: Englisch
ISBN: 9789080957244

Sieben Milliarden Menschen werden 2050 in städtischen Agglomerationen leben und beinahe das gesamte weltweite Kapital darin generiert. Immense Herausforderungen lasten auf den Städten und manifestieren sich in ihnen; aber folgt man den Thesen der diesjährigen IABR, dann findet sich in den Städten auch die Lösung für die anstehenden sozialökonomischen und ökologischen Aufgaben, wenn sowohl die gesellschaftspolitische Agenda und Wirtschaftsambitionen ausgewogen behandelt werden. „Wie machen wir Stadt?“ lautet die zentrale Frage der 5. Architekturbiennale in Rotterdam, die für eine andere Planungskultur plädiert. So bezieht sich dieses „Wir“ nicht nur auf Architekten, sondern baut auf starke Kooperationen und Allianzen verschiedener Disziplinen, zwischen Politikern, Bürgern und der Wirtschaft. Die Autoren setzen auf die Eigendynamik und das vorhandene Potential der Städte und auf Aushandlungen in spezifischen Kontexten, statt strikter Planungsregularien. Der Katalog zeigt einen Überblick über die Ausstellung, geht auf die Testgebiete in São Paulo, Istanbul und Rotterdam ein und liefert darüber hinaus mehrere Essays. Grenzte die Ausstellung im NAI (Niederländisches Architekturinstitut) noch an Reizüberflutung ähnlich einer unbekannteren Metropole, wirkt dieses Buch kompakt und gut strukturiert wie ein Stadtplan.



Klaus Selle:

Planen. Steuern. Entwickeln: Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land

Gebunden: 678 Seiten
Dortmunder Vertrieb für Bau- und
Planungsliteratur (2005);
Sprache: Deutsch
ISBN: 3929797933

Auf über 600 Seiten untersucht Klaus Selle Möglichkeiten der „Mitwirkung öffentlicher Akteure an der räumlichen Entwicklung“. Er verbindet in dem umfangreichen Werk eine Vielzahl eigener (teils bereits publizierter, aber aktualisierter) Forschungsprojekte der letzten Jahre und stellt sie in drei Abschnitten und 15 Kapiteln in Zusammenhang. Unter veränderten Rahmenbedingungen arbeiten Kommunen und Regionen als Akteure unter einer Vielzahl von Anderen. In das Spektrum ihrer Funktionen mischen sich Koordination, Kooperation und hoheitliche Aufgaben. Das Buch beginnt mit einer Klärung der Ausgangslage, einer Analyse der veränderten Rahmenbedingungen, die auf die Rolle der Planung der öffentlichen Hand einwirken. Es folgt eine Analyse konkreter Aufgaben, Handlungsmöglichkeiten und Instrumentarien und eine Diskussion des Themas Innovation in der Planung. Ein starker Fokus wird auf das Thema der Kommunikation gelegt, da jeglicher Kontakt zwischen der Vielzahl an Planungsbeteiligten über Kommunikation läuft. Denn „Räumliche Entwicklung resultiert aus dem Handeln vieler“.



polis 02/2011

Magazin für Urban Development

- Beyond Institutions

Magazin: 84 Seiten
Sprache: Deutsch
auch online abrufbar: http://www.montag-stiftungen.de/fileadmin/Redaktion/Urbane_Raeume/PDF/Projekte/BeyondInstitutions/polis-final.pdf

Beyond Institutions. Inspirationen für selbstbewusste Stadtentwickler ist der volle Titel des Heftes, das infolge eines Workshops und in Kooperation mit der Montag Stiftung Urbane Räume herausgegeben wurde. Es geht dem Thema nach, „welche Rolle ein zivilgesellschaftlicher, unabhängiger Partner gegenüber Städten und Gemeinden einnehmen kann, wenn diese beschreiben, dass sie strukturell und finanziell ‚am Limit‘ ihrer Handlungsfähigkeit angelangt sind“. Nach einer Einleitung in aktuelle Phänomene und Tendenzen, wie der Veränderung in der institutionellen Planung oder neuen Protestformen, werden Beispielen für Kooperationsmöglichkeiten von Zivilgesellschaft und Kommunen vorgestellt. Modelle und Verfahren abseits klassischer Institutionen, zwischen informeller Stadtentwicklung und institutioneller Planung. So wird beispielsweise auf die Theorie der Allmende oder auf Open Source in der Stadtverwaltung näher eingegangen. Insgesamt ein vielschichtiges und dichtes Magazin und eine höchst aktuelle Positionsbestimmung.



dérive 49 Stadt selber machen

Oktober 2012
Magazin: 68 Seiten
Sprache: Deutsch

Einerseits ist das Heft die 49. Ausgabe des *dérive* Magazins aus Wien. Gleichzeitig ist es aber auch eine Art Sonderausgabe für das mittlerweile dritte *urbanize!* Festival mit dem Thema *Stadt selber machen*. Herausgegeben zum Start der 10-tägigen Veranstaltung und mit einigen Beiträgen aus dem Festivalprogramm stellt es in Selbstdarstellung eine „theoretische Navigationshilfe“ dar.

Die Bandbreite reicht von einer Statusanalyse der Wiener Gebietsbetreuung, der *Recht auf Stadt* Bewegung aus Hamburg, über Kolonisten in Berlin bis zum *Movement for Justice in El Barrio*, New York. Auch wenn einige der AutorInnen beim Festival sprechen, bietet das Festival doch selbst viel mehr und stellt in Diskussionsveranstaltungen und Workshops einen stärkeren Bezug auf aktuelle Tendenzen und lokale Ausprägungen dar.

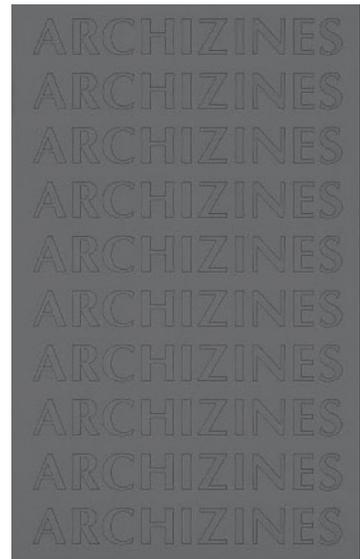
Es wäre demnach einen Versuch wert gewesen, aus der Logik des Magazins auszurechnen und in der Zeit des Festivals eine Ausgabe *dérive selber zu machen*. Also gemeinsam mit Vortragenden, TeilnehmerInnen der Workshops und MitarbeiterInnen aus dem Publikum ein Magazin mit offenem Ausgang zu gestalten und so auch auf unvorhersehbare Schwerpunkte des Festivals eingehen zu können, ein Experiment an gemeinschaftlicher Produktion zu wagen.



Andreas Feldtkeller: Zur Alltagstauglichkeit unserer Städte

Broschiert: 130 Seiten
Schöler Verlag (2012);
Sprache: Deutsch
ISBN: 3899302788

Andreas Feldtkeller, langjähriger Leiter des Tübinger Stadtansierungsamts und in dieser Zeit unter anderem für die Planungen der Stadtweiterentwicklung in der Tübinger Südstadt, dem *Französischen Viertel* und *Loretto Areal* verantwortlich, plädiert in seinem aktuellen Buch für einen Wechsel in der Städtebaupolitik. Es ist die „Stadt der kurzen Wege“, die er sowohl in diversen Aufsätzen und Büchern fordert, als auch in seiner praktischen Tätigkeit in Tübingen umsetzen konnte. Im Buch erläutert er die Vorteile von städtischen Quartieren mit kleinteiliger Mischung bestehend aus Wohn- und vielfältigen Arbeitsstrukturen gegenüber den entmischten Siedlungsstrukturen des Städtebaus der letzten 50 Jahre. Er fordert eine stadtstrukturelle Wahlfreiheit für die BürgerInnen und folglich die Schaffung von neuen urbanen, funktionsgemischten und damit alltagstauglichen Quartieren mit lokalen Arbeitsplätzen und der Möglichkeit der Ansiedlung kleinerer Gewerbetreibender, als Alternative zu monofunktionalen Einfamilienhausstrukturen oder Großsiedlungen. Derlei durchmischte Strukturen schaffen eine gute Basis und Ausgangslage für eine durchmischte Bürgerschaft, sowohl für Ältere, Kinder, Jugendliche als auch für Erwachsene und stärken die soziale Kohäsion untereinander.



Elias Redstone: Archizines

Taschenbuch: 152 Seiten
Bedford Press (2011);
Sprache: Englisch
ISBN: 1907414207

Die Publikation *Archizines* ist neben der Webseite www.archizines.com und einer Wanderausstellung der dritte Teil einer Serie, die sich um die Begeisterung für und die Sammlung von alternative(n) und unabhängig vertriebene(n) Architekturpublikationen dreht. Die gesammelten Magazine reichen dabei von handgemachten, kopierten Exemplaren wie *Scapegoat*, *Preston is My Paris* oder der *New City Reader* über internationale Magazine wie *Gerilya Urban* aus Indonesien oder *Anza* aus Tansania bis hin zu Hochglanz-Magazinen wie der *Mark* oder der *Volume*. Die Inhalte reichen dabei von Architekturtheorie und Forschung bis zu sehr persönlichen Erzählungen. In die Sammlung wurden ausschließlich Magazine, die nach 2000 verlegt wurden, aufgenommen. Neben einer kurzen Vorstellung der ca. 60 Publikationen, ergänzen Essays das Buch; der Umfang der Sammlung auf der Webseite ist unterdessen schon auf über 80 Magazine angewachsen. *Archizines* vermittelt eine weltweite Begeisterung für Printmedien, für einfache gedruckte Hefte, ein Wiederaufleben analoger Formate. Derlei unabhängige und alternative Architekturzeitschriften sind als Mittel, in den aktuellen Diskurs einzugreifen, nicht zu unterschätzen.